Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 143. | Dresden, Donnerstag den 25. Juni 1914. | 25. Jahrg.

Die badische Zweite Kammer beschloß 25 000 Mark für die Arbeitslosenversicherung in den Gemeinden bereit zu stellen.

Der Flieger Basser, der in Johannisthal aufstieg, hielt sich 18 Stunden in der Luft.

Der Ausstand der Pariser Postbeamten ist beendet.

Prenk Bibdoda ist von den Aufständischen gefangen genommen worden.

Im Norden der Vereinigten Staaten tobt ein heftiger Orkan.

Das Zünglein an der Wage.

Vor kurzem ist Zar Nikolaus nach Konstanza zum Besuch de rumänischen Königs gekommen, und vom Besuche des deutschen Kaisers, von dem früher gesprochen wurde, ist nichts mehr zu hören. Diese Aeußerlichkeiten zeigen wie ein Barometer den Stand des Kampfes zwischen dem Dreibund und dem Dreiverband um Rumänien an. Die Oberhand hat vorläufig Rußland bekommen. Das ist eine große Niederlage und ein harter Schlag für den Dreibund, von dem in erster Reihe Oesterreich schwer getroffen wird.

Um die Bedeutung des Kampfes um Rumänien richtig einschätzen zu können, muß man sich die Lage vor der Balkankrise vor Augen führen. An dem letzten russisch-türkischen Kriege (1877 bis 1878) nahm Rumänien an der Seite Rußlands teil. Seine Hilfe trug viel zum Siege Rußlands bei. Zum Lohn dafür wurde Rumänien Bessarabien entrissen. Als Ersatz bekam Rumänien die Dobrudscha. Die bürgerliche Presse, welche diese Tatsache hervorhebt, läßt einige ihr sehr unbequeme Begleitumstände dabei ganz unerwähnt. Die Wiedereroberung Bessarabiens, das vom Jahre 1814 bis zum Jahre 1856 Rußland gehörte, und infolge des unglücklichen Krimkrieges nach dem Pariser Frieden verloren gegangen war, war eins der Ziele des Krieges gegen die Türkei. Aber in den Verhandlungen, die zwischen Wien und Petersburg vor dem Kriege gepflogen wurden, stimmte Oesterreich diesem Raub im voraus zu. Es ist deshalb eine Heuchelei der bürgerlichen Presse, wenn sie in Entrüstung über den Undank Rußlands macht. Der Raub Bessarabiens hatte natürlich die Abschwenkung Rumäniens auf die Seite des Dreibundes zur Folge. Was das zu bedeuten hat, erhellt schon aus der einen Tatsache: Rumänien verfügt über fünf Armeekorps. In einem eventuellen Krieg zwischen Rußland und Oesterreich fällt Rumänien eine große, wenn nicht entscheidende Rolle zu. Auch wenn Rumänien neutral bleibt, ist es imstande, die Wage nach der einen oder nach der anderen Seite ausschlagen zu lassen, indem es eine seiner militärischen Kraft entsprechende Macht des Gegners lahmlegt. Die Partei, die zu befürchten hat, Rumänien im weiteren Verlaufe des Krieges auf der Seite des Gegners zu sehen, muß eine entsprechende Zahl ihrer Streitkräfte an der Grenze Rumäniens außerhalb des Gefechtes halten. Bis zu den Balkankriegen bestand zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien eine Militärkonvention. Der Dreibund konnte auf Rumänien in einem eventuellen Krieg rechnen.

Aus dem veröffentlichten russischen Orangebuch geht deutlich hervor, daß der Schlag, den Rußland gegen Oesterreich plante, noch weiter als man gewöhnlich annimmt, ausholte. Nicht nur Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro, auch Rumänien sollte in die Kette eingefügt werden, mit der man Oesterreich umringen wollte. Das Orangebuch legt Zeugnis davon ab, mit welcher Geschicklichkeit die russische Diplomatie die schwierigen Probleme, die ihr Bulgarien mit seiner Hartnäckigkeit stellte, zu lösen verstand und wie sie dabei das Ziel, Rumänien dem Dreibund zu entfernen, niemals aus dem Auge verlor. Der Erfolg blieb nicht aus. Die Vermittlung im bulgarisch-rumänischen Streit sollte nach dem Wunsche Rumäniens in Petersburg stattfinden. Das war das erste Zeichen, daß die Bande zwischen dem Dreibund und Rumänien sich gelockert haben. Nach der Petersburger Konferenz goß Rumänien die ganze Schale seines Zornes — weil es nur Silistria bekommen hat — auf Oesterreich aus. Als es dann aus den Händen Rußlands ein Stück bulgarischen Bodens erhielt, mehr als was es sich am Anfang gewünscht hat — war das Werk der Lostrennung Rumäniens von dem Dreibund vollendet. Der Bukarester Vertrag machte Rumänien zum Beherrscher des Balkans und Deutschland, das den größten Anteil daran hat, daß dieser Vertrag unangetastet blieb, hat mit eigenen Händen jene Position Rumäniens gefestigt, die es Rumänien gestattet, unabhängig vom Dreibunde zu sein.

Diese Unabhängigkeit möchte sich Rumänien wahren und der ganze Kampf dreht sich jetzt nicht darum, ob Rumänien an die Seite Rußlands und des Dreiverbandes oder Oesterreichs und des Dreibundes gedrängt wird — das letzte ist schon jetzt gänzlich ausgeschlossen — sondern ob Rumänien seine Stellung zwischen den Mächtegruppen wahren oder an die Seite des Dreiverbandes treten wird. Der beste Beweis dafür, daß Rumänien dem Dreibunde verloren gegangen ist, ist die Befestigung Siebenbürgens, die jetzt beschlossen wurde. In der ungarischen Delegation hat man den Effekt dieser Maßnahme abzuschwächen gesucht. Man betonte, es sei keine aggressive Maßnahme. Davon ist selbstverständlich gar keine Rede, aber die Tatsache zeigt deutlich, daß man schon jetzt in Oesterreich-Ungarn mit der Möglichkeit rechnet, daß Rumänien nicht nur nicht neutral bleibt, sondern zum Gegner übergeht. Die Anstrengungen, die Rußland macht, um Rumänien an seine Seite zu ziehen, finden ihren beredten Ausdruck in der Tatsache, daß der Zar, der niemals dem slawischen Bulgarien oder Serbien einen Besuch machte, jetzt das lateinische Rumänien damit auszeichnet.

Dieses stürmische Werben ist Rumänien nicht ganz erwünscht. Es möchte jene Position nicht aufgeben, die ihm so viel Nutzen im Balkankriege einbrachte. Es stand während des Kampfes beiseite und, als die Lage sich klärte, trat es an die Seite der Stärkeren gegen den Schwächeren. Diese Taktik möchte es wieder anwenden um so mehr, als es dann von beiden Seiten umworben wird und kleine Profite von dem einen und dem andern einsteckt. Tisza in Ungarn kommt den Rumänen ebenso entgegen wie Rußland es in Bessarabien tut. Auch die nationalen Aspirationen Rumäniens können ebensogut in Bessarabien wie in Siebenbürgen ihre Befriedigung finden. Und trotzdem treibt die ganze Lage Rumänien Rußland zu. Umsonst bemüht sich die bürgerliche Presse, mit dem Berliner Tageblatt an der Spitze, die Aufmerksamkeit Rumäniens vor allem auf Bessarabien hinzulenken. Umsonst läßt man sich aus Bukarest drahten, die Dardanellen-Frage mache den rumänischen Politikern viel Sorge; wenn Rußland diese in die Hände bekommt, dann sei Rumänien politisch und ökonomisch gänzlich von Rußland abhängig. Die Augen Rumäniens sind nach Ungarn gerichtet. Während in Bessarabien 1 000 000 Rumänen wohnen, sind ihrer 3 000 000 in Ungarn und während dort die Bevölkerung sich in nationaler Hinsicht indifferent verhält, tobt der nationale Kampf in Ungarn seit Jahrzehnten.

Der Kampf der Staaten auf dem Balkan und der Großmächte untereinander hat es mit sich gebracht, daß Rumänien zum Zünglein an der Wage wurde und in dem Kampf um Rumänien werden die Sünden, die man jahrzehntelang an den Rumänen in Ungarn begangen hat, den Ausschlag geben. Die öffentliche Meinung spielt eine immer größere Rolle in der auswärtigen Politik und die Stimmung jener Elemente in Rumänien, die die öffentliche Meinung bilden, ist entschieden gegen Ungarn und das ist gleichbedeutend mit: für Rußland.

Vom Gewerkschaftskongreß.

s. **München**, 24. Juni.

Daß die Behandlung der Grenzstreitigkeiten auf dem diesjährigen Gewerkschaftskongreß leidenschaftliche Debatten bringen würde, war mit Bestimmtheit vorauszusehen. Diese Auseinandersetzungen blieben dem dritten — und vierten — Verhandlungstage vorbehalten. So wenig auch sicherlich die in München versammelten Gewerkschaftsvertreter, auch in Rücksicht auf die ringsum lauernden Feinde, erregte, mit scharfzugespitzten Vorwürfen durchsetzte Debatten herbeiwünschen konnten, so notwendig und nützlich war doch diese Aussprache. Andernfalls würde der nun einmal bestehende innerorganisatorische Zwist in Versammlungen, in der Presse und in den Gewerkschaftskartellen nur um so schlimmer weiter gehen. Aber andererseits war sich auch kein Gewerkschaftspraktiker darüber im Zweifel, daß die Stellungnahme des Kongresses den in den Verhältnissen beruhenden Streit nicht ohne weiteres beseitigen kann. Wobei aber wiederum festzustellen ist, daß die bestehenden Differenzen doch nicht so beschaffen sind, daß sie eigentliche Gegensätze zwischen den einzelnen Verbänden aufrichten könnten.

Dieselben Wirtschafts- und Produktionsverhältnisse, die das Fundament der modernen Arbeiterbewegung bilden, sind auch gleichzeitig die Ursache der Grenzstreitigkeiten in unseren Gewerkschaften. Sie sind natürliche Begleiterscheinungen der rastlos vorwärts treibenden industriellen und technischen Entwicklung und des alles beherrschenden Konzentrationsprozesses. Das sind Tatsachen, deren Folgen auch durch Kongreßbeschlüsse nicht ausgeschaltet werden können. Da können nur der gute Wille und die Fähigkeit, sich gegenseitig zu verständigen, ja oft das Taktgefühl der in Betracht kommenden Personen größere Reibungen und Schädigungen vermeiden.

Doch konnte es sich bei dem Regulativ, das die Generalkommission dem Kongreß zur Regelung der Grenzstreitigkeiten vorlegt, um nichts weiter handeln, als um den Versuch, durch Einführung eines Schiedgerichtsverfahrens bei Schlichtung von Grenzstreitigkeiten Differenzen möglichst auszugleichen. Die bekannte Hamburger Resolution erblickt in der Berufsorganisation die anerkannte Form für unsere Gewerkschaften, fordert aber dort, wo die Entwicklung ein Abweichen davon notwendig macht, Verständigungen durch Kartellverträge usw. Demgegenüber fordern jetzt vor allem die Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes die Anerkennung der Industrieorganisation, unter Hinweis auf die sich vollziehende industriele Entwicklung. Ebenso nachdrücklich aber sind die Warnungen, besonders des Genossen Legien in seiner kurzen einleitenden Rede und der zweifellos in der Mehrheit befindlichen Anhänger der Berufsorganisation, nicht durch gewaltsame Eingriffe und starre Formeln die Differenzen etwa noch zu verschärfen.

Beherrscht wurde zunächst die übrigens trotz aller Leidenschaftlichkeit durchaus sachlich und in verbindlichen Formen geführte Debatte von den Auseinandersetzungen über die Differenzen wegen der Bierfahrer zwischen dem Transport- und Brauereiarbeiter-Verband. Die Aussprache mußte schließlich unterbrochen werden, weil die Delegierten auf Einladung der Münchner Gewerkschaften am Nachmittag einen Ausflug nach dem Starnberger See unternahmen. Da diese Debatte jedenfalls noch einen großen Teil der Donnerstagsitzung ausfüllen wird, werden wir morgen im Zusammenhang darüber berichten.

Seit Mittwoch wohnt den Verhandlungen als Vertreter des Münchner Magistrats Gerichtsdirektor Dr. Prenner bei.

Beseler.

Zu den Gerüchten über den bevorstehenden Rücktritt des preußischen Justizministers schreibt die offiziöse Norddeutsche Allgemeine Zeitung:

„Das Hirschsche Telegraphenbureau will Gerüchte über eine angebliche Erschütterung der Stellung des preußischen Justizministers als nach seinen Informationen nicht ganz grundlos bezeichnen können. Wir sind ermächtigt, festzustellen, daß diese Gerüchte jeder Begründung entbehren."

Die Treibereien der Echtpreußen in der Kreuzzeitung, in der Post und hinter den Kulissen haben also anscheinend bisher noch keinen rechten Erfolg gehabt.

Die Germania weist übrigens darauf hin, daß der Justizminister v. Beseler seine Erklärungen zum Kaiserhoch-Sitzenbleiben „nach Fühlungnahme mit den maßgebenden Stellen in Preußen und im Reiche" gemacht hat.

•

Die heuchlerische Kampagne.

Die linksliberale Frankfurter Zeitung wendet sich mit folgenden Ausführungen gegen die reaktionäre Kaiserhoch-Hetze:

„Die heuchlerische Kampagne gegen die Sozialdemokratie, die reaktionäre Politiker wegen des Verhaltens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beim letzten Kaiserhoch eröffnet haben, wird immer maßloser in ihren Postulaten. Jetzt bringt es der freikonservative Abgeordnete v. Dewitz fertig, eine Aenderung der Reichsverfassung vorzuschlagen, wonach für Abgeordnete, die sich nicht am Hoch auf den Kaiser oder den Landesherrn beteiligen, einfach die Immunität aufgehoben werden soll. Und wenn der Reichstag sich weigert, ein solches Gesetz anzunehmen, so empfiehlt Herr v. Dewitz den Appell an das Volk. „Auf die Reichstagsauflösung", so bemerkt dazu die Freisinnige Zeitung zutreffend, „arbeiten die Konservativen schon seit langer Zeit hin, um aus ihrer Isolierung herauszukommen, und dazu soll der Kaiser herhalten." In diesem Versuch, den Kaiser für die eigenen parteipolitischen Zwecke auszunutzen, liegt die einzige Majestätsbeleidigung, die in der Kaiserhoch-Affäre anerkannt werden kann. Das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nämlich, man mag es sonst beurteilen, wie man will, hat mit Majestätsbeleidigung nicht das mindeste zu tun. Es ist das Recht jedes Staatsbürgers, Republikaner zu sein und seine republikanische Gesinnung nach außen hin kundzutun, und es ist eines der verlogensten Mittelchen der reaktionären Taktik, ein solches Bekenntnis zur Republik als ungesetzlich und revolutionär zu behandeln. Man kann selbstverständlich auch von keinem Republikaner verlangen, daß er in ein Kaiserhoch einstimme, und die Frage, wie er sich zu verhalten hat, wenn andere ein Hoch auf den Monarchen ausbringen, liegt ausschließlich auf dem Gebiet des Takts und der Politik, keinesfalls aber auf dem des Strafrechts."

Auch die nationalliberale National-Zeitung wendet sich scharf gegen die konservativen Treibereien und erklärt richtig die Pläne, die von den Echtpreußen mit der Ausnutzung der Kaiserhoch-Affäre verfolgt werden:

„Es handelt sich hierbei nicht nur um den Kampf ums Recht, sondern um einen **fein ausgeklügelten Plan der Feinde des Liberalismus . . . die Mehrheit im Reichstage zu sprengen.** Die Beschränkung der Immunität der Reichstagsabgeordneten, die entweder von den Konservativen oder von der Regierung demnächst gefordert wird, soll die beiden liberalen Parteien vor die Entscheidung stellen: „Für den Kaiser oder für die Sozialdemokratie." Diese Parole soll im Wahlkampfe nach der erwarteten Reichstagsauflösung ausgegeben werden und das Bürgertum zwingen, sich für rechtsstehende Kandidaten gegen die Anhänger eines neuzeitlichen Liberalismus auszusprechen — die Schafe zur Rechten, die Böcke zur Linken. Die konservativen Heißsporne und Hitzköpfe träumen bereits von einer überwältigenden Mehrheit, die ihnen im Reichstag die Herrschaft sichert und die Volksvertretung zu einem Zerrbild ihres wirklichen Wesens machen soll. Der Sturz des Justizministers würde die erste Kraftprobe sein und den Hauptschlag vorbereiten, der für den Herbst in Aussicht genommen ist, wenn der Reichstag sich wieder versammelt."

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140625/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Hoffnungslos.

Die Lage des **albanischen Fürsten** wird immer **hoffnungsloser**. Der einzige Mann, von dem er noch Hilfe erwarten konnte, **Prenk Biddoda**, scheidet für ihn völlig aus. Der Mirditenführer ist mit seinen 4000 Mann umzingelt und **völlig geschlagen worden**. Er wurde **gefangen** genommen und ist aus der Gefangenschaft nur entlassen worden, weil er die „Bessa“, das Ehrenwort, gab, nie wieder gegen die Aufständischen zu kämpfen. Der Bruch der Bessa wird nach alter albanischer Sitte mit dem Tode bestraft. Der Fürst kann also nun nie wieder auf die Hilfe Biddodas rechnen. Auch aus dem Süden kommt eine Hiobspost nach der andern. So wird gemeldet, daß außer der Stadt Elbassan auch die Städte **Fieri und Berat in die Hände der Rebellen gefallen sind.** Die Stadt Elbassan soll übrigens nicht im Kampf von den Rebellen genommen worden sein, sondern die Bürgerschaft soll einfach die türkische Fahne gehißt und die Stadt den Aufständischen übergeben haben. Die holländischen Offiziere Major Verhulst und Hauptmann Reimers sind **in die Hände der Aufständischen gefallen**. Die Regierungstruppen haben bei den letzten Gefechten im Süden **80 Tote und 120 Verwundete verloren.** Die Aufständischen marschieren weiter auf **Valona** los, wo in der Eile Verteidigungsmaßregeln getroffen werden. Es scheint aber so gut wie keine Aussicht zu bestehen, daß die Stadt Valona sich auch nur einige Zeit gegen die Aufständischen halten kann, weil der Ort nach allen Seiten hin offen liegt. Der albanische Gesandte in Wien Sureja Bei Vlora hat bereits seinem Sohn telegraphiert, er solle die wertvollen Kunstschätze und Handschriften, die der Bei in seinem Konak in Valona liegen hat, auf einem Segelschiff in Sicherheit bringen.

In **Durazzo** arbeitet man krampfhaft an der Verschanzung der Stadt, da man erwartet, daß die **Rebellen einen neuen Angriff** machen werden. Die ganze Bevölkerung ist mit Schanzarbeiten beschäftigt, man hat sogar versucht, die Kriegskorrespondenten zu zwingen, daran teilzunehmen. Der Stadtkommandant Major Kroon ließ einen französischen und russischen Kriegskorrespondenten verhaften, weil diese sich weigerten, Arbeit zu leisten.

Das hat natürlich einen Eingreifen der Kontrollkommission zur Folge, die verfügte, daß die beiden sofort wieder frei zu lassen seien. Nach alledem erscheint es sehr zweifelhaft, ob Durazzo sich wird halten können, wenn die Aufständischen ernsthaft versuchen, einzudringen. Und wenn es gelingen sollte, noch einmal einen Angriff der Rebellen abzuwehren oder auch unter dem Schutze der Kriegsschiffe die Stadt noch ein paar Tage oder auch ein paar Wochen zu halten, was wäre damit gewonnen? Es ist auf die Dauer unmöglich, daß der Fürst in Durazzo sitzen bleibt, während im ganzen Lande seine Anhänger besiegt sind. So steht wohl schon heute zweifellos fest, daß ihm weiter nichts übrig bleiben wird, als abzudanken und er wird froh sein müssen, wenn er mit heiler Haut davonkommt. Eine beneidenswerte Rolle spielt der Mann ja schon seit langem nicht mehr, und er wird wohl mit Wehmut an die schönen Zeiten zurückdenken, wo er noch ein einfacher preußischer Gardehauptmann war und noch nicht von so schweren Herrschersorgen geplagt wurde, wie jetzt, wo er wie ein Greis, der sich nicht zu helfen weiß, in seinem Konak in Durazzo sitzt.

Deutsch-englische Annäherung.

Die offiziellen deutsch-englischen Freundschaftsbezeugungen füllen die Spalten der bürgerlichen Presse: Besuch deutscher Künstler in England, Dernburgrede, Kaisertelegramm an die Londoner Handelskammer, englische Kriegsschiffe in Kiel. Das deutsch-englische Abkommen über die Bagdadbahn und Mesopotamien ist paraphiert, eine der schwierigsten Fragen der internationalen Politik geht damit ihrer friedlich-schiedlichen Lösung entgegen. Die deutschen Blätter registrieren freundliche Kundgebungen der englischen Presse, die englische Presse läßt sich deutsche Sympathieerklärungen depeschieren.

Noch vor ein paar Jahren wäre ein jeder, der eine solche Wendung der Dinge vorausgesagt hätte, als unbelehrbarer Schwärmer verlacht, wenn nicht als Vaterlandsfeind gesteinigt worden. Der deutsch-englische Gegensatz galt als der beherrschende Faktor der internationalen Politik, und mit mathematischer Genauigkeit glaubte man den kommenden Zusammenstoß berechnen zu können. Die bedenklichen Voraussagen schienen um so gewisser, als sie nicht nach der sonst üblichen Methode psychologisch, sondern materialistisch begründet wurden. England erschien als das konservative, Deutschland als das umstürzlerische Element der Weltpolitik, in die es nicht durch leeren Ehrgeiz hineingestoßen wurde, sondern durch die immanenten Notwendigkeiten seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Deutschland brauchte neue Absatzgebiete, und England besaß die halbe Welt. Deutschland war der erfolgreiche industrielle Konkurrent Englands auf den verschiedensten Wirtschaftsgebieten, und der englische Kapitalismus mußte den Versuch machen, den unbequemen Wettbewerber mit diplomatischen Intrigen einzuspinnen und schließlich mit Gewalt niederzuschlagen. Das war nach der Meinung vieler kluger Leute der Geschichte ehernes Muß, es gab da keinen Ausweg.

Wäre jene Lehre richtig, dann mußte sich der diplomatische Gegensatz zwischen beiden Ländern fortgesetzt verschärfen, und dann wäre das, was wir heute erleben, unmöglich gewesen. Aber die Lehre war eben, obgleich sie einen berechtigten Kern enthielt, falsch. Die auswärtige Politik wird gewiß in erster Linie von den Interessen der herrschenden Klassen bestimmt, aber diese Interessen sind selten einheitlich, und sie kommen in ihrer Verschiedenheit nicht in dem gleichen Maße zur Geltung. Nicht die herrschende Klasse als Ganzes, sondern einzelne Interessentengruppen, die sich Einfluß zu verschaffen wissen, wirken auf die verschiedenen Phasen der internationalen Politik als richtunggebender Antrieb. So waren es auch beim deutsch-englischen Gegensatz verhältnismäßig kleine Kapitalistengruppen, die das Gesamtverhältnis der beiden Völker zueinander nach ihren eigenen Interessen bestimmend zu beeinflussen wußten, und sie fanden die versagende Hilfe bei jenem Chor der bezahlten und unbezahlten Patrioten, die ihre Vaterlandsliebe immer nur in wüsten Hetzereien gegen einen fremden Staat betätigen könnten. Der wichtigste Streitpunkt aber, um den es sich handelte, war der geschäftliche Einfluß in Mesopotamien. Daß von ihm die Zukunft des deutschen Volkes oder auch nur das Wohl der besitzenden Klassen abhing, hätte nur ein Narr behaupten können — aber das mächtige Bankkapital stand hinter der mesopotamischen Angelegenheit und regierte in der Presse und in der Diplomatie die Fäden. Es war ein Vergnügen, zu sehen, wie die größtenteils antisemitischen alldeutschen Schreihälse tagtäglich dem jüdischen Kapital die Knochen des ganzen deutschen Volkes zur Verfügung stellten. Es ist aber ein noch viel größeres Vergnügen, zu sehen, wie besagten Schreihälsen der Mund gestopft worden ist, nachdem das jüdische Kapital sein Geschäft gemacht und sein Schiffchen ins Trockene gebracht hat.

Das Bagdadbahnabkommen ist in seinen Einzelheiten noch nicht bekannt. Daß die Art der Verständigung, die es betrifft, himmelweit entfernt ist von **der** Verständigung, die zwischen den Arbeitern Englands und Deutschlands längst besteht, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Aber einen Gewinn bedeutet es auf alle Fälle, erstens einmal, weil durch den abgeschlossenen Handel die alldeutschen Hetzer elend auf den Sand gesetzt worden sind, dann aber auch, weil es das wichtigste Objekt, um das sich der deutsch-englische Gegensatz solange gedreht hat, genau umschreibt und erkennbar macht. Selbst wenn sich bei der Durchführung des Abkommens Schwierigkeiten ergeben sollten, so wird man doch genau wissen, um welche Werte und um welche Interessen es sich handelt, und keinem Menschen wird dann einfallen, zu verlangen, daß sich zwei Völker darum die Hälse brechen sollen.

Die Arbeiter diesseits und jenseits der Nordsee dürfen stolz darauf sein, daß sie den internationalen Veitstanz der deutsch-englischen Kriegspanik nie mitgetanzt haben. Hätten sie nicht der nationalistischen Hochflut feste Dämme entgegengebaut, wer weiß, ob es dann jetzt gegenseitige Besuche, Freundschaftsreden und Monarchentelegramme gegeben hätte, oder ob dann nicht vielleicht **längst ein Teil der beiderseitigen Flotten auf dem Grund der Nordsee läge!**

Deutsches Reich.

Das Recht des Einjährigendienstes.

Aus dem **preußischen Kriegsministerium** erhalten wir folgende Zuschrift:

„Die Nr. 125 der „Dresdner Volkszeitung“ vom 4. Juni 1914 enthält einen Artikel „Das Recht des Einjährigendienstes“. Darin werden einige im Vorwärts von Herrn Gädke aufgestellte Behauptungen wiedergegeben. Es heißt, Herr Gädke habe dargelegt, daß die Bestimmung der Wehrordnung, wonach die Ersatzbehörde III. Instanz befugt ist, den zum einjährig-freiwilligen Dienst Berechtigten diese Berechtigung u. U. zu entziehen, überhaupt gesetzwidrig sei.

Diese Behauptung des Herrn Gädke ist unzutreffend. Die fragliche Bestimmung ist eine Ausführungsbestimmung zum Wehr-Gesetz. Sie ist am 20. November 1913 vom Kaiser genehmigt und vom Reichskanzler gegengezeichnet worden. Die Berechtigung zum Erlaß von Ausführungsbestimmungen ergibt sich aus § 19 des Wehr-Gesetzes.

Ferner wird gesagt, Herr Gädke habe jetzt feststellen können, daß die erwähnte Bestimmung im Neudruck der Wehrordnung von 1904 eingeschmuggelt worden sei. Dies sei geschehen, ohne daß man irgendwie die Oeffentlichkeit darauf hingewiesen habe, ohne daß die Beteiligten auch nur mit einem Worte auf die Verschlechterung ihres Rechtes aufmerksam gemacht wären. Dies trifft ebenfalls nicht zu. Die Bestimmung ist, wie das mit allen für das Publikum bestimmten Veröffentlichungen der Organe des Reichs geschieht, welche der Verkündung durch das Reichsgesetzblatt nicht bedürfen, in dem vom Reichsamt des Innern herausgegebenen Zentralblatt für das Deutsche Reich am 24. November 1893 (Seite 318 ff.) zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Sie ist ferner bereits durch das Deckblatt 54 vom Jahre 1893 in die Wehrordnung von 1888 eingefügt worden. Schon der Neuabdruck der Wehrordnung aus dem Jahre 1894 bringt sie im laufenden Text.“

Ohne Zweifel wird sich Oberst a. D. **Gädke** zu dieser Zuschrift weiter äußern.

Die mittelstandsfreundlichen Junker.

Wie die Freundschaftsgefühle der Agrarier für den gewerblichen Mittelstand in der Praxis betätigt werden, zeigt folgender Bericht, der dem Berliner Tageblatt aus Schlesien zugeht:

Auf dem in **Jauer** veranstalteten Verbandstag der **niederschlesischen Müller** wurden bittere Klagen geführt **über die Konkurrenz**, die dem Müllergewerbe seitens **des Großgrundbesitzes** durch das gewerbsmäßige Schroten des Getreides gegen Bezahlung erwächst. Durch Anschluß an die elektrischen Ueberlandzentralen kämen die Landwirte in die Lage, aus dem Getreideschroten ein Gewerbe zu machen, und ihre günstige wirtschaftliche Lage infolge guter Ernten, Getreidezölle usw. gestattet ihnen, sich die nötigen Maschinen anzuschaffen. Eine Beschwerde der Hirschberger Müllerinnung beim Landrat blieb ohne Erfolg. Mitgeteilt wurde darauf, daß es an einer gesetzlichen Handhabe zum Einschreiten mangele.

Der **Bund der Landwirte**, der noch immer vorgibt, den Mittelstand fördern zu wollen, liefert seinen Mitgliedern die für die Müllerei notwendigen Maschinen, Quetschen, Schrotmühlen usw., und richtet außerdem durch seine „Elektrotechnische Abteilung“ derartige vollständige Betriebe ein.

Vom ökonomischen Standpunkte aus **ist es verständlich**, daß die Landwirte die ihnen durch die elektrischen Ueberlandzentralen und durch den billigen Maschinenbezug aus dem Warenhaus des Bundes der Landwirte gebotenen Vorteile ausnutzen und sich gewerbliche Nebenbetriebe einrichten. Welche Heuchelei ist es aber, wenn dieselben Leute die Arbeiterkonsumvereine und die Sozialdemokratie wegen „Mittelstandsfeindschaft“ beschimpfen!

Nutzen der sozialdemokratischen Kritik.

Daß der Vorwärts mit seiner Kritik an den Pferdehändeln der Remontekommission recht hatte, ist in Ostpreußen allgemeine Meinung. Und da es sich im vorliegenden Fall nicht um Arbeiter, sondern um Landwirte handelt, sieht sich die konservative Presse, um die politische Kundschaft nicht zu verlieren, genötigt, in die sozialdemokratische Kritik einzustimmen. Bedächtig und sanft errötend folgt die Deutsche Tageszeitung den Spuren des Vorwärts, indem sie schreibt:

In persönlicher Beziehung neigen wir einstweilen wenigstens zu der Ansicht, daß es sich höchstens um **Menschlichkeiten** gehandelt hat, bei denen vielleicht nicht genügend darauf geachtet worden ist, auch bösen Schein zu vermeiden. Wir wollen aber, wie schon gesagt, mit unserem Urteil darüber noch zurückhalten; dagegen wird man schon nach dem bisherigen Verlauf des Prozesses sich doch **des Eindrucks kaum erwehren können, daß rein objektiv Benachteiligungen der Pferdezüchter stattgefunden haben**, die schließlich auch aus der ganzen Sachlage erklärlich sind, aber doch hätten vermieden werden sollen.

Die Ostpreußische Zeitung, die mitten auf dem Schauplatz der Ereignisse erscheint, sieht sich gezwungen, deutlicher zu werden. Sie erklärt:

Diese Art und Weise des **Pferdeankaufs** hat gerade in den Kreisen kleiner bäuerlicher Pferdezüchter eine **große Erbitterung** und damit die Gefahr herbeigerufen, daß sie sich ganz von der Pferdezucht abwenden . . . Gerade eine solche Gelegenheit wie der Massenankauf im vorigen Herbst mußte trotz der vorhandenen Schwierigkeiten dazu benutzt werden, die Lust und Liebe in Züchterkreisen neu zu beleben. Doch das ist nicht geschehen. So haben oft kleine Besitzer, durch die Not der schlechten Jahre gezwungen, gute Stuten zu billigen Preisen abgegeben, während der Händler, von der Militärbehörde sozusagen unterstützt, seinen großen Schnitt machte. Diese kleinen Züchter stehen jetzt **verärgert** und ohne geeignetes Zuchtmaterial da. Daß dies der heimischen Pferdezucht dienlich ist, wird niemand behaupten.

Die konservative Presse muß also diesmal zugeben, daß die Kritik, die drei Vorwärts-Redakteure auf die Anklagebank gebracht hat, berechtigt gewesen ist.

Die Arbeitslosenversicherung in Baden.

Die **Zweite badische Kammer** beriet am Mittwoch über einen Antrag der Budgetkommission betreffend die Arbeitslosenversicherung, der die Regierung auffordert, in einem Nachtragsbudget **25 000 Mark anzufordern** und hiervon denjenigen Gemeinden, die eine Arbeitslosenversicherung eingeführt haben, auf Ansuchen Zuschüsse in Höhe der Hälfte der von ihnen für diesen Zweck aufgewendeten Summen zu überweisen, ferner im **Bundesrat** dahin zu wirken, **daß eine reichsgesetzliche Arbeitslosenversicherung geschaffen werde.** Der Kommissionsantrag wurde **angenommen**. Minister des Innern Freiherr v. **Bodman** erklärte u. a., daß die Arbeitslosenversicherung **nur durch das Reich wirksam durchgeführt** werden könne, auf Grund eines gesetzlichen Zwanges. Der Einzelstaat könne das nicht für sich allein machen, weil er sonst zu einem Anziehungsgebiet für die Arbeitslosen werden würde. Der Minister bezeichnete es ferner als nicht richtig, daß die Reichsregierung aus dem Stadium der Erwägungen nicht herauskomme, sie sei bereits in das Stadium der Verhandlungen eingetreten (!!), und der Standpunkt des Staatssekretärs Dr. Delbrück müsse von ihm als berechtigt anerkannt werden. Er werde die gesetzliche Regelung der Angelegenheit im Auge behalten. (Der Versuch des Herrn v. Bodman, die Reichsleitung zu verteidigen, ist ganz aussichtslos. Ihr williges Vorsorgen unter dem Druck der Kapitalistenklasse ist allzu offensichtlich. Die Redaktion.)

Die Kammer nahm ferner am Mittwoch das Budget gegen die Stimmen der Sozialdemokraten an. Der Landtag wird am 1. Juli geschlossen.

General Keim als Angeklagter. Das Schöffengericht in **Kolmar** hatte den General Keim wegen Beleidigung des Reichstagsabgeordneten **Wetterlé**, politischen Direktors des Nouvelliste d'Alsace-Lorraine, zu 200 Mark Geldstrafe verurteilt, weil er in einem Artikel im Tag vom 9. Januar d. J. von Schandpresse, jämmerlichen Hetzern, Bastarddeutschen und entarteten Volksgenossen gesprochen hatte. Das Landgericht hat auf Berufung des Generals die Strafe auf 30 Mark herabgesetzt. — Es sei zu berücksichtigen, daß General Keim „ein hochverdienter General und Offizier“ ist, dem gegenüber auch bei Aeußerungen, in denen er über das erlaubte Maß hinausging, mildernde Umstände zuzubilligen sind.

Spionagegeschichten ohne Ende. Nach einer Meldung aus **Düsseldorf** ist dort die Polizei einer größeren Landesverratsaffäre auf die Spur gekommen. Drei Personen wurden bereits verhaftet, weitere Verhaftungen stehen bevor. Der Reichsanwalt hat in das Verfahren bereits eingegriffen. Es handelt sich um Lieferungen von Zeichnungen und Skizzen an eine auswärtige Macht.

Kleine politische Nachrichten. In der **bayrischen Abgeordnetenkammer** wurde am Mittwoch über das bayrische Postreservat debattiert. Die Mehrheit der Kammer ist gegen eine Aufhebung dieses Reservatrechtes, da die bayrische Posteinrichtung besser und den bayrischen Verhältnissen angepaßter sei als die des Reiches. — Die **hessische Zweite Kammer** hat nach fünftägiger Dauer die Debatte über die Regierungsvorlage betreffend die religiösen Orden und ordensähnlichen Kongregationen beendet. — Zu den Vorlagen, die den **Reichstag** in seinem nächsten Tagungsabschnitt beschäftigen werden, gehört, wie die Tägl. Rdsch. erfährt, der Entwurf eines **Eisenbahn-Haftpflichtgesetzes.** — Der **Grazer Gemeinderat** ist von der Regierung **aufgelöst** und ein landesfürstlicher Kommissar zur Wahrung der Verwaltungsgeschäfte bestellt worden. — Der **Schweizer Bundesrat** beschloß auf Antrag der Kommission für Militäraviatik die **sofortige Anschaffung von sechs deutschen Doppeldeckern System Schneider**, die für die Fernaufklärung bestimmt sind. **Gleichzeitig ist die Anschaffung** weiterer Ein- und Zweidecker in Aussicht genommen worden. — **König Peter von Serbien** hat aus Gesundheitsrücksichten **Kronprinz Alexander** bis auf weiteres mit der **Leitung der Regierungsgeschäfte** betraut. — Mittwoch vormittag verlas der Minister des Innern in der serbischen Skupschtina den königlichen Erlaß der **Skupschtina-Auflösung**. Die Neuwahlen finden am 1./14. August statt. Die neue Skupschtina tritt am 10./23. September zusammen. — Nach einer amtlichen Meldung aus **Melilla** betrugen am Dienstag die **Verluste der Spanier** bei Kämpfen mit den Eingeborenen **sechs Eingeborene tot und ein Leutnant, fünf spanische und 21 eingeborene Soldaten verwundet.**

Ausland.

Schweiz.

Sessionsschluß der Bundesversammlung.

Z. Nach dreiwöchiger Dauer ist die Sommersession der schweizerischen **Bundesversammlung** wieder geschlossen worden. Eine „Vertagung“ des **Parlaments**, wie in Deutschland, kennt man in der Schweiz nicht, aber der Sessionsschluß hat z. B. auch nicht die ungeheuerliche Folge, **Kommissionsarbeiten**, die noch nicht an das Plenum gelangten oder von diesem noch nicht erledigt wurden, zu bloßer wertloser **Makulatur** zu machen. Die Vernünftigkeit des schweizerischen **Parlamentarismus** geht sogar so weit, Kommissionsarbeiten, die am **Schlusse** der Legislaturperiode noch vorhanden sind, in die neue Legislaturperiode mit hinüberzunehmen, ebenso die Kommissionsmitglieder, und nur neue Mitglieder zu wählen, insofern die Integralerneuerungswahlen Personalveränderungen ergeben haben. So ist beispielsweise die Vorlage für die Revision des Fabrikgesetzes, die 1910 der Bundesversammlung zugegangen war, von dem alten Nationalrat im Oktober 1911 auf den neugewählten übergegangen, der dafür in der Hauptsache die gleiche Kommission bestellte und die die Vorlage erst jetzt erledigte. Dabei sei erwähnt, daß das revidierte Fabrikgesetz in der Schlußabstimmung sowohl vom Nationalrat als auch vom Ständerat einstimmig angenommen wurde.

In der vorletzten Sitzung des Nationalrats wandte sich unser Genosse **Müller-Bern** noch gegen diese unzulässige Praxis der **Militärverwaltung**, durch Verschleierung von Militärans-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140625/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

gaben deren Gesamthöhe kleiner erscheinen zu lassen als sie tatsächlich ist. So betrugen im Jahre 1913 die Militärausgaben nicht nur 45,8 Millionen Frank, wie die Rechnung des Militärdepartements ausweist, sondern tatsächlich 55,7 Millionen Frank, also 10 Millionen Frank mehr. Von 1909 bis 1913 ist die Belastung der Bevölkerung durch die Militärausgaben von 11,65 auf 14,40 Frank pro Kopf gestiegen. Mit dem Sparen soll man nicht vor dem Militär haltmachen, sonst wird der Kredit des Landes ruiniert und jede soziale und kulturelle Arbeit des Staates unmöglich gemacht. Diesen Ausführungen gegenüber verhielten sich die Bürgerlichen unbelehrbar, aber erfahrungsgemäß ist solche Kritik doch nicht ganz wirkungslos.

Frankreich.

Der Streik der Pariser Postbeamten beendet.

Der Streik der Postbeamten auf dem Pariser Hauptpostamt ist beendet. Mittwoch früh hatten sich die Postbeamten im Pariser Hauptpostamt verbarrikadiert und nur 5 Proz. aller in Paris eingegangenen Briefe konnten ausgetragen werden, wodurch natürlich großer Schaden entstand. Dem Postminister Thomson, der am Mittwoch vormittag von einem Postwagen aus mit den Streikenden verhandeln wollte, gelang es zunächst nicht, diese zu beruhigen. Man rief ihm zu, daß man keine Redensarten, sondern eine Gehaltserhöhung wolle. Polizeibeamte, die die Abfahrt von Postwagen erzwingen wollten, wurden mit Ziegelsteinen und Eisenstücken beworfen, wobei einige Schutzleute verletzt wurden. Am Mittwoch mittag erklärte sich der Minister bereit, eine Deputation der streikenden Postbeamten zu empfangen, wenn die Streikenden den von ihnen besetzten Saal im Hauptpostamt verließen. Nachdem ihnen zugesichert war, daß ihre Plätze nicht von Soldaten besetzt werden würden, haben die Streikenden sich aus dem Postamt entfernt. Minister Thomson übernahm den Vertretern der Postbeamten gegenüber die Verpflichtung, ihre Beschwerden dem Senate zu unterbreiten. Hierauf hat der Syndikatsrat der Postbeamten die Beamten aufgefordert, ihren regelmäßigen Dienst wieder aufzunehmen.

Balkan.

Doch ein griechisch-türkischer Krieg?

Konstantinopel, 24. Juni. Der türkische Gesandte in Athen Galib Kemal-Bei sandte der Pforte einen Bericht, in dem er mitteilt, daß **Griechenland heimlich mit vollem Eifer rüste**. Sämtliche Reserveklassen würden einberufen. Die griechische Flotte sei zum Auslaufen bereit. Im heutigen Ministerrat wurde über den Bericht Galib Kemal-Beis beraten. — Der Marineminister Djemal-Pascha ersuchte telegraphisch die Armstrong-Werke in London, die Großlinienschiffe Sultan Osman und Reschadie bis zum 15. Juli, wie im Vertrag vorgesehen wurde, fertigzustellen.

Neuer griechischer Kriegsschiffkauf.

Athen, 24. Juni. Die Zeitung Estia teilt mit, Griechenland habe sich den Kauf von sechs Torpedobooten und vier Unterseebooten gesichert.

Rußland.

Die Rüstungen.

Petersburg, 23. Juni. Die Reichsduma hielt eine geschlossene Sitzung ab, in der vierzehn Vorlagen, unter anderen folgende angenommen wurden: Vorlage, betreffend Geldmittel für den Bau einer neuen Pulverfabrik, betreffend Verlängerung der aktiven Dienstzeit der Untermilitärs des Landheers um drei Monate, Geldmittel zum Bau strategischer Chausseen an der Westgrenze, Geldmittel zur schleunigen Verstärkung der Schwarzen-Meer-Flotte in der Periode 1914 bis 1917, Ergänzungskredite für die Anschaffung von Minen, Geldmittel für den Unterhalt des Flugwesens, für Bildung und Unterhalt einer besonderen Garnison in der Festung Peters des Großen, ein Ergänzungskredit von 100 000 Rubeln für geheime Ausgaben des Marineministeriums im Laufe des Jahres 1914, ferner ein zeitweiliges Verbot der Pferdeausfuhr über die europäische und die Schwarze-Meer-Grenze.

Eine neue Ritualmordaffäre.

Lodz, 24. Juni. Eine neue Ritualmordaffäre erregt hier großes Aufsehen. Im Dorfe Gratzy wurde ein Bauer mit durchschnittener Kehle aufgefunden und sofort argwöhnte die Einwohnerschaft in der Umgegend einen Ritualmord. Ein Jude Lersch Meth wurde als der Mörder bezeichnet und hierauf begab sich ein Volkshaufe zu ihm, um ihn zu lynchen. Die besonneneren Elemente hinderten die Bauern jedoch daran. Meth wurde mit seinem Sohne verhaftet und gegen beide ist die Untersuchung eingeleitet worden.

Amerika.

Die Nutzlosigkeit der Niagara-Konferenz.

Neuyork, 24. Juni. Der Vossischen Zeitung wird gemeldet: Die Hoffnungen, die man noch während der letzten Tage auf nachträgliche Beteiligung Carranzas an der Konferenz von Niagara Falls gesetzt hatte, wurde zerstört, als der Abgesandte Carranzas, namens Calderon, der gegenwärtig auf der Reise nach Washington in Neuorleans weilt, gestern abend auf das bestimmteste erklärte, daß Carranza weder an der Friedenskonferenz teilnehmen, noch in Sonderberatungen mit den Vertretern Huertas eintreten wolle. Da nun die verschiedenen Meldungen über Rücktrittsabsichten Huertas sowohl von den Vertretern Huertas als auch von Washington aus als grundlos bezeichnet werden, so verschließt sich außer dem Staatssekretär Bryan niemand mehr der Erkenntnis von der Nutzlosigkeit der Niagara-Konferenz.

Der beleidigte Zuhälter.

pb. **Köln**, 24. Juni.

Gegen den Genossen Beyer von der Rheinischen Zeitung wurde am Dienstag wegen Beleidigung des Zuhälters Hauptmann verhandelt. Der Angeklagte wies bei seiner Vernehmung darauf hin, daß er nur die Härte seiner und Frankes Verurteilung wegen eines Zuhälters — des Zuhälters der eigenen Frau — kritisieren wollte. Die Strafliste des Hauptmann, dem der Staatsanwalt nun schon zum sechsten Male seinen Schutz verleiht, ergab folgendes reizende Bild: Im Jahre 1902 wegen Unterschlagung 100 Mark; 1904 wegen Untreue drei Monate Gefängnis und 100 Mark Strafe; 1905 wegen Betrugs drei Wochen Gefängnis; 1907 wegen Betrugs und Unterschlagung zehn Wochen; 1908 vom Oberkriegsgericht sechs Monate und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes; 1908 wegen Beleidigung einen Monat; 1908 wegen Betrugs vier Monate Gefängnis; 1908 wegen Unterschlagung fünf Monate Gefängnis; 1910 wegen Unterschlagung sechs Monate Gefängnis; 1911 wegen Betrugs zehn Monate Gefängnis; 1913 wegen schwerer Urkundenfälschung fünf Monate Gefängnis. Zurzeit schweben wieder zwei Verfahren wegen schwerer Kuppelei und Zuhälterei. Frau Hauptmann, die Beyer früher beleidigt haben sollte, wegen der Gänsefüßchen bei dem Worte „Gattin", ist seit dem Jahre 1892 fünfzehnmal wegen Gewerbsunzucht, Erregung öffentlichen Aergernisses, Erpressung usw. bestraft.

In der Verhandlung, die zum Teil unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, ergab sich zur allgemeinen Verblüffung der Richter, daß der Angeklagte das Zuhältertum des Hauptmann, das die Staatsanwaltschaft trotz langwieriger Untersuchung nicht hat beweisen können, mit erdrückendem Material nachweisen konnte. Es traten eine lange Reihe von Zeugen auf, die bekundeten, daß sich zwischen ihnen und der Frau Hauptmann unter Billigung ihres Mannes intimste Vorgänge abgespielt haben. Wiederholt war bei Dingen, die nicht einmal angedeutet werden können, der saubere Gatte als Zuschauer oder Schmiere Stehender dabei, der hinterher das Geld einstrich. Eine Zeugin bekundete, die Frau Hauptmann habe ihr erzählt, ihr Mann schicke ihr jetzt sogar in Aachen (wo Hauptmann sitzt) Gefängnisaufseher aus dem Gefängnis zu, damit sie sich bei ihr amüsieren sollen; tatsächlich kam auch einer mal zu ihr. Dieselbe Zeugin gab an, daß sich die Frau Hauptmann stets ihrer guten Beziehungen zur Polizei gerühmt habe. Einmal erwischte die Zeugin einen Schutzmann bei der Frau Hauptmann in zärtlicher Umarmung, und als sich der Schutzmann überrascht sah, drohte er der unliebsamen Störerin mit einer Anklage wegen Hausfriedensbruchs! Die Frau Hauptmann hat der Zeugin auch erzählt, Hauptmann habe im Deutzer Landfriedensbruchprozeß den Gewerkschafter Fröhlich durch einen Meineid ins Gefängnis gebracht.

Eine lange Reihe weiterer Zeugen bekundete immer wieder, daß Hauptmann ein Zuhälter und Kuppler und seine Frau eine Lohndirne sei, die ein ganz verworfenes Leben führten.

Trotzalledem aber hielt der Staatsanwalt seine Anklage auf Beleidigung dieses Menschen aufrecht und beantragte 100 Mark Geldstrafe gegen Beyer. Es handle sich weniger um die Ehre des Hauptmann, der der Zuhälterei tatsächlich dringend verdächtig sei, sondern um die fortgesetzte Auflehnung gegen Sprüche des Gerichts. Hauptmann habe im Deutzer Landfriedensbruchprozeß nicht die wichtige Rolle gespielt, die ihm die Rheinische Zeitung andichte.

Rechtsanwalt Heine beantragte Freisprechung und Uebernahme aller Kosten auf die Staatskasse. Er beleuchtete, welche Folge es für die Presse habe, wenn sie nicht mehr wahrheitsgetreu über Gerichtsverhandlungen berichten könne. Hauptmann sei doch nun einmal ein berüchtigter Zuhälter und könne nicht deshalb, weil er der Staatsanwaltschaft einmal als ein Belastungszeuge gedient habe, nun für sein ganzes Leben davor geschützt werden, daß man ihm sage, was er in Wirklichkeit ist. Wäre der Zuhälter Hauptmann für Fröhlich ein Entlastungszeuge gewesen, so würde sich die Staatsanwaltschaft seiner wahrscheinlich nicht so angenommen haben. Heine erinnerte daran, daß selbst bei Beleidigungen von Reichstagsabgeordneten die Staatsanwaltschaft schon die Erhebung einer öffentlichen Anklage abgelehnt habe, so, als unserem Genossen Fischer vorgeworfen wurde, er habe sich schmieren lassen. Hier aber erhebe sie für einen Zuhälter seiner eigenen Frau sechsmal Anklage!

Der Kölner Rechtsanwalt v. Coellen wies nach, daß Hauptmann im Deutzer Landfriedensbruchprozeß wohl eine wichtige Rolle gespielt habe; gerade seine Aussage habe auf die Geschworenen die psychologische Wirkung gehabt, daß sie dem Gewerkschaftssekretär Fröhlich die Anreizung zu Gewalttätigkeiten zutrauten.

Das Gericht, dem die Geschichte offensichtlich höchst peinlich geworden war, kam zu einer Verurteilung des Genossen Beyer zu 20 M. Geldstrafe. Es mußte zubilligen, daß der Angeklagte lediglich Tatsachen gegen Hauptmann vorgebracht und auch in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Die Ueberschrift: „Der beleidigte Hauptmann", lasse aber die Absicht der Beleidigung erkennen!

Gegen das Urteil wird Revision eingelegt werden.

Aus aller Welt.

Entschädigungsansprüche Hilde Wildens.

Berlin, 24. Juni. Die Staatsanwaltschaft im Mordprozeß Hilde Wilden-Nolte hat auf die Einlegung von Rechtsmitteln gegen das freisprechende Urteil des Schwurgerichts verzichtet. Hilde Wilden hat unmittelbar nach ihrer Freisprechung ihren Rechtsanwalt mit der Aufnahme von Entschädigungsansprüchen an den Staat für unschuldig erlittene Untersuchungshaft beauftragt.

Folgen des Regenwetters.

Berlin, 25. Juni. Infolge der letztägigen starken Regenfälle trat gestern abend in der Bismarckstraße in Charlottenburg ein Erdrutsch ein. Eine Granitplatte versank nahezu 1½ Meter tief. Unfälle sind nicht vorgekommen. Unter der Bismarckstraße befindet sich der Tunnel der Untergrundbahn.

Folgenschwerer Baumunfall.

Berlin, 25. Juni. Ein folgenschwerer Baumunfall hat sich gestern nachmittag gegen 3½ Uhr auf dem Neubau der Luisenstädtischen Realschule ereignet. Dort stürzte plötzlich während Maurerarbeiten die Decke der Aula ein und begrub 40 Arbeiter unter sich, von denen 7 schwere Verletzungen davontrugen.

Vom eigenen Sohn erschossen.

Gleiwitz, 24. Juni. Heute nacht wurde der Gastwirt Sykora im Schutzhaus auf dem Josephsberg bei Bielitz von seinem eigenen Sohne erschossen. Der Grund zu dieser schrecklichen Tat ist in Familienstreitigkeiten zu suchen.

Unwetter.

Sarajewo, 24. Juni. Heute nacht wurde die Stadt von einem furchtbaren Gewitter und Wolkenbruch mit Hagelschlag heimgesucht. Der Blitz schlug in mehrere Bauerngehöfte und zündete. Die Straßen stehen unter Wasser.

Die Pest.

Petersburg, 24. Juni. In der Kalmückensteppe, in der Ortschaft Male-Derbent, ist die Pest aufgetreten. Die Erkrankten sind sämtlich gestorben. Die Seuche greift um sich. Aus anderen Orten der Steppe wurden schon früher pestverdächtige Erkrankungen und Todesfälle gemeldet und man befürchtet, daß die Seuche durch die Nomaden über die ganze Steppe verschleppt wird.

Neuer Automobilrekord.

Neuyork, 25. Juni. Der Automobilfahrer Hovakhead hat in Brookland in einem deutschen Automobil den Rekord über die Stundengeschwindigkeit geschlagen, der seit 1909 von Hemery gehalten wurde. Hovakhead legte 199,700 Kilometer in der Stunde zurück. Nach dem Reglement wurde die Distanz nach beiden Richtungen durchfahren. Bei der ersten Strecke erreichte er sogar eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 206 Kilometer pro Stunde.

Ein Orkan.

Chicago, 24. Juni. In der letzten Nacht wüteten in fünf Staaten heftige Stürme. In Watertown in Süddakota nahm der Sturm den Charakter eines Tornados an. Viele Häuser sind zerstört und 22 Personen verletzt worden.

Chicago, 25. Juni. Nach weiteren Meldungen sind bei dem Orkan in und um Minneapolis vier Personen umgekommen und zwei tödlich verletzt worden.

Letzte lokale Nachrichten.

Erdsenkung. Ein großes Loch entstand am Mittwoch abend gegen 6½ Uhr vor dem Grundstück Kaiserstraße 9 direkt unmittelbar neben dem linken Gleis der Straßenbahnlinie 15, Vorstadt Plauen-Postplatz-Plickten. Arbeiter des Tiefbauamtes mußten einige Wagen Erde herbeifahren, um das Loch, das die Größe und Tiefe eines Flutkanalschachtes hatte, wieder auszufüllen. Sehr leicht konnte das in der Fahrbahn befindliche Loch für den Straßenverkehr verhängnisvoll werden.

Gut abgelaufener Blitzschlag. Als am Mittwoch mittag ein Lehrer aus Vorstadt Uebigau während eines Gewitters mit seiner Schulklasse durch Oberlößnitz wanderte, schlug unmittelbar in der Nähe ein Blitz unter dem üblichen gewaltigen Donner in eine im Grundstück des Oberstleutnants Frhrn. v. Hagen stehende Linde. Durch diesen Blitzschlag wurden einige Kinder der betreffenden Schulklasse betäubt, so daß sie nach der in der Nähe befindlichen Dienstbotenschule gebracht werden mußten. Dort erholten sich die Kinder von dem Schrecken bald wieder, worauf die Schulklasse die Wanderung fortsetzen konnte. Auch sonst hatte der Blitz keinen weiteren erheblichen Schaden angerichtet.

Der eingeschlafene Dieb. Zu der Verhaftung des Soldaten Jentzsch vom Bautzner Infanterieregiment wird noch weiter gemeldet: Der am 15. Juni desertierte Soldat wak in eine Wohnung auf der Schubertstraße eingestiegen und hatte sich dort ein Paket Diebesbeute zurecht gelegt. Da der Soldat eine gleichfalls vorgefundene Flasche Wein ausgeleert, war er in völlig betrunkenem Zustande eingeschlafen. Als ein Beamter der Dresdner Bank zurückkehrte, der dort zur Untermiete wohnte, fand er den Deserteur und Einbrecher schnarchend in seinem Bette vor, so daß er erst dachte, es sei ein neuer Untermieter eingezogen.

Ein Einbrecher wurde beim Ausplündern eines hiesigen Produktengeschäfts überrascht. Der Dieb verlangte in seiner Verlegenheit, als er sich plötzlich Leuten gegenüber sah, eine Flasche Bier. Man glaubte ihm aber seine Kaufabsichten nicht, sondern nahm ihn fest. Die weiteren Erörterungen gegen ihn ergaben, daß er bei den Einbrüchen bei der Firma Fischer u. Werner in der Lothringer Straße, in der Buchhandlung von Ehlers in der Gutzkowstraße und in ein Produktengeschäft in der Zirkusstraße als Täter in Frage kommt.

Straßenunfall. Der in den fünfziger Jahren stehende taubstumme Steinarbeiter Moritz Sch. aus Cossebaude lief auf der Großen Zwingerstraße in eine Droschke hinein. Der taubstumme Arbeiter wurde umgerissen und kam unter die Droschke zu liegen. Außer verschiedenen Hautabschürfungen und Quetschungen hatte der Mann anscheinend keine weiteren Verletzungen erlitten.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte für den 26. Juni 1914:

Südwestwinde; wechselnde Bewölkung; etwas wärmer; kein erheblicher Niederschlag.

Wetterlage: Von einem westlichen Hoch reicht ein Ausläufer bis nach Süddeutschland. Unter seinem Einfluß ist heute Aufheiterung eingetreten. Es ist zunächst noch fraglich, ob die Ausbreitung des Hochs noch weitere Fortschritte macht, die zu einer Vereinigung der beiden Hochs führen würde. Solange dies aber nicht der Fall ist, bleibt die bisherige Unsicherheit noch bestehen.

Wasserstände der Moldau und Elbe: Budweis + 25, Pardubitz — 62, Brandeis — 10, Melnik + 65, Leitmeritz + 88, Aussig + 69, Dresden — 114.

Wetterbericht von der Wetterschule an der Friedrich-August-Brücke

vom 25. Juni, mittags 12 Uhr.

Barometer 759. Veränderlich.
Thermometer + 19° R.
Thermometergraph: Min. + 13°, Maxim. + 21°.
Hygrometer 78 %.
Wasserstand der Elbe — 114 Zentimeter.
Wasserwärme: 16° R.

Letzte Telegramme.

Die Spionageaffäre Pohl.

Berlin, 25. Juni. In der Angelegenheit der gestern gemeldeten Verhaftungen lassen sich jetzt noch folgende weitere Einzelheiten feststellen: Nachdem bei der ersten Ingenieurinspektion das Fehlen von Plänen festgestellt worden war, wurde eine Beobachtung eingeleitet, die starke Verdachtsgründe gegen den Feldwebel Pohl ergab. Er wurde daher festgenommen und gestand sein Verbrechen ein. Bei ihm wurde die Adresse eines Dr. Blumenthal in Dresden gefunden, der nach Pohls Aussage mit ihm im Komplott gehandelt hatte. Die Polizei stellte fest, daß der angebliche Dr. Blumenthal ein in Berlin geborener Kurt Kaul war, der unter einem falschen, ihm in Petersburg ausgestellten Paß als Dr. Blumenthal in Dresden wohnte. Da die Festnahme Pohls streng geheimgehalten worden war, gelang es einige Tage später, auch Kaul festzunehmen. Er ist geständig.

Der Kaplan vor dem Kriegsgericht.

Metz, 25. Juni. Heute hat sich vor dem hiesigen Kriegsgericht der Kaplan Adam aus Alderingen wegen Beleidigung zu verantworten. Adam war einer der vier Diedenhofener Kapläne, die wegen der gemeinsamen Beschwerde anläßlich einer Konkubinversammlung vom Kriegsgericht zu einem halben Jahre Gefängnis und vom Oberkriegsgericht zu einem halben Jahre Festung verurteilt worden waren und diese Strafe in Magdeburg verbüßt hatten. Adam hatte die Wand seiner Zelle mit einer Deutschland und die Armee beleidigenden Aufschrift versehen und seinen Namen daruntergesetzt.

Die Beendigung des Postbeamtenstreiks.

Paris, 25. Juni. Ueber die vorläufige Beilegung des Postbeamtenstreiks erklärte der Handelsminister Thomson einem Berichterstatter, er halte die Lage für besser, als er gestern zu hoffen gewagt habe. Jeder Zwist zwischen der Regierung und den Postbeamten scheine ihm beseitigt. Er glaube, daß der Waffenstillstand das Vorspiel zu einem baldigen Frieden bilde. Die Postbeamten hätten begriffen, daß er trotz aller Sympathien, die er für sie empfinde, unmöglich erlauben könne, daß ein hochwichtiger öffentlicher Dienst straflos zugrunde gerichtet werde. Es heißt, daß der sozialistische Deputierte Cachin die von dem Deputierten und ehemaligen Minister Thierry angemeldete Besprechung über den Poststreik dazu benutzen werde, um zu verlangen, daß gleichzeitig auch die von ihm im Namen der sozialistischen Gruppe eingebrachte Interpellation über die Forderungen der Beamtenschaft erörtert werde. Von den gemäßigten und konservativen Blättern wird die Haltung des Ministeriums gegenüber den ausständigen Postbeamten scharf gerügt. Der Figaro schreibt: Die Meuterei wird nicht bestraft werden. Eine halbamtliche Note erklärt bereits, daß die Regierung in dem Augenblicke, in dem die Krisis dank der Ueberredungskünste des Handelsministers beigelegt wurde, die Lage nicht verschärfen wolle; ja noch mehr: der Senat wird angesichts der revolutionären Drohungen nachgeben. Soweit ist es mit uns gekommen! — Jaurès schreibt in der Humanité, daß der ganze Zwist dadurch entstanden sei, daß der Senat von den 12 Millionen, die für Gehaltsaufbesserungen beantragt worden waren, 50 000 Frank gestrichen habe. Er meint, daß gerade dieses kleinliche Vorgehen und diese Herausforderung den Zornesausbruch der Postbeamten begreiflich erscheinen lasse. — Die radikale Lanterne erklärt: Die armen Briefträger waren so naiv, an die Versprechungen der Regierung zu glauben. Sie haben sich ergürnt, und sie haben recht gehabt.

Ertrunken.

Speier, 25. Juni. Bei Pontonübungen stieß ein mit drei Soldaten des 1. bayrischen Ulanen-Regiments in Bamberg besetzter Nachen auf badischer Seite infolge der starken Strömung gegen ein Ponton und kippte um. Die drei Insassen fielen ins Wasser. Zwei von ihnen konnten sich durch Schwimmen retten, während der dritte ertrank. Die Rettungsversuche zweier Offiziere, die sofort ins Wasser sprangen, blieben erfolglos.

Neue Bergungsversuche.

Quebec, 25. Juni. Es ist beschlossen worden, neue Versuche zur Bergung der 800 Leichen des Dampfers Empress of Ireland zu machen. Die Taucher des Eisberg haben sich deshalb wieder an die Unglücksstelle begeben.

Das heutige Blatt umfaßt: 16 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140625/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

4. Wahlkreis

Freitag den 3. Juli, abends 7 Uhr

Kreis-Generalversammlung

im **Ballhaus**, Dresden-N., Bautzner Str. 35.

Tages-Ordnung:

1. **Die Landesversammlung in Leipzig. Delegierten-Wahlen.**
2. **Der Parteitag in Würzburg. Delegierten-Wahlen.**

Die Delegiertenwahlen zur Kreis-Generalversammlung

finden in den **Mitglieder-Versammlungen der Bezirke** wie folgt statt:

Freitag den 26. Juni, abends 9 Uhr:

1. Bezirk: Restaurant Elbflorenz, Kasernenstraße 17
2. „ Restaurant Pulsnitzer Hof, Ecke Pulsnitzer- und Luisenstraße
3. „ Restaurant Engel, Böhmische Straße 41
4. „ Restaurant Bastian, Schönbrunnstraße 1
5. „ Restaurant zum Kuckuck, Helgolandstraße 8
6. „ Restaurant Königswald, Fichtenstaße 15
Trachenberge: Restaurant Vergißmeinnicht, Marienhofstraße
Pieschen: Restaurant zur Börse, Leipziger Straße 95
Kötitz-Coswig: Restaurant Carolaschlößchen, Coswig

Sonnabend den 27. Juni, abends 9 Uhr:

Mickten-Uebigau-Trachau-Naditz: Restaurant Feldschlößchen, Naditz
Radebeul: Richters Restaurant, Gartenstraße 75
Kötzschenbroda-Naundorf: Gasthof Naundorf bei Kötzschenbroda
Reichenberg: Königsbrauerei, Reichenberg
Klotzsche-Rähnitz: Erbgericht, Klotzsche
Ottendorf-Weixdorf: Friedrich-Wilhelm-Bad
Loschwitz: Restaurant Kamerun, Neu-Rochwitz
Radeburg: Hotel zum Hirsch

Dienstag den 30. Juni, abends 9 Uhr:

Radeberg: Restaurant Deutsche Eiche.

Zur Teilnahme an der Wahl ist jedes Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins für den 4. Wahlkreis berechtigt. Das Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. Ohne dasselbe kein Zutritt.

V16] Der Vorstand.

---

6. Reichstags-Wahlkreis.

Freitag den 26. Juni, abends Punkt 9 Uhr
im **Bürgergarten, Löbtau**

Kreis-Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Die Aufgaben der Landesversammlung zu Leipzig.**
Referent: **Karl Sindermann.**
2. **Anträge.**

Zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.** [V 85

Oeffentliche politische Versammlung.

Ober-Pesterwitz — Altfranken!

Sonnabend den 27. Juni, abends 9 Uhr
im **Gasthof zu Ober-Pesterwitz**

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. **Die Tätigkeit des letzten Landtages.** Referent: Landtagsabgeordneter **Hermann Fleißner.**
2. **Debatte.**

Zutritt und Redefreiheit für alle über 18 Jahre alten Personen.

Die gesamte werktätige Bevölkerung ist zu dieser wichtigen Versammlung eingeladen. [V 55

Der Einberufer: Otto Prinz, Nieder-Gorbitz.

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Dresden.

Dienstag den 30. Juni 1914, abends 6½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Kristallpalast, Schäferstraße 45.

Tages-Ordnung:

1. **Beitragsregelung u. Ausgesteuerten-Unterstützung an Arbeitslose. Beschlußfassung.**
2. **Gewerkschaftliches.**

Jedes Mitglied hat die Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen. Das **Mitgliedsbuch** ist als **Legitimation** vorzuzeigen. [V 113

Sonntag den 5. Juli, von nachmittags 3 Uhr an
im Garten des Hotels Demnitz in Loschwitz

Sommer-Fest

Konzert, Verlosung, Belustigungen für jung und alt.

Die Kollegen der Bezirke Johannstadt, Striesen, Laubegast, Loschwitz, Bühlau ersuchen wir besonders um recht zahlreiche Beteiligung mit ihren Angehörigen.

Karte 15 Pf. **Die Verwaltung.**

---

6. Kreis. 11. und 17. Bezirk.

Cossebaude, Stetzsch, Kemnitz, Briesnitz u. U.

Sonderfahrt betr.

Um den Wünschen vieler Mitglieder entgegenzukommen, den Betrag für die Teilnehmerkarten auch später als am 28. Juni begleichen zu können, haben wir unsere Beitragskassierer angewiesen, in solchen Fällen sich die Namensunterschrift des Mitgliedes auf der Teilnehmerkarte geben zu lassen. Solche Karten gelten als verkauft und hat die Begleichung mindestens ¾ Stunde vor Abgang des Zuges an eines der unterzeichneten Kommissionsmitglieder zu erfolgen. Da der Zug am 4. Juli bestellt sein muß, ist es notwendig, daß sich diejenigen Mitglieder, welche an der Fahrt teilnehmen wollen, nächsten Sonntag dazu entschließen, damit die genaue Teilnehmerzahl festgestellt werden kann. [V 55

Sonstige laut gewordene Wünsche, Fahrzeit und Halten des Zuges betr., können keine Berücksichtigung mehr finden.

Wir geben hiermit nochmals die Abfahrts- und Ankunftszeiten bekannt: **Tag der Sonderfahrt am 12. Juli.** Abfahrt von Cossebaude früh 6.35, Stetzsch 6.41, Kemnitz 6.47. Rückkunft: in Kemnitz 11.48, Stetzsch 11.53, Cossebaude 11.58 nachts.

Die beauftragten Kommissions-Mitglieder:

Franz Müller. Cossebaude. **Linus Strauß.** Gohlis. **Gustav Maune.** Stetzsch. **Karl Naumann.** Leutewitz.

Allgemein. Gewerbs-Kranken-Begräbnis- **Dresdner Schlosser- und Kassenver.**

Sonnabend den 27. Juni, abends 8½ Uhr, im **Volkshaus,** Nitzenbergstraße 2

Außerordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. **Statutenänderung.** [V213
2. **Allgem. Kassenangelegenheiten.**

Der Zutritt zur Generalversammlung ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet und wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

Die Gesamtverwaltung.
A. Leichsenring, Vors.

Jakob Kranz
Frischauf-Schänke
Könneritzstr. 17. Teleph. 21702
hält sich zur Einkehr best. empf.

Stehbierhalle
Restaurant Arthur Beyer **11**
Kesselsdorf. Str.
hält sich zur Einkehr best. empfohlen

Restaurant Kleine Zwingerstrasse 8
Verkehrslokal d. Kraftwagenführer
Max u. Marie Forstmann.

Lorenz' Restaurant
Dr.-Löbtau, Frankenbergstr. Ecke Reisewitzerstr. Tel. 14527
Vereinszimmer 30—200 Personen.
Renoviert! Renoviert!

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Geschäftsstelle: Borkstraße, Bürgerstraße 4, gegenüber dem „Goldenen Löwen" — Geschäftszeit: Wochentags v. 6—1 Uhr und 5—6 Uhr. Sonntags von 7 Uhr. Telephon: Amt Dresden Nr. 774.

Bezirk Plauen.

Sonnabend den 27. Juni, abends 9 Uhr, im Plauenschen Hof, Hofmühlenstraße: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag über die Hege gegen das Koalitionsrecht. Referent: Genosse Redakteur Barthel. 2. Bericht vom Vorstand. 3. Vereinsangelegenheiten. [V 55

Zahlreiches Erscheinen erwartet Die Bezirksverwaltung.

Für unsere werten Abonnenten von Plauen und Vororten liegt ein Prospekt von Mossows Warenhaus, Zwickauer Straße 127, der heutigen Nummer bei.

Dresdner Theater

Königliches Opernhaus

Freitag den 26. Juni
Mignon
Oper in 3 Akten. Musik von A. Thomas
Musikalische Leitung: Kurt Striegler

Wilhelm Meister . . . Fritz Soot
Lothario . . . . . Georg Fottenrye
Laërtes . . . . . Joseph Paull
Friedrich . . . . . Hanns Lange
Jarno . . . . . Julius Puttlitz
Antonio . . . . . Friedrich Ernst
Mignon . . . . . Magdalena Fahdo
Philine . . . . . Elsa v. Catenhusen
Ein Diener . . . . . Thilo Markgraf
Jäger . . . . . Emil Meyer

Anfang 7 Uhr, Ende gegen 9¼ Uhr

Sonnabend: Parsifal. (6)
Sonntag: Tannhäuser. (7) Letzte Vorstellung vor den Ferien.

Königl. Schauspielhaus

Freitag den 26. Juni
Ariadne auf Naxos
Oper in einem Aufzuge von Hugo von Hofmannsthal. Musik von Rich. Strauß. zu spielen nach dem Bürger als Edelmann des Molière

Personen des Schauspiels:

Jourdain . . . . . Wolf Walter
Seine Frau . . . . . Clara Salbach
Dorimène . . . . . Bertrine Römer
Dorantes . . . . . Theodor Becker
Nicoline . . . . . Alice Verden
Ein Musiklehrer . . . Eugen Ruff
Ein Komponist . . . Alexander Wierth
Ein Tanzmeister . . . Ernst Pröll
Ein Fechtmeister . . . Alfred Meyer
Ein Magister der Philosophie . . . . . Lothar Mehnert
Ein Schneider . . . . Rolf Roennefe
Erster, Zweiter, Dritter, Vierter Gesell . . Felix Berg, Artur Dietze, Heinrich Müller, Walter Rossig
Erste, Zweite, Dritte Sängerin . Elsa Stängner, Grete Werner, A. v. Normann
Erster Lakai . . . . Karl Jaedicke
Zweiter Lakai . . . . Rudolf Opel
Ein Ansager . . . . Paul Walter
Ein Küchenjunge . . . Felix Berg

Personen der Oper:

Ariadne . . . . E. Plaschke-v. d. Osten
Bacchus . . . . . Richard Tauber
Najade . . . . . Grete Merrem
Dryade . . . . . A. v. Normann
Echo . . . . . Elsa Stängner
Zerbinetta . . . . . Margarete Siems
Harlekin . . . . . Walter Fodor
Scaramuccio . . . . Hans Rüdiger
Truffaldin . . . . . Ludwig Ermold
Brighella . . . . . Emil Enderlein

Anfang 7½ Uhr, Ende 10½ Uhr

Sonnabend: Faust. (5)
Sonntag: Zyklus klassischer Vorstellungen. 6. Abend: Robert Guiskard. Die Toggenburg Heide. (8)

Interims-Theater

(Abonnements gültig)
Freitag den 26. Juni
Erstaufführung
Die Hose
Ein bürgerliches Lustspiel in vier Akten von Carl Sternheim

Theobald Maske, ein Bureaudiener . . . . . Marianne Neuenfels
Luise Maske, seine Frau . . . Fräul. Anni Filipp
Gertrud Deuter . . . . Stella Arnold
Frank Scarron . . . . Emil Port
Benjamin Mandelkern, Filialleiter . . . . . Hellmuth Barthe
Ein Fremder . . . . Anton Mentzinger

Anfang 8¼ Uhr, Ende gegen 10¼ Uhr

Sonnabend: Die Hose. (8½)
Sonntag: Nachtfest (8½). Die Hose (8½)

Residenz-Theater

Gastspiel Anton Franck
Freitag den 26. Juni
Die spanische Fliege
Schwank in drei Akten von Franz Arnold und Ernst Bach
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr
Mittwoch abend: Die spanische Fliege. (8)

Zentral-Theater

Wegen Renovation geschlossen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Edgar Hahnewald, Dresden-A. — Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden-Kaitzlitz. — Druck von Kaden u. Komp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140625/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten.

Die beleidigten „Wahlrechtsräuber"!

Der Burgstädter Wahlrechtsraub hat bekanntlich zu einem Strafprozeß gegen die beiden Redakteure Meyer und Kuttner von der Chemnitzer Volksstimme wegen Beleidigung des Burgstädter Stadtrats geführt. In Burgstädt wurden früher die Stadtverordneten auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählt. Im Herbst 1913 wurde aus Furcht vor der Sozialdemokratie durch gemeinsamen Mehrheitsbeschluß der städtischen Kollegien ein Klassenwahlrecht eingeführt. Das erregte natürlich den heftigsten Unwillen der Bürger, die sich in ihren politischen Rechten beeinträchtigt fühlten, ganz besonders natürlich der Arbeiterschaft. Das Klassenwahlrecht wurde von ihr auf das heftigste bekämpft. Zu den Kampfmitteln gehörten auch zwei Artikel der Volksstimme vom 5. und 11. November. Den ersten hatte Genosse Meyer, den zweiten Genosse Kuttner verantwortlich gezeichnet. In dem ersten Artikel hieß es unter anderem:

Daß der Wahlrechtsraub vom Ratskollegium sanktioniert werden wird, steht jetzt schon bombenfest.

Im zweiten Artikel ist vom elenden Wahlrecht die Rede, und dann heißt es, nachdem die fünf Stadträte, die für die Einführung des Klassenwahlrechts gestimmt hatten, namentlich aufgeführt worden waren, in bezug auf diese Herren:

Jeder sage seinen Bekannten die Namen der Räuber. Das elende Klassenwahlrecht hat auch nunmehr die Sanktion des Ratskollegiums gefunden.

Durch diese beiden Artikel hat sich der Burgstädter Stadtrat beleidigt gefühlt. Der Angeklagte Meyer verteidigte sich damit, daß der erste Artikel vor der Beschlußfassung des Rats über die von den Stadtverordneten angenommene Vorlage erschienen sei und daß der Ausdruck Wahlrechtsraub unter den Schutz des § 193 falle. Der Ausdruck Wahlrechtsraub sei im politischen Leben zu einem Schlagwort geworden; man verstehe darunter jede Beschränkung der politischen Wahlrechte, empfinde diesen Ausdruck aber nicht als Beleidigung. Weiter hatte der Angeklagte geltend gemacht, daß er eigene Interessen wahrgenommen habe. Demgegenüber hat das Landgericht gesagt, es sei wohl richtig, daß der Ausdruck Wahlrechtsraub häufig in Parteikämpfen gebraucht werde, aber deswegen würde er noch nicht seines beleidigenden Charakters beraubt. Daß der Angeklagte die Interessen der Burgstädter Arbeiter wahrgenommen habe, sei richtig, aber das seien fremde Interessen, denn so nahe Beziehungen zwischen der Volksstimme und der Burgstädter Arbeiterschaft bestünden doch nicht. (!) Es habe sich auch nicht um einen Wahlkampf gehandelt, sondern bloß um die Aenderung des Wahlrechts. (!)

Auch der zweite Artikel wurde als beleidigend angesehen. Der Schutz des § 193 wurde dem Genossen Kuttner versagt. K. habe nicht einmal die Wahrnehmung der Interessen der Burgstädter Einwohner bezweckt, denn die Wahlrechtsvorlage sei inzwischen vom Rate angenommen worden, so daß an der Sache sich nichts mehr habe ändern lassen. Der Angeklagte habe also(!) bloß eine Herabsetzung und wirtschaftliche Schädigung der Gegner bezweckt. Das Landgericht verwarf die Berufung der Angeklagten, billigte also deren Verurteilung durch das Schöffengericht. Die gegen Meyer ausgeworfene Strafe wurde herabgesetzt.

Gegen das Urteil legten beide Angeklagten Revision ein. Zunächst wurde die Gültigkeit des Strafantrags bemängelt. Der Stadtrat habe in einer Plenarsitzung beschlossen, Strafantrag zu stellen, und eine beglaubigte Abschrift des Protokolls an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Das genüge aber nicht den gesetzlichen Vorschriften, die Stadträte hätten einzeln bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag stellen müssen. Auch andere formelle Einwände wurden noch in dieser Beziehung erhoben. Wegen des ersten Artikels liege überhaupt kein Strafantrag des Stadtrats vor. Weiter wurde dargelegt, daß die Artikel keine beleidigenden Ausdrücke enthalten und daß die Angeklagten in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt haben.

Das Oberlandesgericht hat die Rechtsmittel verworfen. In Frage kämen fünf Stadträte, die zu Ratsprotokoll erklärt hätten, daß sie wegen beider Artikel Strafantrag stellen wollen. Eine beglaubigte Abschrift davon genüge dem Gesetz. Deshalb sei es müßig, die Frage zu erörtern, ob der Stadtrat als Behörde beleidigt worden sei usw. Im übrigen sei die Wahlrechtsänderung perfekt gewesen, also habe es für den Angeklagten Kuttner gar keine Rechte mehr wahrzunehmen gegeben. Deshalb komme für ihn der Schutz des § 193 gar nicht in Frage; er habe die fünf Stadträte als Räuber (!) hingestellt und das sei beleidigend. Was den Angeklagten Meyer anbelange, so sei zu wiederholen, daß die Vertretung eigener wirtschaftlicher Interessen nicht zur Beleidigung des Gegners führen dürfe.

Das Oberlandesgericht entwickelt eine eigenartige Logik, wenn es den Moralbegriff Räuber gleichstellt mit dem politischen Wahlrechtsräuber! Das war aber wohl nötig, um das Urteil zu rechtfertigen. Im Volke ist diese Bezeichnung für derartige Entrechtungen jedoch so fest gewurzelt, daß sie durch Gerichtsurteile nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Eine wichtige Entscheidung

ist auf Grund der Reichsversicherungsordnung vor kurzem vom Königl. Landesversicherungsamt in Dresden getroffen worden. Die Reichsversicherungsordnung enthält an nicht wenigen Stellen Handhaben zu Liebenswürdigkeiten gegen die Arbeiterschaft, besonders die frei organisierte. So der § 18 Abs. 3 in Verbindung mit § 14. Ersterer behandelt die Wählbarkeit der Unternehmer zu den Organen der Versicherungsträger (Krankenkassen, Invalidenversicherung, Unfallversicherung, Vorstände und Ausschüsse) und verbietet die Wahl von solchen Personen, die „als Mitglieder bei einer Versicherungsbehörde tätig sind, die Aufsichtsbefugnisse über den Versicherungsträger hat". § 14 regelt die Wahl der Versicherten, enthält aber ein solches Verbot nicht. Gleichwohl verfügte das Versicherungsamt Mittweida gegen ein Vorstands- und ein Ausschußmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mittweida die Amtsenthebung, weil diese Personen schon seit 1910 als Vertreter der Versicherten bei der unteren Verwaltungsbehörde — jetzt Versicherungsamt — tätig sind. Sie fochten diese Maßnahme beim Oberversicherungsamt Leipzig an. Dieses hat, ohne viel zur Begründung zu sagen, das Rechtsmittel abgewiesen und die Enthebung bestätigt. Insbesondere wird im Urteil kurzerhand erklärt, § 18, 3 gelte auch für die Versicherten, diese seien Mitglieder einer Behörde, die Aufsichtsbefugnisse habe und das Erbieten der Betroffenen, die Tätigkeit beim Versicherungsamt aufgeben zu wollen, sei rechtlich nicht zu begründen.

Mit der weiteren Beschwerde wurde dieses Urteil beim Landesversicherungsamt angefochten. Dieses kommt zu einem ganz anderen Ergebnis! Das ausführliche Urteil nimmt zunächst Bezug auf die eigenartige Entstehung des § 13, 3, über deren Ursachen und beabsichtigte Folgen aus den Verhandlungsberichten über die Gesetzesberatung fast gar nichts hervorgehe, es sei denn, „daß eine Beeinflussung zu verhindern" beabsichtigt war. Weiter wird darauf hingewiesen, daß das neue Gesetz einige Schranken für die Wählbarkeit, die im alten Gesetz enthalten waren, beseitigt hat. Dazu gekommen ist eine Erleichterung insofern, als jetzt auch Personen, die nicht mehr zur Unfallversicherung gehören, zum Reichs- oder Landesversicherungsamt gewählt werden können, wenn sie als Ausschußmitglieder bei einer Versicherungsanstalt oder einer Sonderanstalt gewählt sind. — Weiter wird auf § 1641,7 hingewiesen, nach dem bei einer Streitsache vor einer Versicherungsbehörde nicht mitwirken darf, wer bei einem Versicherungsträger an der Beschlußfassung in derselben Sache mitgewirkt hat. Diese Bestimmungen würden zweck- und sinnlos, wenn § 13, 3 in der von den Vorinstanzen geschehenen Weise angewendet werden sollte. — Endlich prüft das Landesversicherungsamt sehr gründlich die Frage, wer denn eigentlich Mitglied bei einer Versicherungsbehörde sei. Bei Versicherungsamt und Oberversicherungsamt werde überhaupt nur von Vertretern der Versicherten und Arbeitgebern gesprochen, nur bei Reichs- und Landesversicherungsamt sei von nichtständigen Mitgliedern gesprochen, die gewählt werden. Aber auch hier, wie überhaupt, könnten als „Mitglieder" nur die beamteten, ständig tätigen Personen angesehen werden.

Aus allen diesen Erwägungen kommt die höchste Instanz zur Aufhebung der vorinstanzlichen Entscheidung in ihren wichtigsten Teilen und behandelt nur beiläufig die Frage, ob die des Amts Enthobenen zum Rücktritt von ihrer Tätigkeit beim Versicherungsamt rechtlichen Grund hatten. Es könne sehr zweifelhaft sein, ob die neue Gesetzesbestimmung § 13, 3 auf schon 1910 gewählte Vertreter anwendbar sei oder nicht, vielmehr auf solche, die erst nach der Reichsversicherungsordnung zu wählen sind. Bei Erledigung aller Hauptfragen konnte dieser Nebenfrage geringes Gewicht beigelegt werden.

Nach diesem Urteil sind auch andere gegen Versicherte verfügte Amtsentheben gegenstandslos geworden und es ergibt sich daraus, daß Vorstands- und Ausschußmitglieder auch wählbar in eine Versicherungsbehörde sind. Die Bestimmung der R.-V.-O., daß eine Person nicht in zwei Behörden tätig sein darf, bleibt unberührt. — Das Urteil gilt nur für Sachsen, ist aber ungemein wichtig und wird vielleicht innerhalb der grün-weißen Grenzpfähle manche stille Freude trüben!

Großblock-Träume.

Der aus seiner Agitation im 3. Wahlkreis bekannte Fortschrittler Pudor aus Leipzig schreibt zum liberalen Wahlkartell im Oschatzer Tageblatt:

„Vor allem möchte ich davor warnen, in diesem Abkommen auch wenn dadurch dem Liberalismus einige Mandate mehr zufielen, nun das Anbrechen einer liberalen Aera in der sächsischen Politik zu sehen. Dazu bedürfte es ganz anderer Maßnahmen — vor allem wäre eine geschlossene Phalanx der Linken gegen die Reaktion notwendig. Die wichtigste Aufgabe der fortschrittlichen Fraktion muß daher sein, die Nationalliberalen mehr und mehr in eine gemeinsame Arbeit mit der übrigen Linken hineinzuziehen, um in allen wichtigen Fragen der liberalen Politik eine Mehrheitsbildung auf der linken Seite zu ermöglichen. Wenn das erfolgte, so hätte das Abkommen erst seine für die sächsische Politik prinzipielle Bedeutung. Fällt aber bei den Abstimmungen die Linke auseinander, teilen sich die Nationalliberalen, indem etliche nach rechts schwenken, so hat dieses mit Opfern erkaufte Abkommen nicht seinen Zweck erfüllt, und die vielleicht von beiden Seiten hinzugewonnenen Mandate würden nach außen ganz gut wirken, in der inneren Politik aber würde „reaktionär" nach wie vor Trumpf bleiben. Alle Gesetze kommen durch Mehrheitsbeschlüsse zustande — also muß es die Aufgabe des Liberalismus sein, auf eine geschlossene Linksmehrheit hinzuarbeiten. Wie aber die politische Konstellation ist, gehört bis in die nächste Zukunft die Sozialdemokratie in diese Mehrheit mit hinein . . . Es ist doch eine unableugbare Tatsache, daß heute mit den Konservativen kein Gesetz im liberalen Sinne gemacht werden kann . . . . Die Konservativen sind die wahren Feinde der von uns vertretenen liberalen Grundsätze; . . . „Der Feind steht rechts! Um die Sozialdemokratie wirksam zu bekämpfen, müssen wir erst den Feind auf der rechten Seite geschlagen haben, denn gerade die konservative Politik ist es, die das Anwachsen des Radikalismus verursacht und immer neues Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie gießt. Wir müssen den Mut haben, die Konsequenzen aus unseren Anschauungen zu ziehen, wir müssen endlich dahin gelangen, nur aufs Ganze zu gehen, so wie es die Konservativen machen."

Daß für eine solche Politik auch nur die eigenen Parteigenossen des Herrn Pudor zu haben wären, ist aus der jüngsten Vergangenheit der sächsischen Politik nicht zu schließen. Die Herren Günther und Genossen sind eben nicht konsequent. Ganz zu schweigen von den Nationalliberalen. Die wursteln samt ihren fortschrittlichen Kartellbrüdern ziel- und planlos zwischen Konservativen und Sozialdemokraten fort, soweit sie nicht von vornherein mit der Reaktion an einem Strange ziehen. Wenn der Großblock schon in Baden in die Brüche ging, dann ist in Sachsen erst recht nicht daran zu denken.

Ein Hauptmann verhaftet.

Der Hauptmann K. Braun, Chef der 3. Kompagnie des 15. Infanterie-Regiments Nr. 181 und Führer der Chemnitzer Pfadfinder, wurde auf die Anzeige seines Burschen wegen Vergehens nach § 175 und Mißbrauchs der Dienstgewalt verhaftet und ins Gerichtsgefängnis der 4. Division Nr. 40 übergeführt. Der als sehr „schneidig" geschilderte Offizier stammte vom 105. Regiment und war bis zu seiner Versetzung nach Chemnitz Führer der Maschinengewehrkompagnie 105 in Straßburg, lange Zeit auch Erzieher am Kadettenhaus zu Dresden! Bekannt war er in Chemnitz als Führer der nationalen Jugendverbindung. Inzwischen ist Hauptmann Braun ins Garnisonlazarett Dresden zur Beobachtung seines Nervenzustandes übergeführt worden. Er wohnte bisher in Chemnitz, Würzburger Straße.

Aus den Parteiorganisationen.

In Chemnitz wurde eine Parteiversammlung für den 16. Wahlkreis abgehalten. Ueber die Stellung des 16. Kreises zur Landesversammlung sprach der Vorsitzende, Genosse Max Müller. Die Zunahme der Mitglieder von 20 000 in Sachsen sei beachtlich. Auf der Landesversammlung wird vor allem ein Beratungsgegenstand das Interesse der Parteigenossen erregen: die Gründung der neuen Parteizeitung in Plauen. Die Plauener haben zweifellos begründete Ursache, ein eigenes Blatt zu beanspruchen. Ob der gegenwärtige Zeitpunkt, die Zeit der Wirtschaftskrise, besonders geeignet ist, steht freilich auf einem anderen Blatt. Der Redner besprach die politische Situation, die Haltung der Regierung der Sozialdemokratie gegenüber, die bevorstehenden Landtagswahlen, und fordert zu lebhafter Agitationsarbeit auf. — Genosse Steinert beschäftigte sich im wesentlichen mit der Blattgründung in Plauen. Der katastrophenartige Niedergang der Spitzenindustrie läßt schwere Bedenken aufkommen. Die Blattgründung sei nicht ordnungsmäßig mit Einhaltung des Instanzenweges beschlossen worden. Diese Zeitung werde voraussichtlich ein Sorgenkind der Partei werden. Wenn sich der Parteivorstand nicht schon festgelegt hat, solle den Plauener Genossen ernsthaft geraten werden, die Blattfrage zu vertagen, bis eine sichere Grundlage dort geschaffen sei, auf der ein eigenes Blatt aufgebaut werden kann. — Genossin Schlag will die Plauener Blattgründung nicht gerade befürworten, aber eine allzuschroffe Gegnerschaft sei auch nicht am Platze. Genosse Heilmann führte aus: Gegen das Blatt kann nichts mehr unternommen werden; es steht fest, daß es am 1. Oktober erscheint. Die Zeitungsgründung ist ein vollendetes Risiko. Die wirtschaftliche Not der Arbeiter in Plauen ist groß, das beweist u. a. auch der Umstand, daß die Einwohnerzahl Plauens im letzten Jahre um 6000 abgenommen hat; unsere Parteiorganisation hat 1700 Mitglieder verloren. Wir sollten diese Blattgründung im gegenwärtigen Moment auf das entschiedenste mißbilligen. Wie immer sich das Schicksal des Blattes gestalten werde, nimmer sollte die Chemnitzer Bezirksorganisation wie unser Blatt die leichtsinnige Plauener Gründung finanziell unterstützen. Dem Gedanken, unseren Blattbezirk zu verkleinern, werden wir den heftigsten Widerstand entgegensetzen.

Als Landtagskandidaten genehmigte die Parteiversammlung nach einem kurzen Referat des Genossen Bernhard Weber die Genossen: Max Müller, Albin Langer, Castan, Heldt, Mehnert. Die Kandidatenfrage im 2. städtischen Kreis ist noch nicht gelöst. — Ueber das Ortsstatut referierte Sekretär Kuhnt. Die Aenderungen sind meist lokaler Natur. Genosse Fritsch bedauert, daß der Statutenentwurf nicht in den Händen der Mitglieder ist. Genosse Köhler kritisiert das Wahlsystem für die Urwahlen, das nicht geändert worden ist. Eine Abstimmung erklärt sich für Beibehaltung dieses Systems. Die ganze Statutänderung wurde einstimmig angenommen.

Nach dem Bericht der sächsischen Feuerbestattungsvereine gibt es im Königreich Sachsen 12 Hauptvereine mit 20 Zweigvereinen und Ortsgruppen. Diese Feuerbestattungsvereine hatten Ende Mai d. J. 9501 Mitglieder. Der größte Verein ist der Leipziger mit 2516, dann folgen Zittau mit 2060, Chemnitz mit 1846, Plauen i. V. mit 865, Dresden mit 595, Meißen mit 490 Mitgliedern usw. Der kleinste Verein ist der in Großenhain. Der reichste Verein ist in Zittau, wo die Veraschungsstätte in Betrieb und Eigentum des Vereins steht (die einzige Anlage in Sachsen, die nicht städtisches Eigentum ist). Alle Vereine leisten Zuschüsse zu den Feuerbestattungskosten, und zwar 10 bis 175 M. (die hierfür geltenden Bestimmungen sind in den einzelnen Vereinen verschieden). Im Jahre 1913 betrugen die Zuschüsse von 9 Vereinen ca. 7300 M. In dem dem Berichte zugrunde liegenden Zeitraum wurden 36 Vorträge über Feuerbestattung im sächsischen Verbandsgebiet gehalten. Die Mitgliedschaft dieser Vereine erstreckt sich auf insgesamt 60 Städte des Königreichs Sachsen.

Freiberg. Das Schwurgericht verurteilte Mittwoch abend den praktischen Arzt Dr. med. Meiser aus Oederan wegen Notzuchtverbrechens ohne Anrechnung der Untersuchungshaft unter Zubilligung mildernder Umstände zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und 4 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Waldheim. Für Erweiterung der Einrichtungen im Krankenhaus nimmt unsere Stadt eine Anleihe von 30 000 M. bei der Landesversicherungsanstalt auf.

Hohenstein-Ernstthal. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde das neue Gemeindesteuergesetz beraten. Beschlossen wurde, das sogenannte Beamtenfünftel zu beseitigen. Die Beamten mit festem Gehalt müssen nun ihr Einkommen voll versteuern. Der Verein der Post- und Telegraphenbeamten, der Verein der städtischen und Privatbeamten sowie der Bund der Festbesoldeten hatten Eingaben gemacht, nach denen das Beamtenfünftel bestehen bleiben sollte. Die Eingaben strotzten von Klagen über teure Lebensmittel und hohe Mieten. Leider mutet man der arbeitenden Klasse mit ihrem ungewissen niedrigen Verdienst die Bezahlung der vollen Steuer zu, während sich viele der Herren Beamten eine Extrawurst leisten wollen. Der Beschluß der Stadtverordneten über den Wegfall des Beamtenfünftels wird allgemein in Arbeiterkreisen mit Genugtuung begrüßt.

Zwickau. Aus Furcht vor Strafe hat der 20 Jahre alte Soldat Seidel der 2. Komp. des 9. Inf.-Reg. Nr. 133, Sohn eines Bahnwärters aus Niederlungwitz, Selbstmord begangen, indem er sich in der Nähe von Mosel an der Bahnstrecke Zwickau-Glauchau von einem Zuge überfahren ließ. Seidel hatte am Sonntag einen Nachturlaubsschein fälschlich mit dem Anfangsbuchstaben des Namens seines Hauptmanns unterzeichnet. S. war ein tüchtiger, ordentlicher Soldat.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In einem durch seine alten Baulichkeiten äußerst feuergefährlichen Stadtteile Freibergs brach Feuer aus, wodurch ein von ärmeren Leuten bewohntes Anwesen gänzlich zerstört wurde. — In Stollberg wurden den Eheleuten Handarbeiter Martin Vierlinge geboren. Es sind vier Mädchen, von denen das eine totgeboren war, die anderen drei sind munter. — Auf der Göltzschtalbrücke wurde am Dienstag abend von einem aus Plauen kommenden Personenzuge eine noch unbekannte Frauensperson überfahren. Wahrscheinlich liegt Selbstmord vor. — Bei Reichenbach i. V. ging ein heftiges Gewitter mit starken elektrischen Entladungen nieder. Dabei wurde die Kutschersehefrau Löffler auf freiem Felde von einem Blitz erschlagen. — Das neun Monate alte Kind des Fabrikarbeiters Lindner in Morgenröthe machte sich am Montag in einem unbewachten Augenblick an einem mit kochendem Wasser gefüllten Topf zu schaffen und verbrühte sich derartig, daß es am anderen Tage an den Folgen starb. — Schwer verunglückt ist beim Schweißen von Eisenstücken der beim Schlossermeister Heinrich Schuhmann in Haida in der Lehre befindliche 15jährige Otto Franz aus Scheiba. Im Begriff, die weißglühenden Enden zusammenzubringen, bückte sich der Bursche und stieß sich beim Wenden das glühende Eisen ins Auge.

Stadt-Chronik.

Der Unterrichtsfilm.

Der Verein der Kinematographenbesitzer von Chemnitz und Umgegend propagiert die Schulkinematographie besonders lebhaft. Er veranstaltete bisher in Verbindung mit dem Reichsausschusse für Schulkinematographie 33 Vorführungen von Lehrfilms, davon 28 in Sachsen und 5 außerhalb, so in Berlin, Danzig, Breslau, Würzburg, Guben. Der Besuch war durchschnittlich überall ein sehr starker und erreichte in Breslau

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140625/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

4. Wahlkreis

Freitag den 3. Juli, abends 7 Uhr

Kreis-Generalversammlung

im **Ballhaus**, Dresden-N., Bautzner Str. 35.

Tages-Ordnung:

1. **Die Landesversammlung in Leipzig. Delegierten-Wahlen.**
2. **Der Parteitag in Würzburg. Delegierten-Wahlen.**

Die Delegiertenwahlen zur Kreis-Generalversammlung

finden in den **Mitglieder-Versammlungen der Bezirke** wie folgt statt:

Freitag den 26. Juni, abends 9 Uhr:

1. Bezirk: Restaurant Elbflorenz, Kasernenstraße 17
2. „ Restaurant Pulsnitzer Hof, Ecke Pulsnitzer- und Luisenstraße
3. „ Restaurant Engel, Böhmische Straße 41
4. „ Restaurant Bastian, Schönbrunnstraße 1
5. „ Restaurant zum Kuckuck, Helgolandstraße 8
6. „ Restaurant Königswald, Fichtenstaße 15
Trachenberge: Restaurant Vergißmeinnicht, Marienhofstraße
Pieschen: Restaurant zur Börse, Leipziger Straße 95
Kötitz-Coswig: Restaurant Carolaschlößchen, Coswig

Sonnabend den 27. Juni, abends 9 Uhr:

Mickten-Uebigau-Trachau-Naditz: Restaurant Feldschlößchen, Naditz
Radebeul: Richters Restaurant, Gartenstraße 75
Kötzschenbroda-Naundorf: Gasthof Naundorf bei Kötzschenbroda
Reichenberg: Königsbrauerei, Reichenberg
Klotzsche-Rähnitz: Erbgericht, Klotzsche
Ottendorf-Weixdorf: Friedrich-Wilhelm-Bad
Loschwitz: Restaurant Kamerun, Neu-Rochwitz
Radeburg: Hotel zum Hirsch

Dienstag den 30. Juni, abends 9 Uhr:

Radeberg: Restaurant Deutsche Eiche.

Zur Teilnahme an der Wahl ist jedes Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins für den 4. Wahlkreis berechtigt. Das Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen. Ohne dasselbe kein Zutritt.

V16] Der Vorstand.

6. Reichstags-Wahlkreis.

Freitag den 26. Juni, abends Punkt 9 Uhr
im **Bürgergarten, Löbtau**

Kreis-Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Die Aufgaben der Landesversammlung zu Leipzig.** Referent: **Karl Sindermann.**
2. **Anträge.**

Zahlreichen Besuch erwartet [V 55 **Der Vorstand.**

Oeffentliche politische Versammlung.

Ober-Pesterwitz — Altfranken!

Sonnabend den 27. Juni, abends 9 Uhr
im Gasthof zu Ober-Pesterwitz

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. **Die Tätigkeit des letzten Landtages.** Referent: Landtagsabgeordneter **Hermann Fleißner.**
2. **Debatte.**

Zutritt und Redefreiheit für alle über 18 Jahre alten Personen.

Die gesamte werktätige Bevölkerung ist zu dieser wichtigen Versammlung eingeladen. [V 55

Der Einberufer: Otto Prinz, Nieder-Gorbitz.

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Dresden.

Dienstag den 30. Juni 1914, abends 6½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Kristallpalast, Schäferstraße 45.

Tages-Ordnung:

1. **Beitragsregelung u. Ausgesteuerten-Unterstützung an Arbeitslose. Beschlußfassung.**
2. **Gewerkschaftliches.**

Jedes Mitglied hat die Pflicht, in der Versammlung zu erscheinen. Das **Mitgliedsbuch** ist als **Legitimation** vorzuzeigen. [V 113

Sonntag den 5. Juli, von nachmittags 3 Uhr an
im Garten des Hotels Demnitz in Loschwitz

Sommer-Fest

Konzert, Verlosung, Belustigungen für jung und alt.

Die Kollegen der Bezirke Johannstadt, Striesen, Laubegast, Loschwitz, Bühlau ersuchen wir besonders um recht zahlreiche Beteiligung mit ihren Angehörigen.

Karte 15 Pf. **Die Verwaltung.**

6. Kreis. 11. und 17. Bezirk.

Cossebaude, Stetzsch, Kemnitz, Briesnitz u. U.

Sonderfahrt betr.

Um den Wünschen vieler Mitglieder entgegenzukommen, den Betrag für die Teilnehmerkarten auch später als am 28. Juni begleichen zu können, haben wir unsere Beitragskassierer angewiesen, in solchen Fällen sich die Namensunterschrift des Mitgliedes auf der Teilnehmerkarte geben zu lassen. Solche Karten gelten als verkauft und hat die Begleichung mindestens ¾ Stunde vor Abgang des Zuges an eines der unterzeichneten Kommissionsmitglieder zu erfolgen. Da der Zug am 4. Juli bestellt sein muß, ist es notwendig, daß sich diejenigen Mitglieder, welche an der Fahrt teilnehmen wollen, nächsten Sonntag dazu entschließen, damit die genaue Teilnehmerzahl festgestellt werden kann. [V 55

Sonstige laut gewordene Wünsche, Fahrzeit und Halten des Zuges betr., können keine Berücksichtigung mehr finden.

Wir geben hiermit nochmals die Abfahrts- und Ankunftszeiten bekannt: **Tag der Sonderfahrt am 12. Juli.** Abfahrt von Cossebaude früh 6.35, Stetzsch 6.41, Kemnitz 6.47. Rückkunft: in Kemnitz 11.48, Stetzsch 11.53, Cossebaude 11.58 nachts.

Die beauftragten Kommissions-Mitglieder:

Franz Müller. Cossebaude. **Linus Strauß.** Gohlis. **Gustav Hause.** Stetzsch. **Karl Naumann.** Leutewitz.

Allgemein. Gewerbs-Kranken-Begräbnis- Dresdner Schiffer- und Kassenver.

Sonnabend den 27. Juni, abends 8½ Uhr, im **Volkshaus,** Rigendergstraße 2

Außerordentliche General-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. **Statutenänderung.** [V213
2. **Allgem. Kassenangelegenheiten.**

Der Zutritt zur Generalversammlung ist nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches gestattet und wird um zahlreiches und pünktliches Erscheinen gebeten.

Die Gesamtverwaltung.
A. Leichsenring, Vors.

Jakob Kranz
Frischauf-Schänke
Könneritzstr. 17. Teleph. 21702
hält sich zur Einkehr best. empf.

Stehbierhalle
Restaurant Arthur Beyer
Kesselsdorf. Str. 11
hält sich zur Einkehr best. empfohlen

Restaurant Kleine Zwingerstrasse 8
Inhaber: Max u. Marie Forstmann.

Lorenz' Restaurant
Dr.-Löbtau. Frankenbergstr. Ecke Reisewitzerstr. Tel. 14522
Vereinszimmer 30—200 Personen.
Renoviert! Renoviert!

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Geschäftsstelle: Borkhappel, Bürgerstraße 4, gegenüber dem „Deutschen Adler". Geschäftszeit: Wochentags 8. 6—1 Uhr und 3—6 Uhr. Montags bis 7 Uhr. Telephon: Amt Dresden Nr. 774.

Bezirk Plauen.

Sonnabend den 27. Juni, abends 9 Uhr, im Plauenschen Hof, Hofmühlenstraße: **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag über die Hetze gegen das Koalitionsrecht. Referent: Genosse Redakteur Barthel. 2. Bericht vom Vorstand. 3. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreiches Erscheinen erwartet [V 55 Die Bezirksverwaltung.

Für unsere werten Abonnenten von Plauen und Vororten liegt ein Prospekt von Mossows Warenhaus, Zwickauer Straße 127, der heutigen Nummer bei.

Dresdner Theater

Königliches Opernhaus

Freitag den 26. Juni
Mignon
Oper in 3 Akten. Musik von A. Thomas
Musikalische Leitung: Kurt Striegler

Wilhelm Meister . . . Fritz Soot
Lothario . . . . . Georg Zottmayr
Laertes . . . . . Joseph Pauli
Friedrich . . . . . Hanns Lange
Jarno . . . . . Julius Puttlitz
Antonio . . . . . Friedrich Ernst
Mignon . . . . . Magdalena Seebe
Philine . . . . . Elfie v. Catepoi
Ein Diener . . . . . Oskar Manstorf
Zofrai . . . . . Emil Meyer

Anfang 7 Uhr. Ende gegen 9¼ Uhr

Sonnabend: Parsifal. (6)
Sonntag: Tannhäuser. (7) Letzte Vorstellung vor den Ferien.

Königl. Schauspielhaus

Freitag den 26. Juni
Ariadne auf Naxos
Oper in einem Aufzuge von Hugo von Hofmannsthal. Musik von Rich. Strauß
Zu spielen nach dem Moliere als Edelmann des Molière

Personen des Schauspiels:

Jourdain . . . . . Adolf Müller
Seine Frau . . . . . Clara Salbach
Dorimène . . . . . Hermine Körner
Dorantes . . . . . Theodor Becker
Nicoline . . . . . Alice Verden
Ein Musiklehrer . . . . Eugen Gerl
Ein Komponist . . . . Alexander Wierth
Ein Tanzmeister . . . . Ernst Pabst
Ein Fechtmeister . . . . Alfred Meyer
Ein Magister der Philosophie . . . . . Esthar Mehnert
Ein Schneider . . . . Rolf Roemeck
Lesher, Zweiter, Dritter, Vierter, Erster — Gesell . . Fritz Peß, Artur Dietz, Heinrich Müller, Walter Roßig
Zweite, Dritte — Jüngerin . . Elsa Stimmer, Grete Mereno, A. E. v. Normann
Erster Lakai . . . . . Karl Jaroschek
Zweiter Lakai . . . . Adolf Opel
Ein Anleger . . . . Paul Pickler
Ein Küchenjunge . . . Frida Peß

Personen der Oper:

Ariadne . . . . E. Plaschkes d. Gästen
Bacchus . . . . . Richard Tauber
Najade . . . . . Grete Merern
Dryade . . . . . A. E. v. Normann
Echo . . . . . Elsa Stimmer
Zerbinetta . . . . . Margarete Siems
Harlekin . . . . . Desider Zador
Scaramuccio . . . . Hans Lüdiger
Truffaldin . . . . . Ludwig Ernst
Brighella . . . . . Emil Enderlein

Anfang 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr
Sonnabend: Faust. (6)
Sonntag: Zyklus klassischer Vorstellungen. 6. Abend: Robert Guiskard. Die Torgauer Feste. (6)

Interims-Theater

(Abonnements gültig)
Freitag den 26. Juni
Erstaufführung.
Die Hose
Ein bürgerliches Lustspiel in vier Akten von Carl Sternheim

Theobald Maske, ein Beamter . . . . . Maxime Real
Lilie Maske, seine Frau . . . Frzl. Rene Sillpert
Gertrud Deuter . . . . . Stella David
Frank Scamen . . . . . Emil Port
Benjamin Mandelstam, Friseur . . . . . Pellmann Barbe
Ein Fremder . . . . . Jakob Wenzinger

Anfang 8¼ Uhr. Ende gegen 10¼ Uhr

Sonnabend: Die Hose. (8¼)
Sonntag: Rochefort (8¼). Die Hose (8¼)

Residenz-Theater

Gastspiel Anton Franck
Freitag den 26. Juni
Die spanische Fliege
Schwank in drei Akten von Franz Arnold und Ernst Bach
Anfang 8 Uhr. Ende nach 10 Uhr
Allabendlich: Die spanische Fliege. (8)

Zentral-Theater

Wegen Renovation geschlossen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Edgar Hahnewald, Dresden-A. — Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden-Kaußlitz. — Druck von Naden u. Romp., Dresden.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140625/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Sächsische Angelegenheiten.

Die beleidigten „Wahlrechtsräuber"!

Der Burgstädter Wahlrechtsraub hat bekanntlich zu einem Strafprozeß gegen die beiden Redakteure Meyer und Kuttner von der Chemnitzer Volksstimme wegen Beleidigung des Burgstädter Stadtrats geführt. In Burgstädt wurden früher die Stadtverordneten auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts gewählt. Im Herbst 1913 wurde aus Furcht vor der Sozialdemokratie durch gemeinsamen Mehrheitsbeschluß der städtischen Kollegien ein Klassenwahlrecht eingeführt. Das erregte natürlich den heftigsten Unwillen der Bürger, die sich in ihren politischen Rechten beeinträchtigt fühlten, ganz besonders natürlich der Arbeiterschaft. Das Klassenwahlrecht wurde von ihr auf das heftigste bekämpft. In den Kampfmitteln gehörten auch zwei Artikel der Volksstimme vom 5. und 11. November. Den ersten hatte Genosse Meyer, den zweiten Genosse Kuttner verantwortlich gezeichnet. In dem ersten Artikel hieß es unter anderem:

Daß der Wahlrechtsraub vom Ratskollegium sanktioniert werden wird, steht jetzt schon bombenfest.

Im zweiten Artikel ist vom elenden Wahlrecht die Rede, und dann heißt es, nachdem die fünf Stadträte, die für die Einführung des Klassenwahlrechts gestimmt hatten, namentlich aufgeführt worden waren, in bezug auf diese Herren:

Jeder sage seinen Bekannten die Namen der Räuber. Das elende Klassenwahlrecht hat auch nunmehr die Sanktion des Ratskollegiums gefunden.

Durch diese beiden Artikel hat sich der Burgstädter Stadtrat beleidigt gefühlt. Der Angeklagte Meyer verteidigte sich damit, daß der erste Artikel vor der Beschlußfassung des Rats über die von den Stadtverordneten angenommene Vorlage erschienen sei und daß der Ausdruck Wahlrechtsraub unter den Schutz des § 193 falle. Der Ausdruck Wahlrechtsraub sei im politischen Leben zu einem Schlagwort geworden; man verstehe darunter jede Beschränkung der politischen Wahlrechte, empfinde diesen Ausdruck aber nicht als Beleidigung. Weiter hatte der Angeklagte geltend gemacht, daß er eigene Interessen wahrgenommen habe. Demgegenüber hat das Landgericht gesagt, es sei wohl richtig, daß der Ausdruck Wahlrechtsraub häufig in Parteikämpfen gebraucht werde, aber deswegen würde er noch nicht seines beleidigenden Charakters beraubt. Daß der Angeklagte die Interessen der Burgstädter Arbeiter wahrgenommen habe, sei richtig, aber das seien fremde Interessen, denn so nahe Beziehungen zwischen der Volksstimme und der Burgstädter Arbeiterschaft bestünden doch nicht. (!) Es habe sich auch nicht um einen Wahlkampf gehandelt, sondern bloß um die Aenderung des Wahlrechts. (!)

Auch der zweite Artikel wurde als beleidigend angesehen. Der Schutz des § 193 wurde dem Genossen Kuttner versagt. K. habe nicht einmal die Wahrnehmung der Interessen der Burgstädter Einwohner bezweckt, denn die Wahlrechtsvorlage sei inzwischen vom Rate angenommen worden, so daß an der Sache sich nichts mehr habe ändern lassen. Der Angeklagte habe also(!) bloß eine Herabsetzung und wirtschaftliche Schädigung der Gegner bezweckt. Das Landgericht verwarf die Berufung der Angeklagten, billigte also deren Verurteilung durch das Schöffengericht. Die gegen Meyer ausgeworfene Strafe wurde herabgesetzt.

Gegen das Urteil legten beide Angeklagten Revision ein. Zunächst wurde die Gültigkeit des Strafantrags bemängelt. Der Stadtrat habe in einer Plenarsitzung beschlossen, Strafantrag zu stellen, und eine beglaubigte Abschrift des Protokolls an die Staatsanwaltschaft abgegeben. Das genüge aber nicht den gesetzlichen Vorschriften, die Stadträte hätten einzeln bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag stellen müssen. Auch andere formelle Einwände wurden noch in dieser Beziehung erhoben. Wegen des ersten Artikels liege überhaupt kein Strafantrag des Stadtrats vor. Weiter wurde dargelegt, daß die Artikel keine beleidigenden Ausdrücke enthalten und daß die Angeklagten in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt haben.

Das Oberlandesgericht hat die Rechtsmittel verworfen. In Frage kämen fünf Stadträte, die zu Ratsprotokoll erklärt hätten, daß sie wegen beider Artikel Strafantrag stellen wollen. Eine beglaubigte Abschrift davon genüge dem Gesetz. Deshalb sei es müßig, die Frage zu erörtern, ob der Stadtrat als Behörde beleidigt worden sei usw. Im übrigen sei die Wahlrechtsänderung perfekt gewesen, also habe es für den Angeklagten Kuttner gar keine Rechte mehr wahrzunehmen gegeben. Deshalb komme für ihn der Schutz des § 193 gar nicht in Frage; er habe die fünf Stadträte als Räuber (!) hingestellt und das sei beleidigend. Was den Angeklagten Meyer anbelange, so sei zu wiederholen, daß die Vertretung eigener wirtschaftlicher Interessen nicht zur Beleidigung des Gegners führen dürfe.

Das Oberlandesgericht entwickelt eine eigenartige Logik, wenn es den Moralbegriff Räuber gleichstellt mit dem politischen Wahlrechtsräuber! Das war aber wohl nötig, um das Urteil zu rechtfertigen. Im Volke ist diese Bezeichnung für derartige Entrechtungen jedoch so fest gewurzelt, daß sie durch Gerichtsurteile nicht aus der Welt geschafft werden kann.

Eine wichtige Entscheidung

ist auf Grund der Reichsversicherungsordnung vor kurzem vom Königl. Landesversicherungsamt in Dresden getroffen worden. Die Reichsversicherungsordnung enthält an nicht wenigen Stellen Handhaben zu Liebenswürdigkeiten gegen die Arbeiterschaft, besonders die frei organisierte. So der § 18 Abs. 3 in Verbindung mit § 14. Ersterer behandelt die Wählbarkeit der Unternehmer zu den Organen der Versicherungsträger (Krankenkassen, Invalidenversicherung, Unfallversicherung, Vorstände und Ausschüsse) und verbietet die Wahl von solchen Personen, die „als Mitglieder bei einer Versicherungsbehörde tätig sind, die Aufsichtsbefugnisse über den Versicherungsträger hat". § 14 regelt die Wahl der Versicherten, enthält aber ein solches Verbot nicht. Gleichwohl verfügte das Versicherungsamt Mittweida gegen ein Vorstands- und ein Ausschußmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Mittweida die Amtsenthebung, weil diese Personen schon seit 1910 als Vertreter der Versicherten bei der unteren Verwaltungsbehörde — jetzt Versicherungsamt — tätig sind. Sie fochten diese Maßnahme beim Oberversicherungsamt Leipzig an. Dieses hat, ohne viel zur Begründung zu sagen, das Rechtsmittel abgewiesen und die Enthebung bestätigt. Insbesondere wird im Urteil kurzerhand erklärt, § 13, 3 gelte auch für die Versicherten, diese seien Mitglieder einer Behörde, die Aufsichtsbefugnisse habe und das Erbieten der Betroffenen, die Tätigkeit beim Versicherungsamt aufgeben zu wollen, sei rechtlich nicht zu begründen.

Mit der weiteren Beschwerde wurde dieses Urteil beim Landesversicherungsamt angefochten. Dieses kommt zu einem ganz anderen Ergebnis! Das ausführliche Urteil nimmt zunächst Bezug auf die eigenartige Entstehung des § 13, 3, über deren Ursachen und beabsichtigte Folgen aus den Verhandlungsberichten über die Gesetzesberatung fast gar nichts hervorgehe, es sei denn, „daß eine Beeinflussung zu verhindern" beabsichtigt war. Weiter wird darauf hingewiesen, daß das neue Gesetz einige Schranken für die Wählbarkeit, die im alten Gesetz enthalten waren, beseitigt hat. Dazu gekommen ist eine Erleichterung insofern, als jetzt auch Personen, die nicht mehr zur Unfallversicherung gehören, zum Reichs- oder Landesversicherungsamt gewählt werden können, wenn sie als Ausschußmitglieder bei einer Versicherungsanstalt oder einer Sonderanstalt gewählt sind. — Weiter wird auf § 1641,7 hingewiesen, nach den bei einer Streitsache vor einer Versicherungsbehörde nicht mitwirken darf, wer bei einem Versicherungsträger an der Beschlußfassung in derselben Sache mitgewirkt hat. Diese Bestimmungen würden zweck- und sinnlos, wenn § 13, 3 in der von den Vorinstanzen geschehenen Weise angewendet werden sollte. — Endlich prüft das Landesversicherungsamt sehr gründlich die Frage, wer denn eigentlich Mitglied bei einer Versicherungsbehörde sei. Bei Versicherungsamt und Oberversicherungsamt werde überhaupt nur von Vertretern der Versicherten und Arbeitgebern gesprochen, nur bei Reichs- und Landesversicherungsamt sei von nichtständigen Mitgliedern gesprochen, die gewählt werden. Aber auch hier, wie überhaupt, könnten als „Mitglieder" nur die beamteten, ständig tätigen Personen angesehen werden.

Aus allen diesen Erwägungen kommt die höchste Instanz zur Aufhebung der vorinstanzlichen Entscheidung in ihren wichtigsten Teilen und behandelt nur beiläufig die Frage, ob die des Amts Enthobenen zum Rücktritt von ihrer Tätigkeit beim Versicherungsamt rechtlichen Grund hatten. Es könne sehr zweifelhaft sein, ob die neue Gesetzesbestimmung § 13, 3 auf schon 1910 gewählte Vertreter anwendbar sei oder nicht, vielmehr auf solche, die erst nach der Reichsversicherungsordnung zu wählen sind. Bei Erledigung aller Hauptfragen könnte dieser Nebenfrage geringes Gewicht beigelegt werden.

Nach diesem Urteil sind auch andere gegen Versicherte verfügte Amtsenthebungen gegenstandslos geworden und es ergibt sich daraus, daß Vorstands- und Ausschußmitglieder auch wählbar in eine Versicherungsbehörde sind. Die Bestimmung der R.-V.-O., daß eine Person nicht in zwei Behörden tätig sein darf, bleibt unberührt. — Das Urteil gilt nur für Sachsen, ist aber ungemein wichtig und wird vielleicht innerhalb der grün-weißen Grenzpfähle manche stille Freude trüben!

Großblock-Träume.

Der aus seiner Agitation im 3. Wahlkreis bekannte Fortschrittler Pudor aus Leipzig schreibt zum liberalen Wahlkartell im Oschatzer Tageblatt:

„Vor allem möchte ich davor warnen, in diesem Abkommen, auch wenn dadurch dem Liberalismus einige Mandate mehr zufielen, nun das Anbrechen einer liberalen Aera in der sächsischen Politik zu sehen. Dazu bedürfte es ganz anderer Maßnahmen — vor allem wäre eine geschlossene Phalanx der Linken gegen die Reaktion notwendig. Die wichtigste Aufgabe der fortschrittlichen Fraktion muß daher sein, die Nationalliberalen mehr und mehr in eine gemeinsame Arbeit mit der übrigen Linken hineinzuziehen, um in allen wichtigen Fragen der liberalen Politik eine Mehrheitsbildung auf der linken Seite zu ermöglichen. Wenn das erfolgte, so hätte das Abkommen erst seine für die sächsische Politik prinzipielle Bedeutung. Fällt aber bei den Abstimmungen die Linke auseinander, teilen sich die Nationalliberalen, indem etliche nach rechts schwenken, so hat dieses mit Opfern erkaufte Abkommen nicht seinen Zweck erfüllt, und die vielleicht von beiden Seiten hinzugewonnenen Mandate würden nach außen ganz gut wirken, in der inneren Politik aber würde „reaktionär" nach wie vor Trumpf bleiben. Alle Gesetze kommen durch Mehrheitsbeschlüsse zustande — also muß es die Aufgabe des Liberalismus sein, auf eine geschlossene Linksmehrheit hinzuarbeiten. Wie aber die politische Konstellation ist, gehört bis in die nächste Zukunft die Sozialdemokratie in diese Mehrheit mit hinein . . . Es ist doch eine unableugbare Tatsache, daß heute mit den Konservativen kein Gesetz im liberalen Sinne gemacht werden kann . . . . Die Konservativen sind die wahren Feinde der von uns vertretenen liberalen Grundsätze; . . . „Der Feind steht rechts! Um die Sozialdemokratie wirksam zu bekämpfen, müssen wir erst den Feind auf der rechten Seite geschlagen haben, denn gerade die konservative Politik ist es, die das Anwachsen des Radikalismus verursacht und immer neues Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie gießt. Wir müssen den Mut haben, die Konsequenzen aus unseren Anschauungen zu ziehen, wir müssen endlich dahin gelangen, nur aufs Ganze zu gehen, so wie es die Konservativen machen."

Daß für eine solche Politik auch nur die eigenen Parteigenossen des Herrn Pudor zu haben wären, ist aus der jüngsten Vergangenheit der sächsischen Politik nicht zu schließen. Die Herren Günther und Genossen sind eben nicht konsequent. Ganz zu schweigen von den Nationalliberalen. Die wurfteln samt ihren fortschrittlichen Kartellbrüdern ziel- und planlos zwischen Konservativen und Sozialdemokraten fort, soweit sie nicht von vornherein mit der Reaktion an einem Strange ziehen. Wenn der Großblock schon in Baden in die Brüche ging, dann ist in Sachsen erst recht nicht daran zu denken.

Ein Hauptmann verhaftet.

Der Hauptmann K. Braun, Chef der 3. Kompagnie des 15. Infanterie-Regiments Nr. 181 und Führer der Chemnitzer Pfadfinder, wurde auf die Anzeige seines Burschen wegen Vergehens nach § 175 und Mißbrauchs der Dienstgewalt verhaftet und ins Gerichtsgefängnis der 4. Division Nr. 40 übergeführt. Der als sehr „schneidig" geschilderte Offizier stammte vom 105. Regiment und war bis zu seiner Versetzung nach Chemnitz Führer der Maschinengewehrkompagnie 105 in Straßburg, lange Zeit auch Erzieher am Kadettenhaus zu Dresden! Bekannt war er in Chemnitz als Führer der nationalen Jugendverbindung. Inzwischen ist Hauptmann Braun ins Garnisonlazarett Dresden zur Beobachtung seines Nervenzustandes übergeführt worden. Er wohnte bisher in Chemnitz, Würzburger Straße.

Aus den Parteiorganisationen.

In Chemnitz wurde eine Parteiversammlung für den 16. Wahlkreis abgehalten. Ueber die Stellung des 16. Kreises zur Landesversammlung sprach der Vorsitzende, Genosse Max Müller. Die Zunahme der Mitglieder von 20 000 in Sachsen sei beachtlich. Auf der Landesversammlung wird vor allem ein Beratungsgegenstand das Interesse der Parteigenossen erregen: die Gründung der neuen Parteizeitung in Plauen. Die Plauener haben zweifellos begründete Ursache, ein eigenes Blatt zu beanspruchen. Ob der gegenwärtige Zeitpunkt, die Zeit der Wirtschaftskrise, besonders geeignet ist, steht freilich auf einem anderen Blatt. Der Redner besprach die politische Situation, die Haltung der Regierung der Sozialdemokratie gegenüber, die bevorstehenden Landtagswahlen, und fordert zu lebhafter Agitationsarbeit auf. — Genosse Steinert beschäftigte sich im wesentlichen mit der Blattgründung in Plauen. Der katastrophenartige Niedergang der Spitzenindustrie läßt schwere Bedenken aufkommen. Die Blattgründung sei nicht ordnungsmäßig mit Einhaltung des Instanzenweges beschlossen worden. Diese Zeitung werde voraussichtlich ein Sorgenkind der Partei werden. Wenn sich der Parteivorstand nicht schon festgelegt hat, solle den Plauener Genossen ernsthaft geraten werden, die Blattfrage zu vertagen, bis eine sichere Grundlage dort geschaffen sei, auf der ein eigenes Blatt aufgebaut werden kann. — Genossin Schlag will die Plauener Blattgründung nicht gerade befürworten, aber eine allzuschroffe Gegnerschaft sei auch nicht am Platze. Genosse Heilmann führte aus: Gegen das Blatt kann nichts mehr unternommen werden; es steht fest, daß es am 1. Oktober erscheint. Die Zeitungsgründung ist ein vollendetes Risiko. Die wirtschaftliche Not der Arbeiter in Plauen ist groß, das beweist u. a. auch der Umstand, daß die Einwohnerzahl Plauens im letzten Jahre um 6000 abgenommen hat; unsere Parteiorganisation hat 1700 Mitglieder verloren. Wir sollten diese Blattgründung im gegenwärtigen Moment auf das entschiedenste mißbilligen. Wie immer sich das Schicksal des Blattes gestalten werde, nimmer sollte die Chemnitzer Bezirksorganisation wie unser Blatt die leichtsinnige Plauener Gründung finanziell unterstützen. Dem Gedanken, unseren Blattbezirk zu verkleinern, werden wir den heftigsten Widerstand entgegensetzen.

Als Landtagskandidaten genehmigte die Parteiversammlung nach einem kurzen Referat des Genossen Bernhard Weber die Genossen: Max Müller, Albin Langer, Castan, Heldt, Mehnert. Die Kandidatenfrage im 2. städtischen Kreis ist noch nicht gelöst. — Ueber das Ortsstatut referierte Sekretär Kuhnt. Die Aenderungen sind meist lokaler Natur. Genosse Fritsch bedauert, daß der Statutenentwurf nicht in den Händen der Mitglieder ist. Genosse Köhler kritisiert das Wahlsystem für die Urwahlen, das nicht geändert worden ist. Eine Abstimmung erklärt sich für Beibehaltung dieses Systems. Die ganze Statutänderung wurde einstimmig angenommen.

Nach dem Bericht der sächsischen Feuerbestattungsvereine gibt es im Königreich Sachsen 12 Hauptvereine mit 20 Zweigvereinen und Ortsgruppen. Diese Feuerbestattungsvereine hatten Ende Mai d. J. 9601 Mitglieder. Der größte Verein ist der Leipziger mit 2516, dann folgen Zittau mit 2060, Chemnitz mit 1846, Plauen i. V. mit 855, Dresden mit 595, Meißen mit 490 Mitgliedern usw. Der kleinste Verein ist der in Großenhain. Der reichste Verein ist in Zittau, wo die Veraschungsstätte in Betrieb und Eigentum des Vereins steht (die einzige Anlage in Sachsen, die nicht städtisches Eigentum ist). Alle Vereine leisten Zuschüsse zu den Feuerbestattungskosten, und zwar 10 bis 175 M. (die hierfür geltenden Bestimmungen sind in den einzelnen Vereinen verschieden). Im Jahre 1913 betrugen die Zuschüsse von 9 Vereinen ca. 7300 M. In dem dem Berichte zugrunde liegenden Zeitraum wurden 36 Vorträge über Feuerbestattung im sächsischen Verbandsgebiet gehalten. Die Mitgliedschaft dieser Vereine erstreckt sich auf insgesamt 60 Städte des Königreichs Sachsen.

Freiberg. Das Schwurgericht verurteilte Mittwoch abend den praktischen Arzt Dr. med. Meiser aus Oederan wegen Notzuchtverbrechens ohne Anrechnung der Untersuchungshaft unter Zubilligung mildernder Umstände zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis und 4 Jahren Ehrenrechtsverlust.

Waldheim. Für Erweiterung der Einrichtungen im Krankenhaus nimmt unsere Stadt eine Anleihe von 30 000 M. bei der Landesversicherungsanstalt auf.

Hohenstein-Ernstthal. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde das neue Gemeindesteuergesetz beraten. Beschlossen wurde, das sogenannte Beamtenfünftel zu beseitigen. Die Beamten mit festem Gehalt müssen nun ihr Einkommen voll versteuern. Der Verein der Post- und Telegraphenbeamten, der Verein der städtischen und Privatbeamten sowie der Bund der Festbesoldeten hatten Eingaben gemacht, nach denen das Beamtenfünftel bestehen bleiben sollte. Die Eingaben strotzten von Klagen über teure Lebensmittel und hohe Mieten. Leider mutet man der arbeitenden Klasse mit ihrem ungewissen niedrigen Verdienst die Bezahlung der vollen Steuer zu, während sich viele der Herren Beamten eine Extrawurst leisten wollen. Der Beschluß der Stadtverordneten über den Wegfall des Beamtenfünftels wird allgemein in Arbeiterkreisen mit Genugtuung begrüßt.

Zwickau. Aus Furcht vor Strafe hat der 20 Jahre alte Soldat Seidel der 2. Komp. des 9. Inf.-Reg. Nr. 133, Sohn eines Bahnwärters aus Niederlungwitz, Selbstmord begangen, indem er sich in der Nähe von Mosel an der Bahnstrecke Zwickau-Glauchau von einem Zuge überfahren ließ. Seidel hatte am Sonntag einen Nachturlaubsschein fälschlich mit dem Anfangsbuchstaben des Namens seines Hauptmanns unterzeichnet. S. war ein tüchtiger, ordentlicher Soldat.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In einem durch seine alten Baulichkeiten äußerst feuergefährlichen Stadtteile Freibergs brach Feuer aus, wodurch ein von ärmeren Leuten bewohntes Anwesen gänzlich zerstört wurde. — In Stollberg wurden den Eheleuten Handarbeiter Martin Vierlinge geboren. Es sind vier Mädchen, von denen das eine totgeboren war, die anderen drei sind munter. — Auf der Göltzschtalbrücke wurde am Dienstag abend von einem aus Plauen kommenden Personenzuge eine noch unbekannte Frauensperson überfahren. Wahrscheinlich liegt Selbstmord vor. — Bei Reichenbach i. V. ging ein heftiges Gewitter mit starken elektrischen Entladungen nieder. Dabei wurde die Kutschersehefrau Löffler auf freiem Felde von einem Blitz erschlagen. — Das neun Monate alte Kind des Fabrikarbeiters Lindner in Morgenröthe machte sich am Montag in einem unbewachten Augenblick an einem mit kochendem Wasser gefüllten Topf zu schaffen und verbrühte sich dermaßen, daß es am anderen Tage an den Folgen starb. — Schwer verunglückt ist beim Schweißen von Eisenstücken der beim Schlossermeister Heinrich Schuhmann in Halda in der Lehre befindliche 15jährige Otto Franz aus Scheibe. Im Begriff, die weißglühenden Enden zusammenzubringen, bückte sich der Bursche und stieß sich beim Wenden das glühende Eisen ins Auge.

Stadt-Chronik.

Der Unterrichtsfilm.

Der Verein der Kinematographenbesitzer von Chemnitz und Umgegend propagiert die Schulkinematographie besonders lebhaft. Er veranstaltete bisher in Verbindung mit dem Reichsausschusse für Schulkinematographie 33 Vorführungen von Lehrfilms, davon 28 in Sachsen und 5 außerhalb, so in Berlin, Danzig, Breslau, Würzburg, Guben. Der Besuch war durchschnittlich überall ein sehr starker und erreichte in Breslau

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140625/7 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

bei einer Besuchsziffer von etwa 1500 Personen seinen höchsten Stand. Dabei bemüht sich die Fabrikation, brauchbare Schulapparate herauszubringen. Der Verein der Kinematographenbesitzer von Chemnitz und Umgegend wird eine Reihe solcher Apparate auf der Internationalen Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik in Leipzig ausstellen und in ihrer Funktion vorführen. Es sind auch Tageslichtprojektionen geplant. Ferner werden Verzeichnisse von Lehrfilms und eine Bibliothek kinematographischer Literatur zur Ausstellung gelangen. Auf dem in Verbindung mit der Ausstellung geplanten Kinokongresse wird ebenfalls eine Vorführung von Lehrfilms stattfinden.

Der Kino-Ausschuß nimmt aber eine wesentlich andere Stellung zur Schulkinematographie ein, die ein Mitglied dieses Ausschusses jetzt in der Sächsischen Schulzeitung näher darlegt. Die aufgestellten Leitsätze werden bei der Wichtigkeit dieser Frage auch hier Interesse finden. Jener Lehrer schreibt:

In den Kreisen der Kinotheaterbesitzer ist man nur zu sehr geneigt, jeden belehrenden Film — eben um seiner belehrenden Tendenz willen — als für die Schule geeignet zu halten und nennt daher letzteren kurzweg: Schulfilm. Die Pädagogen, so hofft man, werden schon die passende Altersstufe dazu auswählen und für die nötige Vorbereitung sorgen. Mit solchen Schulfilmen will man dann nicht nur veranschaulichen, nein, auch Vergleiche und Wiederholungen anstellen oder gar durch eingestreute humoristische Szenen den Unterricht beleben. Die Schulfilme selbst sollen im Kinematographentheater vorgeführt werden, und ob die erwähnten unterrichtlichen Maßnahmen daran anzuschließen sind oder wieder in der Schulstube vorzunehmen sind, das soll wohl dem Ermessen des Lehrers überlassen bleiben.

Ist das nicht etwas viel, was die Kinomänner vom Lehrer und vom Schulfilme erwarten? Wird das nicht zur Veräußerlichung der Schularbeit ganz wesentlich mit beitragen?

Im Gegensatz zu diesem Schulfilme will ich in kurzen Strichen den Unterrichtsfilm kennzeichnen, wie ich mir ihn für die Schule als brauchbar denke.

Zunächst gehe ich in vier Punkten mit den Kinomännern zusammen: Der Unterrichtsfilm soll nämlich auch kindertümlich-verständlich sein. Er darf also über den Anschauungskreis der betreffenden Unterrichtsstufe nicht hinausgehen. Er soll lehrplangemäß sein. Er soll also durch den Gang des Unterrichts bestimmt werden und auch vorbereitet sein. Er soll sachlich richtig sein. Der wissenschaftliche Fachmann ist also bei Herstellung des Films heranzuziehen. Er soll technisch einwandfrei sein. Verzerrte oder künstlerisch unschöne Films sind abzuweisen.

Nun kommen aber einige Punkte, die dem sogenannten „Schulfilme" widersprechen.

Der Unterrichtsfilm ist nur dort zur Veranschaulichung heranzuziehen, wo die bisherigen Veranschaulichungsformen Lücken lassen. Die Sucht also, alles mögliche — sogar Märchen und Balladen — für Unterrichtszwecke zu verfilmen, ist entschieden zu bekämpfen. Solche Vorführungen greifen in das Gebiet der freigestaltenden Phantasie ein und helfen nur, die geistige Regsamkeit der Kinder und den Trieb zur Tätigkeit untergraben.

Der Unterrichtsfilm beschränkt sich nur auf die der Kinematographie eigene Darstellung fortschreitender und zusammenhängender Bewegungsvorgänge. Landschaften sind also ausgeschlossen, da dieselben durch das ruhende Bild nachdrücklicher und künstlerisch besser gezeigt werden können.

Der Unterrichtsfilm ist nur innerhalb der Schule abzurollen und nicht im Kinematographentheater. Gegen den Kinobesuch sprechen einmal gesundheitliche, dann rechtliche, ästhetische, wirtschaftliche, pädagogische und auch schulpraktische Gründe.

Der Unterrichtsfilm dient nur der Belehrung. Alle Einflechtung humoristischer Szenen, soweit der Humor nicht in der Natur der Dinge selbst liegt, ist auszuschließen. Wir wollen den Kindern durch den Unterrichtsfilm eben etwas Wissenswertes bieten, sie aber nicht bloß unterhalten.

Der Unterrichtsfilm muß von sehr kurzer Dauer sein, da sonst die Aufmerksamkeit der Kinder erlahmt.

Der Unterrichtsfilm hat nur die charakteristischen Merkmale des vorzuführenden Neuen zu zeigen. Nebensächlichkeiten würden das Kind immer zerstreuen helfen.

Der Ablauf des Unterrichtsfilms muß jeden Augenblick unterbrochen und der Film somit zum Stehen gebracht werden können, was kleine, mit Glühlampen versehene Apparate voraussetzt und auch nur einen kleinen Zuschauerkreis zuläßt.

Der Unterrichtsfilm muß endlich von jedem Lehrer selbst vorgeführt werden können. Der Apparat muß also einfach und leicht bedienbar sein.

Einsichtsvolle Lehrerkreise, die sich mit der Frage lange beschäftigt haben, werden es jedenfalls vorziehen, so lange auf die Mithilfe der Kinematographie zu Unterrichtszwecken zu verzichten, bis der Schule etwas Pädagogisch-Einwandfreies, Künstlerisch-Wertvolles und Technisch-Leichtbedienbares geboten werden kann.

Die Finanzlage der Stadt Dresden.

Die Dresdner Nachrichten hatten geschrieben, daß im nächsten Jahre nach den bisher vorliegenden Beschlüssen die Stadt Dresden eine Anleihe von etwa 110 Millionen Mark aufnehmen werde, um die im Laufe der nächsten zehn Jahre als notwendig erkannten Neuanlagen zu schaffen, daß diese Anleihe zwar seinerzeit um 15 Millionen beschnitten worden sei, daß aber inzwischen wieder neue Bedürfnisse erschienen, so daß es auch in Zukunft nicht an Ueberraschungen fehlen werde.

Dazu schreibt nun der Rat zu Dresden berichtigend: „Obwohl es dem Kenner der hiesigen Verhältnisse nicht zweifelhaft sein konnte, daß sich diese Bemerkung auf die bereits im Jahre 1913 von den städtischen Körperschaften bewilligte und aufsichtsbehördlich genehmigte Anleihe bezieht, die im Betrage von 75 Millionen Mark zur Deckung des Geldbedarfs bis zum Jahre 1922 bestimmt ist (die Ziffer von 110 Millionen Mark stellt den Gesamtbedarf an außerordentlichen Ausgaben für die nächsten zehn Jahre dar, wovon nicht 15 Millionen abgestrichen, sondern 35 Millionen Mark auf Fonds oder Haushaltmittel verwiesen werden sind), so hat die Notiz doch in auswärtigen Blättern die Deutung gefunden, als beabsichtige die Stadt Dresden, eine neue Anleihe in Höhe von 110 Millionen Mark aufzunehmen. Um die völlige Haltlosigkeit dieser Deutung zu erweisen, genügt es, hervorzuheben, daß bisher noch nicht einmal die bereits bewilligte Anleihe von 75 Millionen Mark in Anspruch genommen worden ist und daß die günstige Finanzlage der Stadt es auch ferner gestattet, bis auf weiteres von einer Begebung der bewilligten Anleihe abzusehen."

Streit um den Preis.

Um den ersten Preis für die beste Leistung beim Dreieckflug ist Streit entstanden. Bekanntlich sollte der Flieger Schüler den Preis erhalten. Das Schiedsgericht in Berlin hat ihm aber in seiner Sitzung am Dienstag den Großen Preis und einige andere Preise, darunter den des Königs von Sachsen, aberkannt, weil Schüler die an seinem Apparat befindlichen Dämpfungsflächen Mittwoch den 3. Juni abgenommen hat, und dies ist nach Ansicht des Schiedsgerichts unzulässig gewesen, da es verboten war, wesentliche Aenderungen an der Maschine vorzunehmen. Wenn Schüler gegen diese Entscheidung Berufung einlegen wird, so wird die Flugzeugabteilung des Deutschen Luftfahrerverbandes in letzter Instanz zu entscheiden haben. Schüler flog ein sächsisches Fabrikat, einen mit 150pferdigem Benz-Motor ausgerüsteten Doppeldecker der Deutschen Flugzeugwerke in Leipzig-Lindenthal. Hat die Berufung Schülers keinen Erfolg, so würde der wertvolle Preis dem Piloten der Berlin-Johannisthaler Luftverkehrs-Gesellschaft Robert Janisch zufallen, der einen mit 80pferdigem Oberursel-Rotationsmotor ausgerüsteten L. V. G.-Eindecker flog. Schüler hielt wahrscheinlich die Dämpfungsfläche, die am Schwanz des Flugzeuges zu beiden Seiten wagrecht nach dem Höhensteuer verläuft, an seiner Maschine für überflüssig, weil sie sehr gut ausbalanciert war und weil sie bei ihrer Schnelligkeit dieser Stabilisierungsflächen, die man auch an den Z.-Kreuzern sehen kann, gar nicht bedurfte. Die Dämpfungsflächen waren dem Flieger im Gegenteil nur hinderlich; sie erschwerten die leichte Wendigkeit der Maschine.

Arbeiter-Gäste in Dresden.

Eine Sonderfahrt zum Besuche der Sächsischen Schweiz, dem sich ein eintägiger Aufenthalt in Dresden zur Besichtigung der Stadt und ihrer Sehenswürdigkeiten anschließt, veranstalten die Reichenberger Naturfreunde für die Arbeiterschaft von Reichenberg in Böhmen. In einer Zahl von ca. 700 verlassen die Teilnehmer an der Sonderfahrt am Sonntag früh Reichenberg, um gegen Mittag gruppenweise Wanderungen im Gebiete der Sächsischen Schweiz anzutreten. Gegen 9 Uhr abends trifft der Sonderdampfer in Dresden ein. Am Montag sollen vor allem die Gemäldegalerie, der Zoologische Garten und Loschwitz und Umgebung besucht werden. An beiden Tagen haben die Dresdner Naturfreunde die Führungen übernommen. Die Dresdner Arbeiterschaft heißt die Gäste im Lande der grün-weißen Grenzpfähle herzlich willkommen.

Geschworenengericht.

Die unter Vorsitz des Landesgerichtsdirektors Dr. Krauer stattfindende vierte diesjährige Tagung befaßt sich mit folgenden Hauptverhandlungen: Mittwoch den 1. Juli, vormittags 9¼ Uhr: gegen die Dienstmagd Ida Selma Eger aus Großgraupe wegen Kindestötung, nachmittags 12¼ Uhr: gegen den früheren Ratsregistranten Klemens Rudolf Engelmann aus Bernstadt wegen Unterschlagung im Amte. Donnerstag den 2. Juli, vormittags 9¼ Uhr: gegen den Maschinenbaugehilfen Max Richard Johnel aus Altdörnitz wegen Meineids. Freitag den 3. Juli, vormittags 9¼ Uhr: gegen die Marinestabsingenieurswitwe Johanna Emilie Tag geb. Tomp aus Kamerau-Ofen wegen gefährlicher Körperverletzung und Gewaltunzucht. Sonnabend den 4. Juli, vormittags 9¼ Uhr: gegen den früheren Eisenbahngehilfen, jetzigen Gärtner Heinrich Arno Becker aus Dresden wegen Unterschlagung im Amte, vormittags 11½ Uhr: gegen den Grünwarenhändler Reinhold Hermann Loose aus Grüngräbchen wegen Meineids. Montag den 6. Juli, vormittags 9¼ Uhr: gegen den Schuhmacher Hugo Petur Fürschner aus Geringswalde wegen Brandstiftung, Versicherungsbetrugs und versuchten Betrugs. Dienstag den 7. Juli, vormittags 9¼ Uhr: gegen die Kontoristin Margarete Lydia Koch aus Leipzig wegen Abtreibung und den Kaufmann Emil Richard Fritzsching aus Bischofswerda wegen Beihilfe zur Abtreibung und Anstiftung zur Lohnabtreibung, nachmittags 12½ Uhr: gegen den Kraftwagenführer Stephan Felix Elias aus Danzig wegen Raubes. Mittwoch den 8. Juli, vormittags 9¼ Uhr: gegen den Fabrikanten Adolf Theodor Gustav Werner aus Seifershau wegen Meineids, nachmittags 12 Uhr: gegen die Köchin Marie Silbertowicz aus Posen wegen Meineids. Donnerstag den 9. Juli, vormittags 9¼ Uhr: gegen den Agenten Friedrich August Döring aus Poppenlauer wegen Meineids und falscher Versicherung an Eidesstatt, den Agenten Karl Alfred Bleyl aus Kamenz wegen Meineids. Freitag den 10. Juli, vormittags 9¼ Uhr: gegen den Kaufmann Ludwig Rudolf Braumann aus Dresden wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs, vormittags 11¼ Uhr: gegen den Fabrikarbeiter Georg Alfred Albrecht aus Lohmen wegen Gewaltunzucht.

Vom elektrischen Strom getötet.

Bei einer im Erzgebirge stattgefundenen Uebung der Funkerabteilung des Telegraphenbataillons Nr. 7 aus Dresden kam Dienstag gegen abend der Sergeant Weinert, der das Niedergehen eines zur Uebung losgelassenen Drachens verhindern wollte, mit der Hochspannleitung in Berührung und wurde sofort getötet. Ein anderer Soldat, der betäubt wurde, erlangte die Besinnung wieder. Er hat nur einige Brandwunden davongetragen.

Eine Neuerung im Verkehrswesen wird von heute an dadurch eintreten, daß die Automobildroschken mit Fahrtrichtungsanzeigern ausgestattet werden. Die Chauffeure werden mit einem Stab, der eine grellrote, weißumränderte Scheibe trägt, die Richtung, die ihr Kraftwagen an Straßenkreuzungen, Plätzen usw. nimmt, anzeigen.

Benutzung der automatischen Feuermelder. Die öffentlichen automatischen Feuermelder dürfen nach den wiederholten Bekanntmachungen des Rates nur bei Feuersgefahr und bei Ereignissen, die mit Lebensgefahr für Menschen verbunden sind, benutzt werden. In letzter Zeit ist die Feuerwehr jedoch wiederholt aus anderen Anlässen, wie bei Sturz von Pferden usw., durch die öffentlichen Melder alarmiert worden. Das hat zur Folge, daß die Feuerwehr in der Annahme, es handle sich um einen Brand, mit vollem Löschzug ausrückt und dieser so der Alarmbereitschaft unnötigerweise entzogen wird. Andrerseits werden auch die für die betreffende Hilfeleistung geeigneten Gerätschaften nicht mitgeführt und die Hilfeleistung dadurch erschwert und verzögert. Es liegt deshalb im Interesse der Allgemeinheit, daß die mißbräuchliche Benutzung der automatischen Feuermelder künftig unterbleibt und die Hilfeleistung der Feuerwehr bei Unfällen nur mündlich oder durch Fernsprecher nachgesucht wird.

Gemeindeeinkommensteuer. Wer zur Gemeindeeinkommensteuer in Dresden beitragspflichtig ist, bisher aber noch keinen Gemeindeeinkommensteuerzettel für 1914 bekommen haben sollte, wird aufgefordert, sich wegen Aushändigung des Steuerzettels im Stadtsteueramte bis zum 26. Juni 1914 zu melden. Dieser Tag gilt für alle die, denen die Steuerzettel nicht zugestellt werden konnten, als Tag der Bekanntmachung der Steuerbeträge.

Sturz vom Dache. Am Dienstag nachmittag stürzte der 32 Jahre alte Dachdecker P. aus Bühlau, der auf dem Dache der Diakonissenanstalt Ausbesserungen vornahm, infolge eines Fehltritts auf den Hof hinab und blieb bewußtlos liegen. Er hatte eine schwere Gehirnerschütterung erlitten.

Glücklich abgelaufen. Ein fünf Jahre alter Knabe stürzte am Dienstag nachmittag gegen 6 Uhr aus einem Fenster der elterlichen Wohnung in der Alvenslebenstraße in Vorstadt Cotta in den Hof hinab, vermochte sich aber wieder zu erheben. Das Kind hatte trotz des hohen Absturzes glücklicherweise keine Verletzungen erlitten.

Eine Einbrecherjagd spielte sich gestern morgen auf der Bautzner Straße ab. Zu dieser Zeit war der Lehrling einer großen Konditorei in der Kurfürstenstraße unvermutet in seine Kammer zurückgekehrt, um etwas zu holen. Dabei ertappte er einen unbekannten Mann, der in seinem Gepäck herumwühlte. Während der Lehrling sofort Lärm schlug, flüchtete der Unbekannte schleunigst, konnte aber doch in der Nähe vom Albertheater eingeholt und festgenommen werden. Er entpuppte sich als ein 1910 in der betreffenden Konditorei beschäftigt gewesener Bäcker. Er hatte sich einschließen lassen und dann in der Gesellenkammer einen Reisekorb aufgesprengt, um daraus Uhr und Portemonnaie zu stehlen, die ihm bei der Verhaftung wieder abgenommen wurden.

Aus den Bezirksausschüssen.

Der Bezirksausschuß der Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt hielt am Mittwoch eine öffentliche Sitzung ab. Es wurden u. a. genehmigt bezw. befürwortet die Ordnung für die Erhebung von Abgaben von Tanzvergnügen und Lustbarkeiten aller Art sowie einiger Polizeigebühren in dem die Gemeinde und die Gutsbezirk und Domäne umfassenden Gesamtbezirke Pillnitz (bedingungsweise), der 2. Nachtrag zu dem Statut der Gemeinde Blasewitz über die Unterstützung der in den Ruhestand versetzten Hebammen des 25. Hebammenbezirks (Erhöhung der Unterstützungsbeträge), das Ortsgesetz über die Urlaubsverhältnisse der Beamten, Beamtenanwärter und der Bediensteten der Gemeinde Kötzschenbroda, das Ortsgesetz über die Vereinigung der Gemeinden Lausa mit Friedersdorf, Weixdorf und Gommlitz (endgültig, nachdem die Sache das Ministerium passiert hat), das Gesuch der Gemeinde Laubegast um Erlaubnis des Beitritts zum Giroverband sächsischer Gemeinden, das Gesuch des Restaurateurs Karnagel in Rähnitz um Errichtung einer Schlächtereianlage, sowie verschiedene Grundstücksgliederungen in Zitzschewig, Radebeul, Loschwitz, Weißer Hirsch, Niederpoyritz und Kötzschenbroda.

Folgende Schank- und Tanzkonzessionsgesuche wurden genehmigt oder befürwortet: verehel. Standfuß in Reichenberg, Ausschank von alkoholfreien Getränken in einer Trinkhalle; Hieckmann in Langebrück, Ausschank von Kaffee und alkoholfreien Getränken (bedingungsweise); Köhler in Weixdorf, Uebertragung der Erlaubnis zum Ausschank von Milch, Kaffee, Selterwasser und Limonaden, sowie um Ausdehnung der Schankbefugnis auf Beerensaft und Einfaches Bier in dem Verkaufsraume Grundstück Nr. 26 in Lausa-Weixdorf; Schreier in Klotzsche, Ausschank von Kaffee, alkoholfreien Getränken usw. (Uebertragung); Bietze in Lausa, Ausschank von Bier und Branntwein in der Ziegeleikantine (Uebertragung); Roick in Klotzsche, Abhaltung von Reunions mit Ball an jedem zweiten Freitag während der Monate Mai bis mit September jedes Jahres; Kunath in Eisenberg, Ausschank von Kaffee und alkoholfreien Getränken; Paul in Radebeul, Schankkonzession (Uebertragung); Lunge in Loschwitz, Kleinhandel mit Branntwein (Uebertragung); Walenta in Blasewitz, Verlängerung der Ausübung der Schankbefugnis in der Tunnelwirtschaft bis abends 10 Uhr; Herrmann in Weißer Hirsch, Kleinhandel mit Spirituosen (Uebertragung); Weißner in Laubegast, Ausdehnung der Schankbefugnis auf die Kegelbahn; Sigl in Niederpoyritz, Schankkonzession (Uebertragung); Hauschke in Blasewitz, Ausschank von Kaffee, Tee und Flaschenbier (Uebertragung); Fleischer in Pappritz, Uebertragung der Schank- und Tanzkonzession usw. (Uebertragung). Abgelehnt wurden die Gesuche Grünzigs in Niederpoyritz (Abhaltung von Reunions) und Lamensdorfs in Weißer Hirsch (Schankkonzession im Grundstücke Nr. 4 der Ortsliste).

In der geheimen Sitzung wurden mehrere Rekurse in Gemeindesteuersachen erledigt und einem kranken Lehrling aus Niederlößnitz eine Kurbeihilfe aus Bezirksmitteln bewilligt.

Aus der Umgebung.

Leubnitz-Neuostra. Bei der Gemeinderatswahl am 20. d. M. wurde Genosse Maurer Richter als Ersatzmann in der dritten Klasse mit 130 Stimmen gewählt. Die Gegner hatten 47 ungültige Protestzettel abgegeben, weil sie mit dem Ausfall der Ergänzungswahl nicht einverstanden sind. In der Liste waren 367 Wähler eingezeichnet.

Leubnitz-Neuostra. Morgen Freitag, abends 7½ Uhr, öffentliche Gemeinderatssitzung im Ratssitzungszimmer.

Leuben. Ein tödlicher Unfall ereignete sich im benachbarten Wahnitz. Am Sonntag war der Schirrmeister Kühne am Bahndamm der Kleinbahn mit Grashauen beschäftigt. Dabei kam er zu Fall und durchschnitt sich mit der Sense eine Schlagader am rechten Unterschenkel. Als der sofort herbeigeeilte Arzt zur Stelle war, war Kühne verblutet.

Potschappel-Zauckerode. Sonntag den 5. Juli findet im Goldnen Löwen in Potschappel ein „Bunter Abend" statt, zu dem die Mitwirkenden, die durchweg tüchtige schauspielerische Kräfte sind, vom Genossen Dr. Poensgen-Alberty gewonnen worden sind. Das Gebotene wird nach jeder Richtung hin als durchweg gut bezeichnet werden können und es darf versichert werden, daß unseren Mitgliedern hier ein selten hoher Genuß in Aussicht steht. Gültig sind die blauen Karten, die auf den 10. Juli lauten. Die Veranstaltung beginnt pünktlich um 7 Uhr. Karten sind bei den Beitragssammlern und Lagerhaltern zum Preise von 40 Pf. zu haben. Damit eine Ueberfüllung des Saales nicht eintritt, haben wir nur eine beschränkte Zahl an Karten ausgegeben.

Possendorf. Donnerstag, abends 8 Uhr, findet öffentliche Gemeinderatssitzung in Diersches Restaurant statt. Wichtige Tagesordnung.

Sachsdorf bei Wilsdruff. Beim Kirschenpflücken tödlich verunglückt ist hier der alte Privatus Schmieder. Er stürzte von der Leiter und war sofort tot.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140625/8 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Hänichen. Gemeinderatssitzung. Bei der 2. Lesung der Gemeindesteuerordnung beantragte der Vorsitzende, den Steuertarif bei 300—400 M. Einkommen beginnen zu lassen. In der 1. Lesung wurde bekanntlich die Staatssteuer einstimmig angenommen. Die Annahme des Antrags erfolgte mit 6 gegen 2 Stimmen. Auch zur Umsatzsteuer beantragte ein bürgerlicher Vertreter 8 Proz. gegen 5 Proz. der ersten Lesung zu erheben. Er sagte, er könne nicht einsehen, warum die Konsumvereine einen gesetzlichen Schutz genießen sollen, die Kleinhändler hätten ihn auch nicht. Der Antrag wurde gegen unsere 2 Stimmen angenommen. Der Wasservertrag mit der Klingenberger Talsperren-Gesellschaft wurde vertagt. Der Vorstand soll noch einmal Rücksprache mit Ingenieur Salbach nehmen; wenn das Wasser mehr als 11 Pf. pro Kubikmeter kostet, soll abgesehen werden. Die Satzung über die Hebammenunterstützung wurde angenommen.

Radenau. Stadtverordnetensitzung vom 23. Juni. Der in voriger Sitzung angenommene Einkommensteuertarif mußte einer Aenderung unterzogen werden, da dieser Tarif, weil er die Befreiung vom Schulgeld vorsah, keine Aussicht auf Genehmigung hatte. Nach dem bestehenden Schulgesetz muß eine wenn auch nur teilweise Deckung der Schullasten durch direktes Schulgeld erfolgen. Eine Sitzung des Schulvorstandes hatte bereits hierzu Stellung genommen und beschlossen, das Schulgeld vom nächsten Jahre ab in folgender Höhe zu fordern: für ein Kind jährlich 3 M., für zwei Kinder 5 M., für drei und mehr Kinder 6 M. Hiernach machte sich auch eine Aenderung der Einkommensteuervorlage nötig, die nun durchweg um wenige Mark niedrigere Staffeln vorsieht, als die in letzter Sitzung angenommene. Es würden nach der neuen Vorlage über 39 000 M. durch Einkommensteuer, 1500 M. durch Schulgeld aufgebracht werden, während die erste Vorlage nur durch Einkommensteuer 41 000 M. gebracht hätte. Die neue Vorlage wurde einstimmig angenommen. — Außerdem lag ein Gesuch Gulde um Ausnahmebewilligung in Bausachen vor. Es soll auf ein Hintergebäude aufgesetzt werden, da dies aber das Vorderhaus, das sehr klein ist, überragen würde, bedarf es einer besonderen Genehmigung der Behörde. Die Stadtverordneten befürworteten das Gesuch. — Einige weitere unwesentliche Schreiben wurden zur Kenntnis genommen.

Wilsdruff. Der Oberlehrer Spreer von der hiesigen Bürgerschule wurde nach erfolgter Prüfung als Schuldirektor in Siebenlehn gewählt. Sp. ist seit 1. Juli vorigen Jahres hier tätig.

Altenberg. Seit dem 15. Juni war das zwölfjährige Mädchen einer hiesigen Familie aus Furcht vor Strafe wegen einer geringfügigen Sache verschwunden. Das Kind hatte einige Rabattmarken entwendet und wurde dafür wohl mehr als die Sache wert war, gescholten. Auch hatte das Mädchen ein langes Verhör durch den Gendarmen zu bestehen. Als ihm dann Schulstrafe angedroht wurde und obendrein gerade der Schulinspektor anwesend war, hat sich das Kind, anstatt zur Schule zu gehen, unbemerkt aus der elterlichen Wohnung entfernt. Die Eltern glaubten natürlich, es sei zur Schule gegangen. Nach mehrtägigem erfolglosem Absuchen des Waldes wurde die Leiche im hiesigen Badeteiche geborgen. Bei einem so geringfügigen Vergehen hätte wohl nicht mit der ganzen Strenge verfahren werden müssen. Ein Bäckermeister, bei dem das Mädchen Weißbrot ausgetragen hat, stellt seiner Ehrlichkeit das beste Zeugnis aus.

Altenberg. Stadtverordnetensitzung. Am 15. Juni wurde der Kaufvertrag zwischen der Stadtgemeinde und den drei Besitzern der am Galgenteich gelegenen Grundstücke, die als Spielplatz benutzt werden sollen, abgeschlossen. Der Preis wurde nicht verraten. Auf Anfrage des Bürgermeisters bei der Firma Eckstein u. Söhne wegen der Verhältnisse in der hiesigen Filiale teilte die Firma mit, daß hier keine Maschinen aufgestellt würden. Die Sparkassenrechnung vom Jahre 1913 wurde dem Rechnungsausschuß überwiesen. Weiter wurden die Ortslöhne und die Durchschnittswerte der Ortspreise festgesetzt. In einer Eingabe des Villenbesitzers Börner wird die Ausdehnung des Wassernetzes bis Hirschsprung gewünscht. Es soll ein Kostenanschlag eingeholt werden. Die Sparkassenrechnung ist geprüft und richtiggesprochen worden. Der Zentralausschuß für Wanderungen der Volksschuljugend ersucht die Gemeinde um Beitritt, davon wurde aber abgesehen. In einem Nachtrag zum Ortsstatut wurde die Unterstützung der in Ruhestand versetzten Bezirkshebamme vorgesehen. Nach einer zehnjährigen Dienstzeit beträgt die Unterstützung mindestens 120 M. jährlich, der Betrag steigt von fünf zu fünf Jahr. Nach einer 40jährigen Dienstzeit würde die Ruhestandsunterstützung 450 M. jährlich betragen. Hierauf folgte eine geheime Sitzung, in welcher das Gesuch der hiesigen Arbeiterschaft um Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr behandelt und selbstverständlich abgelehnt wurde.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Buchmacherprozeß.

Vor vollbesetzten Tribünen fand die Verhandlung gegen den Gastwirt Robert Ferdinand Bertholds und Genossen von hier wegen Haltens von Rennwetten und Beihilfe zum gewerbsmäßigen Glücksspiel statt. Mitangeklagt sind der Handlungsgehilfe August Lommatzsch, Schaftstepper Emil Eichler, Schuhmachermeister Hermann Ehrlich und Schneidermeister Emil Paul Nitzsche, sämtlich von hier. Zur Verhandlung waren 18 Zeugen geladen. Aus der Vernehmung der Angeklagten ging hervor, daß B. seit 1909 schon als Schlepper für andere Buchmacher tätig war, besonders für einen durchgebrannten Mitschuldigen, namens Zeidig. Im wesentlichen ist er auch geständig, seit Weihnachten 1912 selbst Wetten auf in- und ausländische Pferderennen gehalten, also die im Gesetz verbotenen Funktionen eines Buchmachers ausgeübt zu haben. Es wurde ihm hier vorgehalten, daß er nach früheren Geständnissen schon im Jahre 1910 selbständig Wetten gehalten hat. Die vier Mitangeklagten sind ebenfalls geständig. Sie gaben zu, teilweise schon seit 1911 für B. tätig gewesen und Wettkunden sowie deren Geld herangeschleppt zu haben. Mehrere sind auch außerdem noch für andere Buchmacher als Schlepper tätig gewesen. Bei B. haben sie für ihre Mitwirkung 5 bis 6 Prozent Provision erhalten. Der als Zeuge anwesende Kriminalbeamte führte aus, daß er am 24. April mit mehreren Beamten in das auf der Grünen Straße sich befindliche Restaurant des B. gekommen ist. Man hat gleichzeitig Gastzimmer und Wohnung besetzt und ausgesucht. Von den Gästen durfte sich niemand entfernen. B. war in der Wohnung und beschäftigte sich gerade am Fernsprecher mit Wettsachen. Man fand bei ihm selbst am Leibe 46 Wettzettel, die den Beamten weiteren Aufschluß gaben. B. ist schon lange beobachtet worden, es war ihm aber früher nicht beizukommen. Er wurde verhaftet und gab auf der Polizei zu, seit Anfang 1911 Buchmachergeschäfte auf eigne Hand betrieben und seine eignen Schlepper gehabt zu haben. Mit Z. will er nie liiert gewesen sein, ein bei ihm vorgefundener Brief bewies aber das Gegenteil. Es wurde auch über 1100 M. Bargeld mit Beschlag belegt. Festgestellt wurde, daß B. sämtliche Wetten auch prompt bezahlt hat, was bei vielen vor ihm verurteilten Kollegen nicht der Fall gewesen ist. Der Staatsanwalt beantragte strenge Bestrafung. Das Urteil lautete bei B. auf 7 Monate Gefängnis, 500 M. Geldstrafe oder weitere 50 Tage Gefängnis, 3 Jahre Ehrenrechtsverlust und Einziehung von 200 M. des beschlagnahmten Geldes, 6 Wochen gelten als verbüßt. Lommatzsch erhielt 2, Eichler 4, Ehrlich 6 Wochen und Nitzsche 2 Monate Gefängnis.

Wechselfälschungen

in großem Maße verübte in der ersten Hälfte des Jahres 1913 der schon mehrfach vorbestrafte Kaufmann Karl Otto Götze aus Naumburg. Er war seit 1. Oktober 1911 hier Besitzer eines Reklamebureaus. Seine Geschäftsverbindung erstreckte sich auch über 100 Zeitungen und anfangs will er auch ganz gute Geschäfte gemacht haben. Aber schon im Jahre 1912 ging es sehr schlecht. Er kam in mißliche Verhältnisse; nach vielen Klagen und erfolglosen Pfändungen wurde er zur Leistung des Offenbarungseides vorgeladen, den er endlich am 16. Juni nach sechsmaliger Verhaftung leistete. Mit seiner Frau lag er in Scheidung, hatte aber schon ein Verhältnis mit einer Privata Bellajeff angeknüpft. Sie war ihm schon mehrfach in seiner Not mit ganz bedeutenden Summen beigesprungen und hatte nun weitere Hilfe verweigert. Vom Februar bis August fälschte nun G. eine Reihe Wechsel, worauf er den Namen seiner Braut als Akzeptant schrieb, ohne daß sie davon etwas wußte. Weiter fälschte G. in einem andern Falle zwei Wechsel mit einer Summe von 3000 M. und täuschte die Giranten mit seiner bevorstehenden guten Heirat. Als der erste Wechsel abgelaufen war, gelang es ihm, Prolongation desselben zu erreichen, wobei er um 400 M. erhöht wurde. Die nächste Fälschung betrafen vier Wechsel à 5000, 4000 und zwei à 3500 M zum Schaden eines Kaufmanns M. Ferner ließ er an seine eigne Adresse ein Telegramm und eine Postkarte mit der Unterschrift: „Bureau Schimmelpfeng" abgehen mit einer guten Auskunft über das Vermögen seiner Braut. Einem Redakteur M., der Existenz suchte, nahm er 5000 M. ab, wofür er ihm eine Bürgschaftsurkunde mit der Unterschrift seiner Braut ausstellte, die ebenfalls gefälscht war. Schließlich bedrohte er am 28. August seine Braut mit Erschießen. Das Motiv hierfür ließ sich in der Verhandlung nicht feststellen, da ihn die Frau bei ihrer Zeugenaussage sichtlich nicht bloßstellen wollte. Das Urteil lautete einschließlich einer noch zu verbüßenden neunmonatigen Gefängnisstrafe auf 3 Jahre 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrenrechtsverlust. Strafmildernd wurde die verzweifelte Lage des Angeklagten, strafschärfend die großen Summen und die ungeheure Frivolität seiner Handlungsweise angesehen.

Schöffengericht.

Auf Abwege geraten.

Wegen zahlreicher Diebstähle und Betrügereien mußte sich der 20jährige Schriftsetzer Robert Max Wagner verantworten. Der aus der Untersuchungshaft vorgeführte Angeklagte ist der Sohn eines hiesigen Buchdruckereibesitzers. Er hatte in Blasewitz die höhere Bürgerschule besucht und war dann bei seinem Vater vier Jahre Lehrling. Trotz dieser langen Lehrzeit getraute er sich nicht, im Anschluß daran die Gehilfenprüfung zu machen, sondern arbeitete noch ein Jahr in Chemnitz in einem anderen Geschäft und legte dort die Prüfung ab. Danach ging er während des Buchdruckerstreiks nach Warnsdorf und arbeitete dort einige Zeit als Streikbrecher. Als er sich seiner traurigen Rolle bewußt wurde, gab er diese Tätigkeit auf und kehrte nach Dresden zurück. Er hatte Angst vor seinem Vater, weil er so bald wieder außer Arbeit war, und suchte und fand bei einer befreundeten Familie in Blasewitz Unterkunft. Dieser Familie hatte er gesagt, daß er sein Gehalt weiter beziehe und daß er alle Tage auf das Geld warte. Tatsächlich hatte er aber nichts zu erwarten. Da er aber doch Geld brauchte, begann er nun mit seinen unredlichen Handlungen. Er entwendete seinem Freunde einen photographischen Apparat im Werte von 104 M., den er für 10 M. verpfändete. Dann mietete er sich ohne Geld und unter der unwahren Angabe, er sei Student, im März bei zwei Vermieterinnen ein. Bei der einen Vermieterin stahl er obendrein noch Silbersachen und sonstige Gegenstände im Werte von 56 M. Bei der anderen Vermieterin erbeutete er einen dem Kaufmann Niemann gehörigen photographischen Apparat im Werte von 110 M. Wegen dieser Sache wurde gegen den jungen Mann Anklage erhoben; er war auch einige Tage in Untersuchungshaft, wurde aber auf die Verwendung seines Vaters hin wieder freigelassen. Der Vater behielt ihn jetzt im Hause. W. hatte aber Angst vor der Hauptverhandlung und brannte zu Hause durch. Zunächst versuchte er in Chemnitz Stellung zu erhalten. Als ihm das nicht glückte, kehrte er mittellos nach Dresden zurück. Er verkehrte viel auf dem Sportplatz, und seit dieser Zeit kamen eine Menge Diebstähle vor. Er stahl in der Zeit vom 28. April bis 28. Mai dem Privatmann Huk ein Fahrrad im Werte von 120 M., einer Haustochter eine Pelzstola, einem Lehrling das Fahrrad im Werte von 100 M., einer Kellnerin ein Opernglas für 30 M., einem Sportplatzbesucher ein Oberhemd, einem anderen den Sommerüberzieher im Werte von 70 M. Ferner entwendete er ein Granatarmband im Werte von 50 M., ein Geldtäschchen mit 60 Pf. Inhalt, ein anderes mit 1,50 M. und ein drittes mit 200 M. Inhalt. Einem Sportplatzbesucher nahm er den ganzen Koffer mit Kleidungsstücken und Toilettegegenständen im Werte von 67 M. weg, ein Handlungsgehilfe büßte einen Sommerüberzieher und der Kellner im Sportplatzrestaurant sein Taschenfeuerzeug ein. Bei drei Vermieterinnen, einem Gastwirt und im Hotel Reichspost mietete er sich ein, ohne zu zahlen. Im Hotel Reichspost wurde er schließlich verhaftet. Allein die gestohlenen Sachen repräsentieren einen Wert von etwa 1100 M. Aus den dürftigen Erklärungen des Angeklagten ging so viel hervor, daß ihm schließlich alles egal wurde, nachdem er einmal auf falsche Wege geraten war. Er wollte seinem Leben ein Ende machen. Obwohl er bisher noch unbestraft war, erkannte das Gericht mit Rücksicht auf den großen Umfang der Straftaten auf 9 Monate Gefängnis.

Militärgericht.

Ein Vorgesetzter.

Der 22 Jahre alte Unteroffizier Geilert vom Inf.-Regt. Nr. 103 kam schon als Gefreiter nicht mit seiner Löhnung aus. Er gab mehr aus, als er einnahm — und tat es mit gepumptem Gelde. Schon damals wurde er bestraft und eingehend verwarnt. Das half aber nichts. Nachdem er zum Vorgesetzten befördert worden war, trieb er es noch viel ärger. Unter Mißbrauch seiner dienstlichen Stellung borgte er in einer Reihe von Fällen von Untergebenen Geldbeträge von 50 Pfennig bis 4 Mark; mehrmals blieb es beim Versuch. Ohne Geld mitzugehen schickte er nach der Kantine und ließ sich Rauchwaren holen. Entgegen einer bestehenden Bestimmung gab dieser „Vorgesetzte" seinem Putzer nicht das vorgeschriebene Geld zum Putzzeug, verlangte vielmehr, daß der Putzer seine eigenen Putzsachen verwenden solle. Trotz Verbots hat der Angeklagte auch Geldsammlungen unter den Mannschaften vorgenommen. Von den eingesammelten Geldern sollten ein Weihnachtsgeschenk für den Korporalschaftsführer gekauft sowie Bilder und Karten besorgt werden. Einen Teil von diesem Gelde hat aber der Unteroffizier notwendig für sich gebraucht. Das Gericht erkannte auf 6 Wochen mittleren Arrests und Degradation. Beantragt war mit Rücksicht auf die Schamlosigkeit und Disziplingefährdung eine Gefängnisstrafe.

Wie Insubordinationen entstehen,

zeigt recht deutlich eine Verhandlung gegen den im 2. Dienstjahre stehenden Soldaten Peters vom 179. Infanterie-Regiment. Am 2. Mai war bei der Kompagnie Nachexerzieren angesetzt, wozu auch Peters ohne sein Wissen bestimmt worden war. Als im Laufe des Vormittags die Liste der vorgemerkten Soldaten verlesen wurde, war Peters ganz erstaunt, seinen Namen zu hören. Er antwortete mit „Hier", trat jedoch nicht zum Strafdienst an, blieb vielmehr in seiner Stube. Das Wegbleiben wurde sofort bemerkt und der diensttuende Unteroffizier forderte Peters auf, mit herauszutreten. Der Soldat ließ im guten Glauben den Befehl unbefolgt und erklärte: „Ich weiß nicht, warum ich nachexerzieren soll, da muß ich erst mal den Feldwebel fragen!" Auch mehrfache Befehle, die ihm vom Vizefeldwebel durch einen Soldaten erteilt wurden, führte Peters nicht aus und sagte immer wieder, er müsse erst den etatmäßigen Feldwebel fragen, warum er mit zum Strafdienst antreten solle. Peters war bis kurz vorher längere Zeit abkommandiert und wußte nach seiner Angabe tatsächlich nicht den Grund des Nachexerzierens. Dieser Einwand nützte ihm gar nichts, es wurde ihm nur entgegengehalten, daß er folgen mußte und sich ja hinterher hätte beschweren können, wenn er glaubte ungerecht behandelt zu werden. Vom Standgericht wurde Peters wegen Ungehorsams, Beharrens im Ungehorsam und ausdrücklicher Gehorsamsverweigerung zu der höchst zulässigen Strafe von — 28 Tagen strengem Arrest verurteilt. Auf seine Berufung nahm das Kriegsgericht nur zwei Handlungen an, und lediglich deshalb erzielte er eine Ermäßigung auf 8 Wochen Strengen!

Aus aller Welt.

18 Stunden in der Luft.

Der Flieger Basser, der Dienstag nachmittag 3 Uhr 50 Minuten aufgestiegen war, ist Mittwoch vormittag 10 Uhr gelandet. Er hat damit einen neuen Dauerweltrekord aufgestellt.

Der Weltrekord im Dauerfluge, den Bruno Langer mit einem 14-Stunden-Flug aufgestellt und den vor wenigen Wochen der Franzose Poulet um etwa 2½ Stunden überboten hat, ist damit geschlagen. Basser flieg am Dienstag nachmittag um 3 Uhr 50 Minuten auf. Er benutzte den neuen Rumpler-Militär-Doppeldecker. Um 18 Stunden in der Luft bleiben zu können, mußte Basser nicht weniger als 720 Liter Benzin und 60 Liter Oel an Bord nehmen. Mit Vollgas ging Basser hoch, und schon nach der ersten Runde schwebte er in etwa 100 Meter Höhe. In weiten Kreisen rundete der Flieger das Feld und ging allmählich in eine Höhe von 600 bis 700 Meter. Nach einigen Stunden verließ er das Feld und machte Ueberlandflüge nach dem Müggelsee und dem Westen Berlins, blieb aber immer in Sicht der beiden Prüfer, die seinen Flug zu überwachen hatten. So brach die Dunkelheit herein, und nun begann für den Piloten der schwerste Teil seines Vorhabens.

Auf dem Flugplatz Johannisthal wurden drei mächtige Holzfeuer entzündet, deren Flammen dem Flieger den Weg weisen sollten. Während Basser hoch in der Luft seine Kreise zog, rüstete sich ein anderer Flieger, dem Rumplerpiloten den Weltrekord abzujagen. Landmann auf Albatros-Doppeldecker mit einem 85 Pferdestärke Mercedes-Motor stieg kurz vor 9 Uhr abends in Johannisthal wieder auf, nachdem er vorher seinen ersten Flug nach wenigen Minuten wegen Maschinendefekts hatte abbrechen müssen. Als die Sonne aufging, ging Basser, der sich in etwa 700 Meter Höhe befand, nieder. Ueber der Rumpler-Fabrik warf Basser einen Zettel ab, der nur die Worte enthielt: „Alles wohl, fliege weiter." Stell stieg der Doppeldecker wieder in die Höhe und setzte seine Luftreise fort. Um 8 Uhr 20 Minuten am Mittwoch morgen hatte Basser die Flugzeit des Franzosen Poulet, die 16 Stunden 28 Minuten und 56 Sekunden betrug, geschlagen. Der Flieger mußte jedoch noch eine weitere Viertelstunde in der Luft bleiben, um die Bestätigung durch die Fédération internationale zu erlangen. Auch diese Minuten verstrichen, ohne daß Basser abwärts stieg. Kurz vor 9 Uhr warf Basser abermals einen Zettel nieder, auf dem er mitteilte, daß er so lange zu fliegen gedenke, als das Benzin reiche.

•

Liegnitz, 24. Juni. Der Flieger Landmann, der gestern abend um 9 Uhr 10 Minuten in Johannisthal aufgestiegen war, um den Dauerweltrekord zu brechen, ist durch ein Gewitter heute mittag in östlicher Richtung abgetrieben worden und um 2 Uhr 26 Minuten in Liegnitz wegen Gewittersturms gelandet.

Berlin, 25. Juni. Ueber den Flug auf Leben und Tod, den gestern der Flieger Landmann zu bestehen hatte, wird noch mitgeteilt: Gegen 11½ Uhr vormittags zog von Westen eine so schwere Wolkenwand auf, daß Landmann unschlüssig war, ob er die Feuchte seiner 14stündigen Fahrt preisgeben und landen sollte. Der schwere Albatros-Doppeldecker wurde wie ein Spielzeug geschüttelt und die Böen warfen die Maschine nach allen Richtungen. Landmann kämpfte wie ein Verzweifelter. Schließlich glückte es ihm, den Westwind in den Rücken zu bekommen, und mit einer Geschwindigkeit von etwa 180 bis 200 Kilometer flüchtete er vor dem Gewitter bis nach Liegnitz, wo er nach einem Fluge von insgesamt 17 Stunden 31 Minuten glatt vor der Luftschiffhalle landete.

•

Probeversuche zum Ozeanflug.

London, 25. Juni. Der englische Marineleutnant Porte, der den Flug über den Atlantischen Ozean wagen will, hat gestern mit seinem von dem Ingenieur Curtis konstruierten Apparat Probeflüge unternommen, die zur Zufriedenheit des Konstrukteurs ausfielen. Der Apparat gleicht einem riesigen Walfisch, der anstatt Flossen Flügel hat. Der Apparat zeigte sich äußerst stabil, gleichgültig, ob beide Schrauben oder nur eine derselben arbeitete. **Leutnant Porte wird am 16. Juli den Flug beginnen.**

•

Todessturz eines Militärfliegers.

Bei einem Fluge, den Oberleutnant Kolbe vom Infanterieregiment Nr. 97 in Saarburg mit Hauptmann Ruff vom Infanterieregiment Nr. 180 in Tübingen am Mittwoch unternahm, kamen beide in Mecklenburg zwischen dem Westufer des Ostorfer Sees und Görkes so unglücklich zu Boden, daß Kolbe einen Schädelbruch davontrug, dem er bald darauf im Garnisonlazarett erlag; Ruff erlitt einen Unterschenkelbruch.

Eine Bauernrebellion.

In dem rein katholischen Dorf Blaxheim, Kreis Bergheim, herrscht schon seit einigen Wochen infolge von Kirchenstreitigkeiten, die durch die Absetzung eines Pfarrers veranlaßt wurden, der Belagerungszustand. Es kam zu heftigen Kundgebungen gegen Mitglieder des Kirchenvorstandes, sogar zu Brandstiftungen, Einwerfen von Fenstern usw., bis schließlich ein größeres Gendarmeriekommando dauernd ins Dorf verlegt wurde, um die erregte Bevölkerung in Schach zu halten. Dennoch kam es, als der Kölner Weihbischof Müller zur Firmung nach B. kam, zu lebhaften Skandalszenen. Man begrüßte ihn mit Pfeifen und Johlen und beugte sich nicht zum üblichen Segensempfang, und nur 23 Personen folgten ihm in die Kirche, in der von 500 Firmlingen nur etwa 30 erschienen waren. — In der Nacht vom Sonntag zum Montag haben sich recht bedenkliche Vorfälle ereignet. Aus dem Hinterholt wurde auf einen Gendarmen und einen Polizeisergeanten scharf geschossen. Während der Gendarm unversetzt blieb, wurde der Sergeant in die Brust geschossen und schwer verletzt. Die angestellten Ermittelungen nach dem Täter blieben erfolglos. Die klerikale Presse schweigt sich seltsamerweise über alle diese Vorkommnisse vollständig aus.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140625/9 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

5 große Lebensmittel-Tage

Soweit Vorrat — Donnerstag den 25. bis Dienstag den 30. Juni

Feinste tafelfertige Fleisch-Konserven nur 5 Min. erwärmen.

für Touristen und Sommerfrischler unentbehrlich.

		½ Ltr.	¼ Ltr.
Irish-Stew	Dose	70 ₰	—
Grüne Bohnen mit Hammelfleisch	„	70 ₰	—
Möhren mit Rindfl.	„	70 ₰	—
Bohnen m. Schweinefl.	„	70 ₰	—
Nudeln m. Rindfleisch	„	70 ₰	—
Nudeln m. Hühnerfl.	„	1.00	—
Frikasee v. Kalbfleisch	„	1.25	70 ₰
Frikassee von Huhn	„	1.65	95 ₰
Ungarischer Gulasch	„	1.2›	70 ₰

		½ Ltr.	¼ Ltr.
Rindsroulade	Dose	1.50	90 ₰
Hühnersuppe	„	85 ₰	58 ₰
Ochsenschwanzsuppe	„	70 ₰	45 ₰
Krebssuppe	„	70 ₰	45 ₰
Mockturtlesuppe	„	70 ₰	45 ₰
Tomatensuppe m. Reis	„	55 ₰	—
Erbsensuppe mit Schweinsohren	„	55 ₰	—
Kartoffelsuppe	„	50 ₰	—
Bouillon mit Nudeln	„	50 ₰	—

Konserven-Restbestände:

Erbsen

	2 Pfd.	1 Pfd.
Junge Erbsen, fein	90 ₰	53 ₰
Junge Erbsen, fein, B	74 ₰	44 ₰
Junge Erbsen, mittel	58 ₰	34 ₰
Junge Erbsen	45 ₰	28 ₰
Gemüse-Erbsen	39 ₰	24 ₰

Bohnen

	5 Pfd.	4 Pfd.	2 Pfd.	1 Pfd.
Brechbohnen	78 ₰	64 ₰	32 ₰	22 ₰
Schnittbohnen			35 ₰	—
Brechbohnen, feinste			45 ₰	28 ₰
Puffbohnen			—	38 ₰
Spinat, sandfrei			45 ₰	28 ₰
Kohlrabi, in grün			34 ₰	22 ₰

Früchte

		2 Pfd.	1 Pfd.
Ananas in Scheiben	55 ₰	1.80	95 ₰
Aprikosen, ½ Frucht		1.25	80 ₰
Erdbeeren		95 ₰	—
Gemischte Früchte, feinste		1.15	65 ₰
Gemischte Früchte, feine		88 ₰	—
Reineclauden		88 ₰	50 ₰
Tomatenpuré	20 ₰, 30 ₰	78 ₰	44 ₰

Wurstwaren

ff. Mettwurst . 1 Pfd. **95** ₰
ff. Blutwurst . 1 Pfd. **95** ₰
ff. Salamiwurst 1 Pfd. **1.38**
Zervelatwurst 1 Pfd. **1.38**
ff. Knackwurst 1 Pfd. **1.38**

Rippenspeer . 1 Pfd. **1.20**
Rauchfleisch . 1 Pfd. **78** ₰
Prima Landspeck . 1 Pfd. **65** ₰
ff. Schweineschmalz 1 Pfd. **69** ₰

1 Dose **Halberstädter 95** ₰
ff. Teewurst . 1 Pfd. **1.30**

5-Pfund-Eimer **Marmelade 95** ₰

Butter 1.16 Pfund 1.28, 1.20,

Kolonialwaren

5 Pfd. **Zucker** . . . **95** ₰
Kaffee . . Pfd. 1.25, **95** ₰
1 Pfd. **Kakao,** rote Dose **95** ₰
5 Pfd. **ff. Mehl** . . . **92** ₰
6 Pfd. **schöner Reis** . **95** ₰
5 Pfd. **schöne Linsen 95** ₰
1½ Pfd. **Kakao** . . **95** ₰
3 Pfd. **ff. Nudeln** . . **95** ₰
3 Pfd. **ff. Makkaroni 95** ₰
20 **Pudding,** sortiert **95** ₰
50 **Bouillon** □ . . . **95** ₰
4 Dosen **Tee** . . . **95** ₰

Frische **Salat-Gurken** Stück von **12** ₰ an

Erdbeeren täglich frisch, Pfd. **28** ₰

Konserven

3 Dos. **Brechbohnen 95** ₰
1 D. **Erdbeeren** 2 Pfd. **95** ₰
2 Dos. **Bratheringe** . **95** ₰
2 Dos. **Bismarckheringe** . **95** ₰
3 Dos. **Geleeheringe 95** ₰
1 Dose **Oelsardinen** . **95** ₰
2 Dosen **Oelsardinen 95** ₰
¼ Glas **Russ. Salat** . **95** ₰
2 Glas **Sardellen** . . **95** ₰
3 Dos. **Lachsbutter** . **95** ₰
2 Tuben **Anchovis-Paste 95** ₰
Räucher-Aale, Stück **95** ₰

Drei-Pfund-Eimer **Aprikosen-Marmelade 95** ₰

ff. Limburger Käse . Pfd. **35** ₰
ff. Kümmelkäse . . Stück **20** ₰
ff. Tilsiter Käse . . Pfd. **78** ₰

Bananen, prachtvolle reife . . . . . Pfund (5—8 Stück) **25** ₰

Konfitüren und Marmeladen, Fabrikate der Edelobst-Siederei Berlin. Sämtliche Fruchtsorten ausgewogen . . . Pfund von **30** ₰ an

Himbeersaft Zitronensaft in bekannt vorzüglicher Qual. ½ Champagner-Flasche **95** ₰

Zitronen best. dünnschal., vollsaft. Früchte 10 Stück 48, **38** ₰

[A 48

Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität

Mitgliedschaft Höckendorf

Sonntag den 28. Juni im **Gasthof Höckendorf**

Sommer-Fest

Eintritt frei. Anfang 3 Uhr.

Hierzu ladet freundlichst ein [K 334] **Das Komitee.**

Restaurant Volksbad

Annenstraße [B910

hält sich zur Einkehr bestens empfohlen. Nur erstkl. gut gepflegte Biere **Gustav Wagler und Frau.**

Fisch-Götze

Sachsentag: 4., 5. u. 6. Juli.

Perfekter Schieferdecker

sofort gesucht. [B1057

Dresdner Dachschäden Rep.-Ges., Elisenstraße 68.

Zur Mitnahme ein. f. prakt. l. verkäufl. Gebrauchsartikels v. jederm. notw. gebr. (patent. Neuh.) werden **tüchtige Hausierer** ges. Hoher Verdienst. Offert. unter E. Siegert, Falkenstr. 18, 3. erbet.

Waffel-Bäckerin wird angenommen bei **Tränkner,** Deubener Straße.

Schöne Wohnung

2 Stuben, Kammer, Küche u. Zubehör zu vermieten. 1. Okt. beziehbar. Näheres bei **A. Haupt, Schmiedeberg 7 D.** [K 101

Baugewerks-Zimmerei

altershalber sofort zu verk. Werkzeug mit Holzvorrat 1500 Mark, eventl. billiger. Langj. Kundsch. Off. unter **M. K.** Exp. d. Bl. erb.

Wir empfehlen:

Ich suche meine Mutter

Preis 60 Pf.

Volksbuchhandlung.

Zum Jahrmarkt

Große Auswahl in **Herrschaftl. wenig getrag. Kleidern**

Anzüge von **8—35** M.

Ueberzieher von **5—25** M.

einzelne Hosen, Jacketts u. Schuhe sehr preiswert.

Kunden von ausw. Fahrt vergütet. Bei Einkauf von 10 M. eine Feile gratis.

Große Brüdergasse 11, I.

Eingang Quergasse.

Jahrmarktssonntag geöffnet.

Farben, Lacke, Pinsel, Schablonen, Liköre, Weine, Kolonialw., Zigarren. Da Fachmann (Maler) Farb. streichfert. bei **Kost, Deuben,** Brückenstr. 23.

August Kadens

Zigarrenfabrik

Inh.: H. verw. Kaden

Gohlis bei Dresden

empfiehlt als **äußerst preiswerte milde 6-Pf.-Zigarre:**

Regalia.

Desgleichen **Kadens**

El Gusto
Hermanas
Goldelse
Nini
Odaliska
Irma usw.

in der Preislage von 5—10 Pf. mittel und kräftig.

Obige Sorten sind zu haben in den Verkaufsstellen der **Konsumvereine Dresden, Plauen, Kötzschenbroda** und im **Dresdner Volkshaus.**

Sie kommen per Beene, per Auto heran,
Und essen und trinken beim Lied:
Denn jeden **Freitag** ist **Schlachtfest** dort,
Wo man nur das Beste noch kriegt. [K 332

Es laden ein **Schneiderlieb und Frau, Wettinerplatz 4.**

Rehbock-Schänke, Gittersee

Herrlicher Ausflugsort!

Mit der Semmeringbahn und Straßenbahn Linien 1, 15, 22. [K 267

Kino Briesnitz.

Heute Donnerstag und Freitag: **Das Todesgeläute.** Kolor. Drama in 3 Akten. **Nauckes Stock.** Zum Totlachen! Sonnabend und Sonntag: **Der Makel ihrer Vergangenheit.** Drama in 2 Akten. **Die Ehre des Indianers.** Drama. **Fräulein Doktor.** [K 175

Achtung! Halt!

Spezialgeschäft für Fleischkonserven

Maternistraße 19 Kleines Kaufhaus

Donnerstag, Freitag und Sonnabend:

Frisches und Pökelfleisch, Kamm 85—90 Pf., **Blatt** 85 Pf., **Bauch** 70 Pf., **diverse Fleischwaren preiswert, Kalbfleisch** Pfund 80—85 Pf. **Dosenfleisch:** ½ Sülze 40 Pf., ½ Repf 40 Pf., ½ Schweinebauch 50 Pf., 3 Dosen 1.30 M. **ff. Speck** Pfd. 75—85 Pf. **Wurstwaren:** Salami 1.40, Zervelat 1.40, Bratwurst 1.20, Mettwurst, hart 1.10, weiche Bratwurst Pfd. 80 Pf., Mettwurst 80 Pf., Blutwurst 80 Pf., Leberwurst 70 Pf.

Alle Bestellungen werden prompt ausgeführt.

B 1055] Hochachtend **Ernst Halm.**

Vereine

kaufen ihre

Lotteriegewinne u. sämtl. Artikel

sehr vorteilhaft im [B 1041

Kaufhaus Steinhart

Wittenberger Str. 28 (Ecke Tittmannstraße)

Tharandt und Umg.

Bestellungen auf die **Dresdner Volkszeitung,** sämtliche **Parteiliteratur, Inseraten- und Druckaufträge** nimmt jederzeit entgegen **Paul Fiedler, Freiberger Straße 116.**

Kleine Anzeigen

Hosen-Glitzner ist bekannt **Rosen-, Ecke Ammonstr. 66**

Gold'ne, silberne Ketten u. Ringe
Allerhand charmante Dinge,
Die billigsten und schönsten Uhren
Und auch die solidesten Reparaturen
Erhält man auf der **Frauenstraße**
Bei **Lorenz,** Ecke Schössergasse.
Darum, liebes Publikum [L 1395
Schau dich nicht erst lange um,
Geh' bei **Lorenz** kaufe ein
Es wird nicht dein Schaden sein!

Seifennäpfe

Schwammhalter, Kopfbrausen Gummischwämme preiswert bei **B. Hähner, Gr. Zwingerstr. 18.**

Moderne [B859

Herren- und Damen-Garderobe

neu und zum Teil wenig getragen, kaufen Sie während des Umbaus am **vorteilhaftesten** nur im **I. Dresdner Spezial-Kleider-Magazin**

Töpferstr. 1/3, I. Et.

Kinderwagen, Reisebettstellen, Klappsportwagen, Kinderstühle bill. zu verkaufen **Liliengasse 8, part.**

+ Billig! Dauerwäsche +

Menstruationspulver 2.50 M.

Hyg. Versandhaus

Rosenstr. 9. Nähe Freiberger Platz.

Sofas in all. Preislagen empf. solid u. billig **Rößler,** Schäferstr. 22 [K 331

Teilzahlung gestattet.

Wanzen

werden **erfolgreich bekämpft** und **vernichtet** durch

türkische Wanzenpasta.

Büchse **0.50** und **1.00** M.

Zu haben bei

C. G. Klepperbein, Dresden-A.

Frauenstraße 9.

Ca. 500 Paar Hosen auch einzeln, sehr billig zu verkaufen **Flemmingstr. 5, 1. lks.**

Spülapparate

mit **2 Kanälen** von 1.75 M. an, **Spülkannen, Leibbind.,** Menstruationspulver, Vorfallbind. u. hygien.

FrauenArtikel

Auskunft gratis. Auf Verl. 10 Proz. Rabatt

Frau Heusinger

●●● **37 Am See 37** ●●●

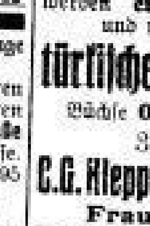
Erster Laden vom Dippoldiswaldaer Platz.

[redacted] Genau auf **Namen** und **Hausnummer** achten. [redacted]

Klapp-Sportwagen, 9 M. noch neu, zu verk. Oppelstr. 19, 1.

Einige **moderne gute Anzüge** sind preiswert zu verkaufen **Flemmingstr. 5, 1. lks.**

Zu vermieten Stube, **Kammer** und Küche in **Gauernitz** Nr. 18 [B 1055



Kleiderschränke

in allen Größen und Preislagen von **24.00 M.** an

Tränkners Möbelhaus

Görlitzer Str. 21/23.

Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks-Zeitung!

Deutscher Gewerkschaftskongreß.

München, 24. Juni 1914.

3. Verhandlungstag.

(Telegraphischer Bericht.)

Legien setzt sein gestern nachmittag begonnenes Referat über die Vorlage betr. das

Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands

fort. Er bespricht zunächst die zur Regelung von Grenzstreitigkeiten vorgeschlagenen Bestimmungen und bemerkt: Wir haben bereits durch die Hamburger Resolution einen Weg zur Regelung der Grenzstreitigkeiten zu beschreiten gesucht, aber die Versuche, die Grenzstreitigkeiten durch Resolutionen allgemein beizulegen, haben keinen wollen Erfolg gehabt. Es ist vielfach nur bei einem äußerlichen Ausgleich geblieben, ohne daß das innere Band um die betreffenden Organisationen geknüpft worden wäre. In manchen Fällen ist aber überhaupt kein Ausgleich möglich gewesen, weil die Organisationen dabei blieben, auf bestimmte Arbeiterkategorien nicht zu verzichten, unter denen sie bis dahin agitiert und die sie organisiert hatten. Die Konferenz der Vorstände hat hieraus das Bedürfnis nach einer entscheidenden Instanz empfunden. Diese Instanz sollte zunächst die Generalkommission sein, aber dann wäre die Kommission statt ein Bindeglied unter den Verbänden zu sein, ein Streitobjekt unserer Organisationen geworden. Es wird Ihnen deshalb der Vorschlag unterbreitet, zur Entscheidung über Grenzstreitigkeiten, bei denen auch die Vermittelung der Generalkommission nicht zum Abschluß von Kartellverträgen geführt hat, um die Organisationsdifferenzen beizulegen ein Schiedsgericht einzusetzen, das aus je drei von den Vorständen der beteiligten Gewerkschaften zu wählenden Gewerkschaftsvertretern und einem Vorsitzenden besteht, den die Schiedsrichter zu wählen haben. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen den im Streit befindlichen Gewerkschaften nicht angehören. Die Entscheidung des Schiedsgerichts ist endgültig und bindend. Also die Generalkommission hat selbst darauf verzichtet, den Vorsitzenden oder die Schiedsrichter zu bestellen, sie soll ganz ausscheiden. Nun wird man ja sagen, daß die erste Erfahrung mit einem solchen Schiedsgericht nichts Gutes für die Zukunft verspricht. Das in dem Streit zwischen Transportarbeiter- und Brauereiarbeiter-Verband eingesetzte Schiedsgericht hat zweifellos nach bestem Wissen und Gewissen entschieden, es ist aber in einer Weise angegriffen worden, daß man sich sagen muß, wenn das auch in Zukunft geschieht, so wäre zu befürchten, daß sich schließlich niemand mehr als Schiedsrichter findet. Es wird aber doch nicht immer so kommen, wie in diesem Falle. Es braucht ja nicht jeder Verband so zu handeln, wie das hier geschehen ist. (Heiterkeit.) Bisher galt es in unserer ganzen Organisation als Grundsatz, die Entscheidung der selbst eingesetzten Instanzen unbedingt anzuerkennen, auch wenn sich der eine oder andere Teil benachteiligt fühlt. (Sehr richtig!) An diesem Grundsatz darf doch nicht gerüttelt werden. (Zustimmung.) Die Generalversammlung der Transportarbeiter hat eine Erklärung angenommen, die diesem Kongreß nicht einmal unterbreitet wurde. Da können Sie sich den Inhalt also denken. (Heiterkeit.) Im übrigen will ich auf den ganzen Fall nicht eingehen. Es ist inzwischen ein Antrag K. 24 eingegangen, wonach dem ersten Satz der Vorlage hinzugefügt werden soll, daß die gelernten Arbeiter in die für sie zuständigen Industrieverbände der ungelernten Arbeiter überwiesen werden sollen. Dieser Antrag will die Betriebsorganisation durchführen. Es ist aber doch ein Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern zu machen. Die ungelernten Arbeiter können ihren Beruf wechseln, ohne schließlich auch ihre Organisationszugehörigkeit wechseln zu müssen. (Oho-Rufe). Wenn aber der gelernte Arbeiter, also jemand, der sich in einer regelrechten Lehrzeit oder durch langjährige Uebung bestimmte Handgriffe und Kenntnisse angeeignet hat, aus seinem Betrieb ausscheidet, dann wird er, falls er überhaupt Arbeit findet, immer dieselbe Berufsarbeit verrichten und daher in seiner Berufsorganisation bleiben. Davon haben sich aber auch Abweichungen ergeben, so zum Beispiel hat der Metallarbeiterverband zugestanden, daß die für die Lohnkämpfe der Tabakarbeiter äußerst wichtigen Arbeiter an Zigarettenmaschinen vom Metallarbeiterverband zum Tabakarbeiterverband übergehen können. Was der Antrag also will, soll ja, wo dies möglich ist, herbeigeführt werden. (Zurufe.) Aber beißt Euch doch nicht fest, daran muß ja jeder Einigungsversuch scheitern. Wir werden bestrebt sein, nach dieser Richtung zu arbeiten. Wollt Ihr Euren Antrag nicht zurückziehen? (Rufe: Nein! nein!) Na gut, dann laßt ihn ablehnen. (Heiterkeit.) Aber der Sache ist es dienlicher, wenn es nicht erst zu einer Entscheidung darüber kommt. Man muß nur versuchen, was der Organisation am besten dient. Ein weiterer Antrag K. 22 will eine Revisionsinstanz für die Schiedsgerichte schaffen. Die Konferenz der Vorstände hat dies bereits abgelehnt, weil sich schwerlich Schiedsrichter finden werden, wenn sie wissen, daß ihre nach bestem Wissen und Gewissen gefällte Entscheidung von einer Instanz umgeworfen werden kann. Man weist auf die Revisionsinstanzen in der bürgerlichen Gerichtsbarkeit hin. Dieser Vergleich trifft doch nicht zu, denn die Schiedsrichter werden doch unsere Leute sein, von uns bestellt, die auch etwas verstehen von der Sache und ihr nicht weltfremd gegenüberstehen. Ein Antrag K. 23 wünscht eine Erklärung des Kongresses, daß die Schiedsgerichte die von den Gewerkschaftskongressen festgelegten organisatorischen Grundsätze zu beachten und zu befolgen haben. Es wird ja dem Schiedsgericht in dem Streit der Brauer und Transportarbeiter vorgeworfen, die Hamburger Resolution verletzt zu haben, weil nach dieser Resolution eine Arbeiterkategorie eines bestimmten Gewerbes der Organisation eines anderen Gewerbes nicht zugesprochen werden darf. Ich habe schon auf der Generalversammlung des Transportarbeiterverbandes erklärt, daß Abweichungen von dieser Regel nur stattfinden nach vorheriger Vereinbarung zwischen den beiderseitigen Organisationen. Dadurch, daß der Hamburger Kongreß in die Resolution eine solche Bestimmung hineinbrachte, hat er selbst zum Ausdruck gebracht, daß diese Resolution kein Dogma für alle Zeiten sein kann und daß Abweichungen davon zulässig sind, soweit sie zweckmäßig für die Sache der Organisation sind. Nun haben sich die beteiligten Transport- und Brauereiarbeiter seitens ihrer Organisationen zwar vorher nicht verständigt, aber sie haben ein Schiedsgericht zur Entscheidung angerufen. Die Hamburger Resolution ist keinesfalls verletzt, denn an Stelle der Verbandsinstanzen trat ein Schiedsgericht. Der Grundgedanke in Hamburg war, daß Abweichungen eintreten können, und deshalb brauchte man eben das Schiedsgericht. Unsere Organisation entwickelt sich nicht immer gleich, denn sie ist doch auch abhängig von der industriellen Entwickelung, die auch Abweichungen von früher entwickelten Grundsätzen nötig machen kann. Um über solche Abweichungen Entscheidung treffen zu können, wollen wir eben die neue Instanz schaffen. Wäre es möglich, alles in Resolutionen vorher zu regeln, so brauchten wir keine Schiedsgerichte. Das Schiedsgericht glaubte sich für diesen Fall berechtigt, eine tatsächliche und gewerkschaftlich nicht zu dem betreffenden Verband gehörende Arbeiterkategorie ihm zuzusprechen, und zwar aus Zweckmäßigkeitsgründen, um die Aktionskraft des Verbandes zu heben. Nun werden die Transportarbeiter sagen, dann können ja auch die anderen Organisationen kommen und die Ueberweisung der in ihrem Beruf beschäftigten Transportarbeiter zu verlangen. Ich glaube von vornherein erklären zu können, daß dieser Schiedsspruch ausschließlich und nur für den einen Differenzfall maßgebend ist. (Zustimmung.) Keine Organisation kann aus einem früher in einem bestimmten Falle ergangenen Schiedsspruch Folgerungen für die Zukunft oder für andere Fälle ziehen. (Erneute Zustimmung.) Ich bitte Sie deshalb, die Vorlage anzunehmen. (Beifall.)

In der

Frage der Grenzstreitigkeiten

liegt eine große Anzahl Anträge vor, von denen die meisten unterstützt werden. Zur Erörterung stehen: Ein Antrag (K. 2) des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, welcher wünscht, daß in den die Grenzstreitigkeiten behandelnden Abschnitt des Regulativs die Betriebsorganisation aufgenommen wird. — Die Anträge K. 3 und 4, von zwei Zahlstellen des Fabrikarbeiterverbandes gestellt, wollen, daß die Betriebsorganisation die Grundlage der Industrieverbände bildet. — Antrag K. 8 (Metallarbeiterverband, Verwaltung Dresden) nimmt Bezug darauf, daß die in Mittel- und Großbetrieben beschäftigten Metallarbeiter verschiedenen Organisationen angehören, deshalb soll der Kongreß veranlassen, daß die betreffenden Organisationen die ihnen angehörenden Metallarbeiter dem Metallarbeiterverband überweisen. — Antrag K. 12 (Metallarbeiterverband, Verwaltung Kiel) verlangt, daß nur die der Zentralwerftkommission angeschlossenen Gewerkschaften für die Seeschiffswerften zuständig sind. — Antrag K. 14 (Buchbinderverbandsvorstand) wünscht eine einheitliche Regelung der Uebertrittsbedingungen und der Karenzzeiten im Unterstützungswesen. — Antrag K. 15 (Bauarbeiterverband, Zweigverein Augsburg) will, daß die Vorstände der Transport-, Fabrik-, Brauerei- und Holzarbeiter angewiesen werden, ihre Zweigvereine zur Durchführung der mit dem Bauarbeiterverband abgeschlossenen Kartellverträge anzuhalten. — Nach Antrag K. 18 (Metallarbeiterverband, Verw. Breslau) soll für die in Eisen-, Metall- und Zinngießereien beschäftigten Former, Kernmacher, Putzer und Gießereihilfsarbeiter der Metallarbeiterverband zuständig sein. — Antrag K. 19 (Metallarbeiterverband, Verw. Breslau) nimmt alle in der Metall- und Maschinenindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter und -Arbeiterinnen für den Metallarbeiterverband in Anspruch. — Antrag K. 20 (Steinarbeiterverband, Zahlstelle Beuthe) will verhindert wissen, daß der Fabrikarbeiterverband unter den Arbeitern der Steinbruchbetriebe agitiert und sie als Mitglieder aufnimmt.

Die Diskussion.

Mützel-Rostock (Bauarbeiter): Den Bestimmungen des Regulativs über die Grenzstreitigkeiten stehe ich, soweit ihre Wirkungen in Betracht kommen, skeptisch gegenüber. 1908 haben wir in Hamburg ähnliches beschlossen, aber niemals ist ein Erfolg eingetreten. Der Deutsche Bauarbeiterverband nimmt die ungelernten Arbeiter auf, aber ein großer Teil von ihnen gehört anderen Verbänden an. Trotz unserer Hinweise haben sich diese Verbände dahinter verkrochen, es stehe zwar in dem Hamburger Beschluß, daß sie die Hilfsarbeiter an uns abzugeben hätten, aber Zwangsmaßregeln seien nicht festgelegt. Ueber den Uebertritt hat unsere Zentralleitung mit den Verbänden der Fabrik-, Transport- und Holzarbeiter Kartellverträge abgeschlossen. Da ist festgelegt, daß der Uebertritt zur Berufsorganisation zu erfolgen hat, wenn der Arbeiter mindestens sechs Wochen in dem Betriebe des Berufes tätig ist. Die Fabrikarbeiter und Transportarbeiter sind dieser Bestimmung jedoch nicht nachgekommen. (Unruhe und Widerspruch.) Wenn nicht bestimmt wird, daß die Beiträge nicht weiter einkassiert werden dürfen nach den sechs Wochen, dann nutzt alles nichts. Auch der Metallarbeiterverband kommt für uns in Frage. Er und der Verband der Gemeindearbeiter versuchen, wo es nur irgend geht, Leute, die für unsere Organisation in Frage kommen, für sich einzuheimsen. Legien hat gemeint, daß die Grenzstreitigkeiten sich besser erledigen würden, wenn die leitenden Männer friedlich zusammenwirken wollten. Das ist ja sehr nett gesagt; ich habe es auch versucht, aber mit dem Fabrikarbeiterverband war ein gemeinsames Wirken unmöglich. (Hört! hört!) Dagegen haben wir uns mit dem Brauereiarbeiterverband sehr gut verständigen können.

Döring-Berlin (Transportarbeiter): Ich könnte eine ganze Reihe von Fällen anführen, wo der Bauarbeiterverband die Bedingungen des Kartellvertrages nicht eingehalten hat. (Widerspruch der Bauarbeiter.) Der Bauarbeiterverband hat niemals Beschwerde bei uns erhoben, das hätte er tun sollen, statt hiermit vor die Oeffentlichkeit des Gewerkschaftskongresses zu treten. Es ist ja ganz natürlich, daß in den Zeiten wirtschaftlicher Depression die Arbeiter in anderen Berufen unterzukommen suchen, wenn sie in ihrem keine Beschäftigung mehr finden. So sind auch in unserem Berufe tausende von früheren Bauarbeitern. Der Redner begründet den Antrag 22, der eine Berufungsinstanz für die vorgesehenen Schiedsgerichte verlangt. Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Schiedsgerichte; aber das erste Schiedsgericht, das in Tätigkeit getreten ist, hat durch seine Entscheidung den Beweis für die Notwendigkeit einer Berufungsinstanz erbracht. Schiedsrichter können wir genug finden, da teile ich die Befürchtungen Legiens durchaus nicht; aber ich hoffe, die Tatsache des Bestehens einer Berufungsinstanz wird von heilsamer Wirkung auf die Schiedsrichter sein, so daß sie mit größerer Sorgfalt an die Erledigung der Streitfälle herangehen. Ich werfe dem Schiedsgericht in unserer Sache nicht vor, daß es wider besseres Wissen oder grob fahrlässig gehandelt hätte, aber es hat seinen Spruch gefällt unter Verkennung der wahren Sachlage, nur um den Brauerverband aktionsfähiger zu machen. Legien hat freilich gemeint, so ein Schiedsspruch sei in sich abgegrenzt, und es dürften aus ihm keine Schlußfolgerungen für spätere Fälle gezogen werden; aber dann werden wir einen ganzen Haufen sich widersprechender Schiedssprüche bekommen. (Zustimmung.) Wo ist es je in der Gewerkschaftsbewegung vorgekommen, daß die Zuständigkeit zu einer Organisation von dem Willen des Inhabers eines Betriebes abhängig gemacht wird. Das Schiedsgericht hat den Grundsatz aufgestellt, daß Arbeiter in Bierniederlagen, die im Privatbesitz sind, dem Transportarbeiter-Verband anzugehören haben; verkauft aber der Privatbesitzer seine Bierniederlage an eine Brauerei, so werden die Arbeiter gewissermaßen mit verkauft und müssen zum Brauerverband übergeschrieben werden.

Schneider-Hannover (Fabrikarbeiter): Gerade der Bauarbeiterverband hat bei den Grenzstreitigkeiten von der Selbsthilfe in einem Umfang und in einer Form Gebrauch gemacht, daß er am allerwenigsten Anlaß hat, seine Klagen vor dieses Forum zu schleppen. Der Redner begründet den Antrag K. 24, der die Zuführung der gelernten Arbeiterinnen zu den zuständigen Verbänden der ungelernten Arbeiter verlangt. Bis zu den Ausführungen Legiens habe ich geglaubt, unser Antrag sei nur die folgerichtige Ergänzung, ja eigentlich nur eine Erläuterung des Regulativs. Jetzt habe ich erfahren, daß er eine fast unmögliche Aenderung vorstellen soll. Die Konzentration der Gütererzeugung, die Entwicklung der Unternehmerverbände, die Fortschritte der Technik verwischen die Grenzen zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern. Das gibt Legien zu, und er ist damit einverstanden, daß in den meisten Fällen die Ungelernten zu den Gelernten gehören sollen in der Organisation. Aber das ist eine Halbheit, denn genau dasselbe trifft auch auf die Industriezweige zu, die zu uns gehören. In diesen müssen die gelernten Arbeiter den Organisationen der ungelernten zugeführt werden. Legien behauptet, unser Zusatzantrag formuliere ein neues Organisationsprinzip. In Anwendung ist es längst schon. Längst schon grenzen sich die Organisationen ab nicht nach der Lehre im Beruf, sondern nach dem Arbeitsort. Ein Industrieverband auf beruflicher Grundlage ist ein Widerspruch in sich. Nun wird eingewandt, daß die Stellung der gelernten Arbeiter in diesen Betrieben eine andere als die der ungelernten sei. Ich verstehe den Unterschied nicht. Die Schlosser, die Apparate einer chemischen Fabrik instand halten müssen, die Maurer, die die Kammer dort zu öffnen und zu schließen haben, sind Produktionsarbeiter. In einer großen chemischen Fabrik sind 2067 ungelernte Arbeiter und 1523 Handwerker vorhanden, die reine Betriebsarbeiter sind, aber diese Handwerker sind die Knotenpunkte des Produktionsprozesses. Außerhalb unserer Organisation können sie ihre Forderungen schwer durchsetzen und ohne sie sind wir einflußlos. Gegenwärtig verweigern aber die Verbände uns die Zuführung der gelernten Arbeiter. Es wird darauf hingewiesen, daß die gelernten Arbeiter bei einem Wechsel der Stellung dann immer wieder in andere Organisationen verwiesen werden müßten. Diesen Grund, den Robert Schmidt in den „Monatsheften" geltend macht, kann ich nicht anerkennen. Die Ueberweisung ist doch eine rein verwaltungstechnische Aufgabe und kann für die Form unserer Organisation nicht entscheidend sein. Der Wechsel in der Organisation mag dem einzelnen persönlich unangenehm sein, aber das ist kein Grund, um unsere Gewerkschaften den Forderungen des Wirtschaftslebens nicht anzupassen. Wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie das Regulativ überhaupt ablehnen. Dann müssen wir zurück zur reinen Berufsorganisation. Legien behauptet, die Ungelernten wechselten nicht mit der Organisation, aber das stimmt nicht. Sind sie in einer chemischen Fabrik, so gehören sie zu uns, in einer Kartonnagenfabrik gehören sie zu den Buchbindern, in einer Holzwarenfabrik zum Holzarbeiterverband. So hat z. B. ein Mitglied in unserer Organisation 10mal die Arbeit und 9mal die Organisation wechseln müssen. In den letzten Jahren mehren sich die Stimmen für die Betriebsorganisation. Wir bezwecken durchaus nicht, die Gewerkschaftsorganisation von heute auf morgen in Betriebsorganisationen umzuändern. Wo die Berufsorganisationen genügen, werden sie auch in Zukunft neben den Industrieverbänden bestehen, aber man sollte neuen Formen nicht den Weg versperren, sondern gleiches Recht für gelernte und ungelernte Arbeiter schaffen. — Führt die Entwicklung nicht zur Betriebsorganisation, so werden wir sie mit unserem Antrag nicht machen, aber vom Standpunkt des Rechts und der Logik muß er angenommen werden. (Lebhafter Beifall.)

Deckmann-Berlin (Gemeindearbeiter): Die Vorständekonferenz hat sich die Tragweite ihres Beschlusses nicht überlegt, als sie in das Regulativ hineinschrieb: „Für die in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten beruflichen Arbeiter, für die eine Berufsorganisation besteht, ist ihre Berufsorganisation zuständig." Damit würden wir Gemeindearbeiter gezwungen sein, alle die Arbeitergruppen, die für den Gemeindebetrieb in Betracht kommen, an die anderen Organisationen abzugeben, und dann würde von unserer Organisation nichts mehr übrig bleiben. Ihre kläglichen Reste würden nicht mehr ausreichen. Die Gemeindearbeiter können zu keiner anderen Form als zu der Industrieorganisation kommen, denn die Gemeindebetriebe sind Monopolbetriebe. Der öffentlich rechtliche Charakter der Gemeinden auch im Arbeitsverhältnis, ihre besonderen Lohnsätzen und Lokalzulagen für die Arbeiter mit bestimmten Zulagen usw. macht die Arbeiter beamtenähnlich. Ohne Betriebsorganisation ist ein einheitliches Handeln den Gemeinden gegenüber nicht möglich. Auch haben die Gemeindearbeiter viel mehr Berührungspunkte miteinander, als mit Arbeitern der Privatindustrie. Man hat den Tabakarbeitern zugestanden, daß die in ihrem Berufe vereinzelt beschäftigten Metallarbeiter ihrem Verbande angehören sollen, um ihn zu kräftigen. Der Schiedsspruch ist ergangen zugunsten der Brauereiarbeiter, weil die Lebensinteressen einer Organisation in Frage standen. Heben Sie das Ausnahmerecht, das der Absatz 6 des Regulativs gegen die Gemeindearbeiter schafft, auf. Sie würden damit nur unsere gegnerischen Organisationen zu lachenden Dritten machen. Sie würden damit nur die Stellung der Arbeitgeber stärken, die sich gegen Verbesserungen für die Gemeindearbeiter sträuben, weil sie diese dann auch den Arbeitern in der Privatindustrie gewähren müssen. (Beifall bei den Gemeindearbeitern.)

Schumann-Berlin (Transportarbeiter): Die von Legien erwähnte Streitfrage dreht sich darum, ob die organisatorische Zweckmäßigkeit nur auf Kosten des einen Teils durchgeführt werden darf. Legien sagt in seinem Geschäftsbericht, wenn jemand Unrecht erleidet, so dürfe er nicht gleich aufbegehren, sondern müsse es tragen. So wird es nicht gehen, denn schließlich müssen wir alle bestrebt sein, bei solchen Differenzen den Mittelweg zu finden, und es kann uns niemand zumuten, daß wir uns auch diesmal wieder wie so oft schon, freiwillig, ohne uns dagegen zu wehren, zum Prügelknaben herzeihen. Wir stehen auf dem gestern von Bauer so stark betonten Rechtsstandpunkte: wir verlangen nichts weiter, als daß uns gegenüber elementare Rechtsgrundsätze gelten, auf die jede andere mit uns verbundene Organisation mit Recht Anspruch erhebt. Im übrigen unterlasse ich es, etwas zu der Art zu sagen, in der Genosse Legien beliebt hat, uns bereits am ersten Kongreßtage zu behandeln. Das sind wir gewöhnt. (Zuruf: Wir auch!) Und man braucht sich wirklich nicht zu wundern, wenn heute unter den Gewerkschaften bis zum letzten Funktionär eine Animosität gegen uns bemerkbar ist, zu der wir absolut keine Veranlassung gegeben haben. (Lachen und Oho-Rufe.) Man braucht sich darüber nicht zu wundern, wenn von maßgebender erster Stelle in dieser geschmackvollen Weise uns gegenüber operiert wird, wenn wir mit derartigen Redensarten traktiert werden, die auf dem Kongreß nicht Beifall und freudiges Gelächter hätten hervorrufen sollen, sondern einen Entrüstungssturm hätten entfesseln müssen (Sehr wahr!). So handelt man nicht, wenn man an erster Stelle steht, gegenüber einer Organisation, nachdem man vorher zum Frieden geraten und versucht hat, den Friedensengel zu markieren. Aber darauf will ich nicht weiter eingehen (Heiterkeit), sondern wir werden uns unseren Vers darauf machen. Wir wissen, welche Nutzanwendung wir aus den Vorgängen speziell auf diesem Kongreß zu ziehen haben. Ich werfe da auf den Beschluß von gestern hin. (Zuruf: Was soll denn das heißen? Wollt Ihr austreten?) Ich komme nun zu dem Schiedsspruch selbst. Als seiner Zeit in der Vorständekonferenz von Leipart die Einsetzung eines Schiedsgerichts angeregt wurde, da habe ich sofort erklärt, wir würden in unserem Vorstand dafür eintreten, daß wir das Schiedsgericht anerkennen. Die andere Partei hat es nicht getan. Der hat man ziemlich zureden müssen. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, es sei endlich an der Zeit, diese Differenzen aus der Welt zu schaffen, dabei haben wir allerdings an einen solchen Schiedsspruch nicht gedacht und nicht denken können, und zwar deshalb nicht, weil wir bisher immer des Glaubens waren, daß organisatorische Grundsätze, die von Gewerkschaftskongressen aufgestellt und wiederholt unterstrichen worden sind, so unerschütterlich feststehen müssen, daß sie eine Rechtsgrundlage werden müssen, der gegenüber kein Schiedsgericht es wagen darf, ein Urteil zu fällen, das diese Rechtsgrundsätze beseitigt und über den Haufen wirft. Zur Schiedsgerichte haben wir darauf hingewiesen, daß wir es als ganz selbstverständlich betrachten, daß die Entscheidung des Schiedsgerichts nur unter Beobachtung der für die Gewerkschaften maßgebenden Grundsätze gefällt werden könne. Wir haben uns dabei gestützt auf die Resolution des Hamburger Gewerkschaftskongresses. Die Auslegung Legiens, daß durch die Anerkennung des Schiedsgerichts diejenigen Grundsätze zwischen den Beteiligten als vereinbart betrachtet werden sollten, die in der Hamburger Resolution aufgestellt sind, daß aber das Schiedsgericht berechtigt sei, hiervon abzuweichen, diese Auslegung können wir uns nicht zu eigen machen. Wir sind der Auffassung, daß das Schiedsgericht sich unbedingt nach der Hamburger Resolution hätte richten müssen. Ich für meinen Teil und unser ganzer Verbandstag mußte diesen Schiedsspruch als einen Fehlspruch bezeichnen, weil er eine Rechtsverletzung in sich birgt, wie sie bisher noch nicht vorgekommen ist. Der Schiedsspruch schafft einen Zustand der Unsicherheit, der auf die Dauer nicht zu ertragen sein dürfte. Nachdem wir überzeugt waren, daß ein Fehlspruch vorliege, haben wir es als unser gutes Recht angesehen, diesen Spruch zu kritisieren; und zwar so scharf zu kritisieren, daß eine Wiederholung für den Fall, daß die Einsetzung von Schiedsgerichten zur dauernden Einrichtung in der deutschen Gewerkschaftsbewegung wird, nicht zu befürchten ist.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140625/11 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Schiedsspruch, dem ja bisher jede Begründung fehlt — alle unsere Anregungen, die Begründung zu erhalten, waren erfolglos — ist so, daß wir überzeugt sein müssen, daß die Schiedsrichter sich ausschließlich von dem Gefühl des Mitleids gegenüber der anderen Organisation haben leiten lassen, die infolge der technischen Entwicklung eventuell im Laufe der Jahre zur Aktionsunfähigkeit verurteilt werden würde. Legien hat das in gewissem Sinne bestätigt, indem er erklärte: zweifellos haben sich die Schiedsrichter von dieser Annahme leiten lassen, nur so ist der Schiedsspruch überhaupt zu begreifen.

Wenn wir erst dahin kommen sollten, so zu verfahren und ein Gebilde wie den Brauereiarbeiterverband nur dadurch lebensfähig zu erhalten, daß man an einem anderen Verband unter Ausschaltung allgemein geltender Rechtsgrundsätze eine Amputation vornimmt, dann werden wir niemals zur Ruhe und zu der Stetigkeit in unserer Organisation kommen, die wir unbedingt haben müssen. Sonst wird gefragt, ob irgend eine kleine Organisation, der es genau so geht wie dem Brauereiarbeiterverband, sich einer größeren Organisation anschließen will. Hier aber befolgt man die gegenteilige Praxis und man sagt: die Transportarbeiter sind groß genug geworden, was schadet es ihnen, wenn ihnen etwa 50 000 Berufsgenossen abgesprochen werden. Um viele Tausende von Mitgliedern droht es sich aber gar nicht, sondern um die Tatsache, daß der Transportarbeiterverband in Zukunft gehindert werden soll, einen Teil seiner Berufsangehörigen organisatorisch zusammenzufassen und ihre Interessen zu vertreten. Spinnt man den Faden einmal weiter und setzt man dieses Auseinanderreißen fort, dann können sehr wohl Lebensfragen einer Organisation in Frage kommen. Es kommen ja nicht nur die Bierfahrer in den Brauereien in Betracht, sondern auch die Chauffeure, die Kraftwagenführer usw., die unter ausnahmegesetzlichen Bestimmungen stehen, deren Zusammenfassung mit den übrigen Transportarbeitern aber unbedingt notwendig ist. Und diese Gruppen will man auseinanderreißen! Es handelt sich also für uns tatsächlich um eine Lebensfrage. Nun sagt Legien, er wünsche, daß der Kongreß zum Ausdruck bringe, daß in Zukunft zu erlassende Schiedssprüche nicht etwa dazu führen dürfen, daß unsere Organisationen Nutzanwendungen für sich daraus ziehen. Er sagt, das sei unzulässig. Demgegenüber müssen wir doch betonen: Dieser Schiedsspruch wird den Weg gezeigt haben für das Vorgehen auch anderer Organisationen, und ich würde es diesen anderen Organisationen sehr verdenken, wenn sie sich das nicht zunutze machen würden. (Hört! hört!)

Nach eingehender Besprechung der Einzelheiten des Schiedsspruches fährt Schumann dann fort: Wenn man nun auch noch begreifen könnte, daß aus Gründen der Schlagfertigkeit des Brauereiarbeiterverbandes die Bierfahrer der Brauereien ihm zugewiesen werden, so ist der Spruch des Schiedsgerichts, soweit die Fahrer der Bierniederlagen in Frage kommen, unter gar keinen Umständen zu verstehen, denn die Bierniederlagen sind keine Brauereibetriebe, sondern Handelsniederlassungen. Ein solchen Zustand dürfen wir nicht einreißen lassen. Wir meinen, der Kongreß müsse zum Ausdruck bringen, daß er nicht will, daß durch Entscheidungen eines Schiedsgerichts von ihm selbst aufgestellte Grundsätze verletzt werden. Er muß weiter zum Ausdruck bringen, daß der Transportarbeiterverband genau dasselbe Recht hat wie jede andere Organisation und daß er es sich nicht gefallen zu lassen braucht, von irgendeiner Stelle vergewaltigt zu werden. Keine Stelle kann seiner Organisation die Rechte nehmen, die sie sich selber erworben hat durch jahrelange Beobachtung treuester Solidarität. Aufgabe des Kongresses ist es, jetzt zu entscheiden, ob der Grundsatz „Treue um Treue“ weiter gelten soll, ob einheitliches Recht für alle besteht oder ob die Vergewaltigung einer einzelnen Organisation zulässig sein soll. (Beifall bei den Transportarbeitern.) Wir haben die Erklärung unseres Verbandstages dem Kongreß nicht unterbreitet, weil wir meinten, daß dem Kongreß vorher ein entsprechender Antrag hätte unterbreitet werden müssen. Ich übergebe aber die Erklärung dem Bureau, das sie wohl den Delegierten übermitteln wird. (Beifall bei den Transportarbeitern.)

Mörner-Harburg (Fabrikarbeiterverband) tritt für den Antrag K. 3 ein, der den Ausbau der Gewerkschaften zu großen Industrieverbänden nach dem Grundsatz der Betriebsorganisation fordert. Früher befürchtete man, daß bei einer Betriebsorganisation die ungelernten Arbeiter die gelernten Arbeiter erdrücken würden. Jetzt aber hat sich eine Gruppe von Spezialarbeitern gebildet, die nicht gelernte Arbeiter, aber doch eingelernte Arbeiter sind, wodurch die Grenzen zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern immer mehr verwischt werden. Um so mehr Solidarität muß zwischen ihnen bestehen, zumal gegenüber der Züchtung der gelben Gewerkschaften.

Weh-Düsseldorf (Metallarbeiter) begründet den Antrag K. 11, wonach drei Monate nach Uebergang in einen anderen Beruf der Uebertritt in die zuständige Organisation unbedingt erfolgen muß.

Hartleib-Hannover (Fabrikarbeiterverband) tritt für den Antrag K. 4 ein, der sich inhaltlich ungefähr deckt mit dem Antrag K. 3. Zur Begründung der Forderung nach Betriebsorganisationen verweist der Redner auf das notwendige Zusammenwirken gelernter und ungelernter Arbeiter in allen Lohnkämpfen. Unter Hinweis auf das gegenüber der Rednertribüne hängende Bild August Bebels, dem die deutsche Arbeiterschaft über das Grab hinaus Liebe und Verehrung zollt, erinnert der Redner daran, daß Bebel wiederholt gesagt habe, man richte sich bei einer Beurteilung von Entschließungen und taktischen Maßnahmen am besten nach dem Urteil, das die Gegner der Arbeiterklasse darüber fällten. Nichts fürchten unsere Gegner mehr, als daß dieser Kongreß sich für Betriebsorganisationen und für Großindustrieverbände aussprechen würde.

Die weitere Verhandlung wird vertagt.

Vorsitzender Schlicke verliest nach dem Grundsatz, daß man Abwesenden, die auf dem Kongreß angegriffen worden sind, die Möglichkeit der Abwehr nicht versagen dürfe, eine längere Zuschrift der Redaktion der „Sozialistischen Monatshefte“ gegen die Angriffe des Delegierten Faaß vom Landarbeiterverband in der Sitzung vom 22. Juni auf einen Artikel des Genossen Dr. Artur Schulz in den „Sozialistischen Monatsheften“ über „Landarbeiterverband und Landarbeiteransiedelung“. In dieser Erklärung heißt es, daß Dr. Schulz auf einer Studienreise ist. Sobald er im Besitz des Berichts über die Rede des Delegierten Faaß sein würde, würde er auf den Inhalt dieser Angriffe eingehen. Soweit aber aus den Ausführungen des Genossen Faaß persönliche Vorwürfe gegen Dr. Schulz hergeleitet werden könnten, werden sie entschieden zurückgewiesen. Dr. Schulz, dessen eindringende Sachkenntnisse auf agrarwissenschaftlichem Gebiet wohl auf keiner Seite bestritten werde, habe immer der Organisierung der Landarbeiter sein regstes Interesse zugewendet und sie andauernd mit großer Hingabe zu fördern gesucht. Wenn er mit der Taktik des Landarbeiterverbandes nicht einverstanden sei und gegen ihn polemisiert habe, so geschah es selbstverständlich nur in der Absicht, diesem Verband einen Dienst zu erweisen. Weiter sagt die Erklärung, daß die Redaktion Verwahrung dagegen einlege, daß der Bericht des „Vorwärts“ sage, die Schulzsche Methode rieche nach der des Reichsverbandes, und daß der „Vorwärts“ diesen Angriff noch dazu durch gesperrten Satz hervorhebe. Diese Tatsache werde wohl auch von den Delegierten des Landarbeiterverbandes energisch zurückgewiesen werden.

Vorsitzender Schlicke: Tatsache ist, daß die Rede des Genossen Faaß eine derartige Redewendung enthielt, so daß nicht der „Vorwärts“ sie aus eigenem dazugegeben hat. Im übrigen haben wir beide Teile gehört; die ganze Sache geht den Kongreß überhaupt nichts weiter an und ist für uns erledigt. (Zustimmung.)

Handel und Industrie.

Verweigerung der Kartellmitgliedschaft.

Vielgestaltig wie die Organisationen des Unternehmertums sind die Formen des Unternehmerterrorismus gegen Arbeiter, Angestellte, Abnehmer und Konkurrenten. Zu den schärfsten Kampfmitteln von Kartellen, die sich auf irgendeinem Marktgebiet eine gebietende Stellung zu schaffen verstanden haben, gehört die Verweigerung der Aufnahme neuer Mitglieder. Außerhalb des Kartells stehende Unternehmer werden nicht selten durch die Ablehnung der von ihnen nachgesuchten Kartellmitgliedschaft einem geschäftlichen Ruin entgegensehen, denn derartige Maßnahmen erfolgen durch die kartellierten Konkurrenten natürlich nur, wenn sie sich bewußt sind, daß die zum Außenseitertum gezwungene Firma ihre Produktion infolge Bindung der Abnehmer durch das Kartell gar nicht oder nur unter den erdenklichsten Schwierigkeiten unterbringen können wird.

Unter welchen Umständen in der Regel Unternehmerverbände zur Verweigerung der Mitgliedschaft gegen bisherige Außenseiter schreiten, zeigt das Verhalten der Vereinigung deutscher Druckwarenfabrikanten. Diese Vereinigung schloß unlängst mit dem Verband deutscher Herrenwäschefabrikanten einen Kartellvertrag, nach dessen Bestimmungen die Mitglieder des Verbandes der Herrenwäschefabriken ihren Bedarf an Druckwaren ausschließlich von den Mitgliedern der Vereinigung deutscher Druckwarenfabrikanten kaufen dürfen. Weiterhin hat sich die Vereinigung deutscher Druckwarenfabrikanten für ihre Mitglieder zum Ausgleich verpflichtet, an Herrenwäschefabriken, die außerhalb des Verbandes deutscher Herrenwäschefabrikanten stehen, ihre Waren nur mit einem Preisaufschlag von 20 Prozent zu liefern. Da die maßgebenden Herrenwäschefabrikanten Deutschlands fast in ihrer Gesamtheit dem Verbande angehören, so sahen sich durch den Kartellvertrag die Druckwarenfabriken, die bisher außerhalb der Vereinigung deutscher Druckwarenfabrikanten geblieben waren, wohl oder übel genötigt, der Vereinigung deutscher Druckwarenfabrikanten beizutreten, wenn sie nicht mit einem Schlage von den Lieferungen an die größten Verbraucher, die zu ihren Kunden gehörten, ausgeschlossen bleiben wollten. Nun hat aber, wie dem Berliner Tageblatt mitgeteilt wird, die Vereinigung deutscher Druckwarenfabrikanten die Aufnahme eines Außenseiters, der sich bereit erklärte in die Vereinigung einzutreten und alle Bedingungen zu erfüllen, willkürlich abgelehnt.

Durch diesen Beschluß ist die in Betracht kommende Druckwarenfabrik in ihrer Geschäftstätigkeit brach gelegt, sie will nun eine Klage gegen den Verband deutscher Herrenwäschefabrikanten auf Unterlassung der Sperre anstrengen. Der Erfolg der Klage ist mehr als zweifelhaft, denn die Sperre ist nicht durch die Herrenwäschefabrikanten, sondern durch die Verweigerung der Mitgliedschaft zur Vereinigung deutscher Druckwarenfabrikanten erfolgt. Mit diesem Vorgehen folgt die Druckwarenvereinigung dem Beispiel verschiedener Konventionen in der Textilindustrie, auch Kartelle anderer Wirtschaftszweige haben in ähnlicher Weise die Strafe wirtschaftlicher Vernichtung gegen Unternehmer verhängt, die vorher aus irgendwelchen Gründen sich den betreffenden Organisationen nicht angeschlossen hatten. Diesen und anderen Terror schlimmster Art vollbringt im Lande des gleichen Rechts das Unternehmertum ungeniert, während nach seinem Willen neue Polizeierlasse und Gesetze vorbereitet werden, um der Arbeiterschaft das Recht zu nehmen, Streikbrecher zur Solidarität aufzufordern.

•

Börse.

Unter dem Einfluß der schwachen Haltung der ausländischen Börsen litten an der Berliner Mittwochbörse die Märkte für verschiedene Auslandswerte. So erfuhren russische Werte auf die erneute Abschwächung von Petersburg Kursrückgänge, matter lagen die Aktien der Kanadabahn. Gebessert waren dagegen eine Reihe von Montanaktien die Spekulation stimulierte mit dem Zustandekommen eines provisorischen Röhrensyndikats, das die Aussichten für den Abschluß von Syndikaten für andere B.-Produkte als erfolgreicher erscheinen ließ. Der Privatdiskont blieb für Dreimonatswechsel unverändert 2⅝ Prozent, für kurzfristige Wechsel 3 Prozent.

•

Metalle. Auf den Rückgang der amerikanischen Kupfernotierungen gaben die Kupferpreise auch am Berliner Markt wieder etwas nach, sie stellten sich um ½ bis ¾ M. schwächer. Julilieferung wurde mit 123 M., Oktober mit 124¼ und Dezember mit 125¼ M. bezahlt. Die Preise verstehen sich für 100 Kilogramm.

•

Eine bemerkenswerte Entscheidung gegen den Petroleumtrust.

Die Urteile in den zahlreichen Prozessen gegen amerikanische Trusts wegen Verletzung der Antitrustgesetze haben meistens den verurteilten Organisationen nicht weh getan. Jetzt ist jedoch in einem Prozeß gegen den Petroleumtrust ein Urteil ergangen, das weittragende wirtschaftliche Folgen nach sich ziehen kann. Der Oberste Gerichtshof in Washington hat nämlich in einer Klage gegen die Standard Oil Company entschieden, daß die Röhrenleitungen des Trusts der Kontrolle der Interstate Commerce Commission unterstehen. Diese staatliche Kommission hatte bisher nur die Aufsicht über die privaten Eisenbahnen, deren Frachtsätze gleichfalls ihrer Genehmigung unterliegen. Mit der Unterstellung der Petroleumröhrenleitungen unter die Interstate Commission werden sie dem allgemeinen Verkehr übergeben, sie können daher auch wider den Willen des Petroleumtrusts trustfreien Petroleumunternehmungen jederzeit zur Verfügung gestellt werden, und zwar zu Sätzen, die die Interstate Commission bestimmt. Durch die Benutzung dieser Röhrenleitungen, die aus den wichtigsten Petroleumgebieten an die Küste führen, erfährt die Konkurrenzfähigkeit der trustfreien Petroleumunternehmungen gegen den Trust eine außerordentliche Stärkung. Die deutsche Schutzgarde des Petroleumtrusts, das Zentrum, hatte in dem Kampf gegen die Petroleumvorlage stets behauptet, daß die amerikanische Konkurrenz des Trusts für Lieferungen nicht in Frage komme, die jüngste Entscheidung, durch die die Röhrenleitungen zu öffentlichen Verkehrsmitteln erklärt werden, entzieht auch dieser klerikalen Behauptung den Schein jeder Berechtigung.

•

Internationale Vereinigung städtischer Großmolkereien. Auf dem milchwirtschaftlichen Kongreß, der kürzlich in Bern stattfand, ist die Vereinigung städtischer Großmolkereien, die ihren Sitz in Stockholm haben wird, gegründet worden. Dem Vorstand gehören Vertreter der Stockholmer Milchversorgungs-A.-G., der Wiener Molkerei, der Budapester Zentralmilchhallen-Genossenschaft, der Meierei C. Bolle A.-G. Berlin und der Laiterie Maggi in Paris an.

•

Ein provisorisches Röhrensyndikat mit Wirkung vom 23. Juni bis zum 15. August ist von den Röhrenwerken, die über den Abschluß eines Syndikatsvertrages verhandeln, errichtet worden. Gelingt es bis Mitte August nicht, eine umfassende Syndizierung für die übrigen B.-Produkte, das sind Stabeisen, Bleche, herbeizuführen, so soll auch das provisorische Röhrensyndikat wieder aufgehoben werden. Beabsichtigt ist, für die Zeit des provisorischen Syndikats eine Preisbesserung durchzuführen.

•

Versicherungsfusionen. Nachdem erst vor wenigen Tagen zwischen der Nordstern-Lebens- und Unfallversicherung mit der Preußischen Feuerversicherungs-Aktien-Gesellschaft eine Interessengemeinschaft abgeschlossen wurde, wird jetzt von der Kölnischen Zeitung der Zusammenschluß der Kölnischen Feuerversicherungsgesellschaft Colonia mit der Kölnischen Unfallversicherungs-Aktien-Gesellschaft gemeldet. Die Kölnische Feuerversicherungsgesellschaft Colonia besteht bereits seit dem Jahre 1839 und hat ein Aktienkapital von 9 Millionen Mark, auf das 20 Prozent bar eingezahlt sind. Ihre Dividenden betrugen 66⅔ bis 77½ Prozent. Die Kölnische Unfallversicherungs-Aktien-Gesellschaft ist im Jahre 1880 gegründet worden. Sie verfügt über ein Aktienkapital von 7,5 Millionen Mark, das mit 25 Prozent eingezahlt ist; ihre Dividende ging bis 75 Prozent. — Ferner übernahm der Konzern der Württembergischen Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit in Stuttgart das Geschäft der „Ecclesia“, Haftpflicht- und Feuerversicherungsverein auf Gegenseitigkeit.

Genossenschaftswesen.

Noch eine Volksversicherungsanstalt. Zu der Notiz in der letzten Freitags-Nummer schreibt uns der Verband Deutscher Handlungsgehilfen:

„Die in der Dresdner Volkszeitung aufgestellten Behauptungen 1. der Verband Deutscher Handlungsgehilfen beschloß am 17. Mai d. J. ebenfalls die Gründung einer eigenen Volksversicherungsgesellschaft, 2. Die Altersversorgungs- und Witwenkasse unseres Verbandes arbeiten mit Defizit, sind unwahr. Wahr ist zu 1., daß unser Verband Deutscher Handlungsgehilfen am 17. Mai d. J. keinen solchen Beschluß gefaßt hat. Die an diesem Tage abgehaltene Generalversammlung hat vielmehr lediglich dem Beitritt unserer Berufsorganisation zur Deutschen Volksversicherungs-A.-G., der seit längerer Zeit vollzogen war, zugestimmt. Wahr ist zu 2., daß die Altersversorgungs- und Invaliditätskasse und die Witwen- und Waisenkasse unseres Verbandes nicht mit Defizit arbeiten. Die nach den Bestimmungen des Aufsichtsrates vorgenommenen Abschreibungen für Kursverluste beeinträchtigen die Leistungen der Kassen in keiner Weise. Es wird vielmehr regelmäßig aus einem Stiftungsfonds noch ein Zuschlag zu den rechnungsmäßigen Renten gezahlt, und zwar bei der Altersversorgungs- und Invaliditätskasse bis zu 240 M. und bei der Witwen- und Waisenkasse bis zu 320 M.“

Briefkasten.

Richtigstellung. Kürzlich gaben wir folgende Antwort im Briefkasten: „Einwohnersteuer zahlt nur der Wohnungsinhaber. Wenn Sie Bürger sind und Bürgersteuer zahlen, haben weder Sie noch Ihre Frau Einwohnersteuer zu zahlen, auch nicht, wenn die Frau steuerpflichtiges Einkommen hat.“ Diese Auskunft beruht leider auf einem Irrtum. Die Frau, die Einkommen zu versteuern hat, zahlt Einwohnersteuer, auch wenn der Mann Bürgersteuer entrichtet.

A. K., Heidenauer Straße. Die Frist, in der Sie sich als freiwilliges Mitglied bei der Ortskrankenkasse anmelden mußten, haben Sie versäumt. Das Invalidenversicherungsverhältnis können Sie aufrechterhalten. Sie müssen die vorgeschriebene Markenzahl nachkleben, wenn die zweijährige Gültigkeitsdauer Ihrer letzten Versicherungskarte noch nicht abgelaufen ist. Im andern Falle müssen Sie die Anwartschaft von neuem erwerben, was Sie dazu zu tun haben, erfahren Sie in der Ortskrankenkasse oder im Arbeitersekretariat ausführlich.

G. B., Küchenbroda. Wenn der Betreffende sich als amerikanischer Bürger ausweisen kann, hat er bei seiner besuchsweisen Rückkehr nichts zu befürchten.

M. K., Loschwitz. Die Kündigung ist gültig.

P. D., Hechtstraße. Wir können Ihnen auch keine andere Auskunft geben als die, die Sie im Arbeitersekretariat erhalten haben.

P. S., Oppellstraße. Der Verdienst beträgt in diesem Falle 100 Prozent.

Vereinskalender für Donnerstag.

Deutscher Arbeiter-Stenotachygraphen-Bund. Abends 8½ Uhr Uebungsabend im Volkshaus, Restaurant Kämpfe, Löbtau, und Restaurant Flora, Laubegast.

Vereinskalender für Freitag.

4. Kreis, Bezirk Weißig. Abends 8½ Uhr Oeffentliche Frauen-Versammlung im Gasthof zur Brauschänke in Weißig.
6. Kreis. Abends Punkt 9 Uhr Kreis-Mitglieder-Versammlung im Bürgergarten, Löbtau.
6. Kreis, Bezirk Dippoldiswalde u. Umg. Abends 8½ Uhr Mitglieder-Versammlung im Schützenhaus in Dippoldiswalde.

Petto
MARKE PETTO
Jugendstiefel
für sorgsame Eltern
ein Juwel
Alleinverkauf
Neustadt
Grösstes Schuhlager Dresdens.

Krapotkin
Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt.
Preis 2 Mk.
Volksbuchhandlung
Wettinerplatz 10.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Der Lohnkampf des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Jahre 1913.

m. Der schon am Schlusse des Jahres 1912 einsetzende allgemeine Geschäftsrückgang wurde während des Jahres 1913 noch wesentlich verschärft und machte sich auch in der Metall- und Maschinenindustrie stark geltend. Die Flauheit des Geschäfts hatte natürlich auch Einfluß auf die Streiks und Lohnbewegungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der größten Gewerkschaft der Welt. Der schlechte Geschäftsgang hinderte die Arbeiterschaft sehr oft in ihrem Vorgehen. Es konnte daher nur dort mit Forderungen an die Unternehmer herangetreten werden, wo die einigermaßen günstige Geschäftslage Aussicht auf Erfolg versprach. Häufiger als je zuvor unternahmen es die Unternehmer, die übergroße Arbeitslosigkeit für sich auszunutzen, um den Arbeitern früher errungene Vorteile wieder zu entreißen. Die Unternehmer versuchten durch bedeutende Lohn- und Akkordkürzungen den durch den schlechten Geschäftsgang verringerten Gewinn auf Kosten der Arbeiter zu steigern. Doch nicht nur auf diesem materiellen Gebiete griffen die Unternehmer die Arbeiter an, weit wichtiger war ihnen der Kampf gegen die Organisation, für den sie die günstigste Zeit für gekommen hielten. Mit Zwangsmaßregeln suchten die Unternehmer in vielen Fällen die gelben Werkvereine zu fördern, um so die Organisation der Arbeiter für spätere Zeit unwirksam zu machen. In einzelnen Fällen forderten die Unternehmer von den Arbeitern ganz unverblümt den Austritt aus der Organisation und mehrfach kam es deshalb zu Abwehrstreiks und sogar zu Aussperrungen.

Im Bereich des Deutschen Metallarbeiterverbandes wurden im Jahre 1913 in 401 Orten und Industriegebieten 1246 Bewegungen aller Art durchgeführt. Von den Bewegungen wurden 7112 Betriebe mit 424 608 Beschäftigten erfaßt. 208 986 Personen waren an den Kämpfen beteiligt. Es wurden durchgeführt: 155 Angriffsstreiks mit 49 345 Streikenden, 186 Abwehrstreiks mit 11 559 Streikenden, 37 Aussperrungen mit 9253 Ausgesperrten und 868 Bewegungen ohne Kampf mit 138 829 Beteiligten.

Auch im Jahre 1913 wurde also trotz des rücksichtslosen Vorgehens der Unternehmer der größte Teil der Bewegungen ohne Streik erledigt. 378 Streiks und Aussperrungen mit 70 157 Streikenden und Ausgesperrten stehen 868 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung mit 138 829 Beteiligten gegenüber. Mehr als ein Drittel aller an den Bewegungen Beteiligten wurde in Streiks und Aussperrungen verwickelt.

Von den Streiks und Aussperrungen hatten vollen Erfolg 236 mit 19 258 Beteiligten, Teilerfolg 46 mit 2875 Beteiligten und keinen Erfolg 87 mit 47 589 Beteiligten. 9 Streiks und Aussperrungen mit 485 Beteiligten waren am Jahresschluß 1913 noch nicht erledigt. — Die große Zahl Streikender, die keinen Erfolg ihres Kampfes sah, ist auf die Werftarbeiter zurückzuführen, die im Sommer 1913 auf Beschluß eines außerordentlichen Verbandstages ihre Streiks abbrachen.

Von den Bewegungen ohne Arbeitseinstellung hatten vollen Erfolg 767 mit 117 213 Beteiligten, Teilerfolg 87 mit 30 546 Beteiligten und keinen Erfolg 14 mit 1070 Beteiligten.

Von allen Bewegungen (Streiks, Aussperrungen und Lohnbewegungen) hatten 91,2 Proz. mit 76,51 Proz. aller Beteiligten vollen oder Teilerfolg. Ohne Erfolg blieben 8,1 Proz. mit 23,26 Proz. der Beteiligten. Der verbleibende kleine Rest ging ins Jahr 1914 über.

Der Gesamterfolg aus den Bewegungen stellt sich größer dar, als nach der allgemeinen Geschäftslage erhofft werden durfte. Die Arbeitszeit wurde für 56 163 Personen um zusammen 102 864 Stunden pro Woche verkürzt. Im Durchschnitt beträgt die Verkürzung für den Einzelnen 1,83 Stunden pro Woche. Erhöhung des Verdienstes erreichten 58 219 Personen. 52 363 von diesen machten bestimmte Angaben über den Betrag der Lohnerhöhung, die für sie zusammen pro Woche 92 950 M. ausmacht. Auf den Einzelnen entfallen durchschnitlich 1,78 M. Lohnerhöhung pro Woche. Eine Regelung der Akkordarbeit, die in den meisten Fällen einer Lohnerhöhung gleichkommt, erreichten 11 830 Personen und bei 340 Streiks und Lohnbewegungen wurden für 44 719 Personen die Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt.

Abgewehrt wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit um 3628 Stunden pro Woche für 933 Personen. Lohn- und Akkordkürzungen wehrten 14 156 Personen mit Erfolg ab. Bei den Akkordkürzungen war es vielfach nicht möglich, den Geldwert genau zu erfassen. Nur 3833 Personen machten bestimmte Angaben über den Betrag der beabsichtigten Lohnkürzung mit zusammen 14 858 M. pro Woche. Für den Einzelnen beträgt die abgewehrte Lohnkürzung 3,88 M. pro Woche. Auch für die, die bestimmte Angaben nicht machten, dürfte der Betrag nicht geringer sein, da Akkordkürzungen von 20, 30, ja sogar bis 50 Proz. geplant waren und zurückgewiesen wurden. Die abgewehrten Verdienstkürzungen sind äußerst groß. Wären sie eingetreten, so müßten bei eintretender besserer Geschäftslage erst wieder die alten Positionen erkämpft werden. In der Zwischenzeit hätten sich aber die Kürzungen zu bedeutenden Verlusten aufsummiert und um die Verdienstmöglichkeit der Metallarbeiter wäre es traurig bestellt, wenn die Metallarbeiter nicht durch ihre Organisation den Ausbeutungsgelüsten hätten entgegentreten können.

Gegen Tarifbruch der Unternehmer wehrten sich in 29 Fällen 1691 Arbeiter mit Erfolg. Bei 5 Streiks gelang es 949 Personen, Streikarbeit zurückzuweisen. 141 Gemaßregelte wurden in den alten Arbeitsstellen gehalten. Gegen unwürdige Behandlung wehrten sich mit Erfolg 1914 Personen und 22 802 Personen wiesen sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen zurück.

Die Streiks und Lohnbewegungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes verursachten im Jahre 1913 einen Kostenaufwand von 4 778 579 M.

Die Organisation der Metallarbeiter hat in ihren Kämpfen im Jahre 1913 gezeigt, daß sie mit geschulten Mitgliedern auch während der Zeit ungünstigsten Geschäftsganges Vorstöße zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unternehmen kann und nicht nur auf die Abwehr beschränkt ist. Der Kampfesmut, mit dem die Metallarbeiter die Angriffe auf ihre Organisation zurückschlugen, zeigt aber auch, daß die im Deutschen Metallarbeiterverband organisierten Metallarbeiter den Wert ihrer Organisation zu schätzen wissen.

Lokales.

Aus der Strohhutbranche.

Die Differenzen bei der Firma Miech Nachfolger, Haydnstraße, sind in zufriedenstellender Weise beigelegt. Die Wiedereinstellung der Saalnäherinnen ist erfolgt. Der Abzug an den Geflechtstückpreisen wurde zurückgenommen und es gelten für Saal- und Hausarbeiterinnen wieder die alten Geflechtstückpreise. Wir ersuchen, letzteres genau beachten zu wollen. Die Sperre ist demnach aufgehoben.

Verband der Huf- und Filzwarenarbeiter und -arbeiterinnen. Verwaltungsstelle Dresden.

Inland.

Die Tarifverträge des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Die Tarifbewegung macht auch in der Metallindustrie von Jahr zu Jahr Fortschritte. Nach dem Bericht des Verbandes bestanden Ende 1912 (einschließlich der vom Schmiedeverband übernommenen 61 Tarife für 1498 Betriebe mit 4728 Personen) 1145 Tarife für 15 471 Betriebe mit 181 523 Personen. Von diesen Tarifen wurden 1913 nicht erneuert 104 für 542 Betriebe mit 10 615 Personen. Dafür wurden 1913 neu abgeschlossen 195 Tarife für 741 Betriebe mit 19 855 Personen. Ende 1913 waren danach in Geltung 1236 Tarife für 15 767 Betriebe mit 194 104 Personen. Zunahme gegen 1912: 91 Tarife für 296 Betriebe mit 12 581 Personen. Die meisten der 1913 neu abgeschlossenen, erneuerten oder verlängerten Tarife (355) sind das Ergebnis friedlicher Verständigung (279 Tarife für 4380 Betriebe mit 39 000 Personen).

Unter den Tarifen befinden sich auch 232 Akkordtarife, die sich auf 2280 Betriebe mit 33 648 Personen erstrecken.

Die Arbeitszeit wurde durch 1083 Tarife für 14 845 Betriebe mit 177 009 Personen geregelt. In 153 Tarifen für 922 Betriebe mit 17 095 Personen fehlen darüber nähere Angaben. Soweit die Arbeitszeit durch die Tarife festgesetzt ist, betrug sie täglich: in 419 Betrieben mit 1472 Arbeitern 8 Stunden, in 177 Betrieben mit 2040 Arbeitern 8½ Stunden, in 25 Betrieben mit 407 Arbeitern 8¾ Stunden, in 6710 Betrieben mit 93 746 Arbeitern 9 Stunden, in 48 Betrieben mit 5035 Arbeitern 9⅛ Stunden, in 5658 Betrieben mit 54 315 Arbeitern 9½ Stunden, in 426 Betrieben mit 3053 Arbeitern 9¾ Stunden, in 1382 Betrieben mit 16 941 Arbeitern 10 Stunden.

Durch 1018 Tarife sind für 13 409 Betriebe mit 136 866 Personen Mindest- oder Einstellungslöhne festgelegt. In 399 Tarifen ist der Stundenlohn bei Akkordarbeit gesichert. In 1084 Tarifen sind Bestimmungen über Zuschläge für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit enthalten. Auch sonst sind in den Tarifen noch viele auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse gerichtete Bestimmungen enthalten, auf die hier nicht eingegangen werden kann.

Dauer und Ende der Tarife ist in 960 Fällen genau bestimmt, in den übrigen fehlen darüber Vereinbarungen.

Ueber Ferien enthalten 77 Tarife für 306 Betriebe mit 8319 Personen Bestimmungen.

Trotz aller Hindernisse hat sich der Tarifgedanke, wie die mitgeteilten Zahlen beweisen, in der Metallindustrie schon ein ziemlich weites Gebiet erobert. Den bisherigen Erfolgen werden sich weitere anreihen, wenn die Mitglieder des Verbandes eifrig für die Stärkung des Verbandes wirken.

Ein Beschluß der Scharfmacher im Holzgewerbe.

Während die Behörden bemüht sind, den Wünschen der Scharfmacher gerecht zu werden und der Arbeiterbewegung Fesseln anzulegen, kommen auf der anderen Seite die Scharfmacher selbst mit Stockschlägen auf den Magen der Arbeiter. So faßte die am Montag in München abgehaltene Generalversammlung des Unternehmerschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe einstimmig folgende Entschließung:

„Die Vertreter der Arbeitgeber aus den Städten, deren Tarifverträge mit den Arbeitnehmern in den Jahren 1914 bis 1916 ablaufen, sind einstimmig der Ansicht, daß die Grenze der Möglichkeit, den Arbeitnehmern Zugeständnisse zu machen, bereits überschritten ist. Sie werden deshalb eher die Konsequenzen einer Ablehnung tragen, als weitere Forderungen bewilligen. Diesem einstimmigen unumstößlichen Beschluß der Städtevertreter tritt der Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe bei und ist der tatkräftigen moralischen und materiellen Unterstützung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände und damit der gesamten Arbeitgeberschaft Deutschlands sicher."

Das heißt also klar und deutlich: es sollen keinerlei tarifliche Zugeständnisse mehr gemacht werden! Allerdings kommt es bei all diesen Maßnahmen immer auf die Arbeiterschaft selbst an. Sind die Arbeiter einig genug, um diese Schläge parieren zu wollen, so können sie es! Gegen eine einmütig zusammenstehende Arbeiterschaft kann auch der Teufel nichts machen.

Streikpostenstehen ist strafbar.

In Breslau erhielt ein Arbeiter eine Polizeistrafe von 3 M., weil er auf einem freien, menschenleeren Feldwege durch Streikpostenstehen den — Verkehr gehemmt haben sollte, obwohl er sich nach der Aufforderung des Wachtmeisters langsam entfernt hat. Er beantragte gerichtliche Entscheidung. Der Verteidiger führte vor dem Schöffengericht aus, der Wachtmeister sei gar nicht befugt gewesen, den Angeklagten wegzuweisen, weil die angezogene Verordnung ausdrücklich dahin ausgelegt werden muß, daß nur der unverzüglich der Aufforderung eines Polizeibeamten nachkommen muß, der den freien Verkehr behindert oder auf andere Weise den Fußgängerverkehr hemmt. Davon könne hier nicht gesprochen werden. Der Amtsanwalt, der diese Tatsache nicht umstoßen konnte, half sich damit aus der Verlegenheit, daß er sagte, der Wachtmeister habe einer Verkehrsstörung durch den Angeklagten vorbeugen wollen. Am Tage zuvor hätten nach der Bekundung des Wachtmeisters zwei Streikposten auf dem gleichen Wege eine arbeitswillige Frau belästigt, die zu Linke-Hofmann ging. Das Gericht ließ ebenfalls die „vorbeugende" Tätigkeit des Wachtmeisters gelten und bestätigte den Strafbefehl in Höhe von 3 M. Es ist gar nicht notwendig, den Herzenswunsch der Scharfmacher zu erfüllen und ein besonderes Gesetz gegen das Streikpostenstehen zu schaffen. Der Ausnahmezustand ist jetzt schon da.

Parteiangelegenheiten.

Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung des Wahlkreises Elberfeld-Barmen beschloß u. a. einstimmig, zu der Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beim Kaiserhoch volles Einverständnis zu bekunden.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Eschwege-Schmalkalden nahmen auf ihrer Kreisgeneralversammlung auch Stellung zur Kaiserhochaffäre. Genosse Thöne, der Abgeordnete des Kreises im Reichstage, bekannte sich als Gegner des Sitzenbleibens. Unter lebhafter Zustimmung der Versammelten erklärte er, keiner der Anhänger der alten Tradition, den Sitzungssaal des Reichstages vor einem Kaiserhoch zu verlassen, denke an die Preisgabe unserer republikanischen Gesinnung. Allein sie seien der Meinung, daß wir nicht durch taktische Unklugheiten den Gegnern die Geschäfte erleichtern dürften. Deshalb solle man es beim bewährten Verhalten belassen und im übrigen den Parteitag in Würzburg nicht mit einer langen Debatte über die Kaiserhoch-Affäre belasten. Der Parteitag habe viel wichtigere Fragen zu erörtern, u. a. die Punkte „Militarismus und Verfassung" sowie „Koalitionsfrage und Wirtschaftspolitik", Punkte, deren Beratung das lebhafteste Interesse der gesamten Oeffentlichkeit wachrufen und den Parteitag zu einer wirkungsvollen Kundgebung für erhöhte Volksrechte und reichspolitische Freiheit gestalten müssen. — Von einer Beschlußfassung in irgend einer Form wurde Abstand genommen.

Die Wahlkreisorganisation Wetzlar-Altenkirchen beschloß auf ihrer Generalversammlung zur Frage des Kaiserhochs einstimmig eine Resolution, in der die Haltung der Fraktion begrüßt und auf das entschiedenste bedauert wird, daß dem Mehrheitsbeschluß der Reichstagsfraktion, beim Kaiserhoch im Saale sitzen zu bleiben, ein Teil der Fraktion nicht Folge geleistet hat.

Justizblüten.

Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes wurde vom Schöffengericht Belgern (Kreis Torgau) der Vertrauensmann der Mitgliedschaft Staritz des Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität" zu 10 M. Geldstrafe verurteilt, weil er es unterlassen hatte, den „politischen Verein" und eine Mitgliederversammlung anzumelden sowie die Statuten einzureichen. Die Beweisaufnahme ergab nicht das geringste für die Behauptung, der Verein sei politisch. Der Amtsrichter begründete das Urteil wie folgt: Daß der Radfahrerbund und somit auch die Mitgliedschaft Staritz politisch sei, ginge ja schon unzweifelhaft aus dem Statut hervor. Danach bezwecke der Bund neben Hebung des Radfahrens in Arbeiterkreisen die Bildung und Belehrung seiner Mitglieder. Das habe aber mit dem Radfahren nichts zu tun und es müßte damit ein Nebenzweck verfolgt werden. Dieser könne nur sein, den Mitgliedern die sozialdemokratische Weltanschauung einzuimpfen!! Nach dem Statut könne ferner nicht in den Bund aufgenommen werden, wer „gegen die Interessen der Gesamtarbeiterschaft handle". Das besage, daß andere Parteiangehörige, z. B. ein Konservativer, der doch nicht im Interesse der Arbeiterschaft handle, konsequenterweise auch nicht Mitglied werden könne.

Die sozialistische Föderation des Seinedepartements

hielt am vergangenen Sonntag im Hinblick auf den bevorstehenden französischen Nationalkongreß und auf den Internationalen Kongreß in Wien in Paris eine Tagung ab, in der sich u. a. beim Punkt „Imperialismus und Schiedsspruch" eine lebhafte Debatte entwickelte. Genosse Vaillant klagte den kapitalistischen und militaristischen Imperialismus an, die wirtschaftliche Konzentration zu benützen, um die Arbeiterschaft in Knechtschaft zu erhalten. Er setzte hierauf die Aufgabe auseinander, welche der Sozialismus zur Bekämpfung des Krieges entfalten müsse. Die Diskussion drehte sich hauptsächlich um die Frage des Generalstreiks im Falle eines Kriegsausbruches, wobei besonders die Stellungnahme der deutschen Sozialdemokratie berührt wurde. Es standen sich zwei Meinungen gegenüber: die eine wollte den Generalstreik als taktisches Mittel gegen den Krieg in die dem Internationalen Kongreß vorzuschlagende Resolution aufnehmen; die andere trat dem entgegen. Genosse Löwy meinte, die deutschen Genossen, die es gewagt haben, im Reichstage den Ruf auszustoßen: „Es lebe Frankreich!", werden im Falle eines Krieges zu handeln wissen. Zum Schluß gedachte Genosse Moriaet der „Ausbeuter der Vaterlandsliebe" und forderte ihre Kennzeichnung in der Resolution. Nachdem eine Kommission zur Ausarbeitung einer entsprechenden Resolution ernannt war, wurde die Tagung geschlossen.

Versammlungen.

Deutscher Bauarbeiterverband. (Sektion der Isolierer und Steinholzleger.) Die Monatsversammlung vom 20. Juni nahm zunächst Kenntnis von den Verhandlungen zwischen der Firma Senning u. Ko. in Potschappel und den dort beschäftigten Kollegen zwecks Abschlusses eines neuen Tarifs. Nachdem die Kollegen nach viertägigen Verhandlungen ihre berechtigten Forderungen auf das Aeußerste reduziert und so eine Tarifgrundlage geschaffen hatten, mit der auch die Firma scheinbar einverstanden war, legte diese plötzlich einen von ihr selbst ausgearbeiteten Tarif vor, der so viel Verschlechterungen enthielt, daß seine Annahme unmöglich war. Es muß den Anschein erwecken, als habe es die Firma auf einen Konflikt abgesehen. Die weiteren Maßnahmen haben sich die Kollegen nun vorbehalten. Zuzug ist bis zur Beilegung der Differenzen fernzuhalten. — Die Versammlung nahm noch Stellung zu zwei Schreiben der Vereinigung der Arbeitgeber im Isoliergewerbe, worin sich zwei Firmen verbaten, daß ihre Arbeitsplätze von nicht bei ihnen beschäftigten Kollegen aufgesucht würden. Dies ist aber oft nicht zu umgehen und wir werden trotzdem das tun, was wir im Interesse der Kollegen für nötig befinden. So beschäftigte z. B. die Firma Reinhold u. Ko. einen unorganisierten, verheirateten, halbinvaliden Arbeiter für den horrenden Wochenlohn von 17 M. Dieser Arbeiter brachte es nun fertig, einen Kollegen, den er durch sein Auftreten vorher provoziert hatte, dem Kadi zu überliefern, so daß der Kollege zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Es ist daher den dort beschäftigten Kollegen größte Vorsicht anzuraten.

Altenberg-Geising. In der letzten Mitgliederversammlung im Hotel Ratskeller in Altenberg referierte Genosse Fischer-Dresden über Agitation und Organisation. Um die Diskussionen über derartige wichtige Vorträge zu heben, wurde beschlossen, in Zukunft in den Mitgliederversammlungen einen Fragekasten aufzustellen. Der vom Genossen Greiser erstattete Vorstandsbericht rief eine lebhafte Debatte hervor. Es wurde gewünscht, dafür zu sorgen, daß zu Versammlungen sowie allen anderen Arbeiterveranstaltungen in den Wirtschaften alkoholfreie Getränke zu billigen Preisen abgegeben werden. Diese Preise sind im allgemeinen immer so hoch gestellt, daß es vor allen Dingen den jugendlichen Leuten kaum möglich ist, derartige Getränke zu kaufen. Ferner wurde im Herbste die Veranstaltung eines Walkotte-Abends gewünscht. Bei der Aufstellung der Kandidaten zur Landesversammlung schloß man sich dem Vorschlage der Schmiedeberger Genossen an. Die Wahl selbst findet am 28. Juni von 10 bis 1 Uhr statt. Zu der am 5. Juli tagenden Kreiskonferenz wurde Genosse Nacke delegiert. Ferner wurde noch eine Bürgerrechtserwerbungskommission gewählt, der die Genossen Eichler, Irrgang, Dietrich und Wiltsch angehören. Genosse Nacke hat beim Stadtgemeinderat beantragt, die Bürgerrechtsgebühr von 3 M. zu streichen. Falls dieser Antrag abgelehnt wird, ist der Eventualantrag gestellt, diese Gebühr nur noch bei einem Jahreseinkommen von über 1500 M. zu erheben. — Es soll möglichst vermieden werden, daß Gewerkschafts- und Parteiversammlungen, wie diesmal, am gleichen Tage stattfinden, da sonst der Besuch beider Versammlungen leidet. (Eing. 19. 6.)

6. Kreis, Bezirk Wilsdruff. In der Mitgliederversammlung vom 17. Juni im Schützenhaus sprach Redakteur Barthel-Dresden über das Thema: „Einnahmen und Ausgaben im Arbeiterhaushalt". Genosse Bombach bedauerte, daß nicht mehr Mitglieder und besonders die Frauen anwesend waren, für die doch gerade dieses Thema von besonderem Interesse war. Genosse Bombach gab hierauf den Bericht aus der Kreisvorstandssitzung, wobei erörtert wurde, einen Walkotte-Theaterabend zu veranstalten, und zwar am 28. November. Die Versammlung stimmte dem zu. Gewünscht wurde, daß der geplante Kursus des Wanderlehrers im Plauenschen Grunde stattfinden solle. Genosse Bombach gab noch kurz Bericht von der letzten Kartellsitzung. Ein Beschluß, pro Mitglied und Jahr 1 Pf. Beitrag an das Kartell abzuführen, wurde gegen eine Stimme angenommen. Es erfolgte nun noch die Wahl von drei Delegierten zur Kreiskonferenz. Ein Antrag zur Kreiskonferenz, betr. Einführung des Delegiertensystems bei Kreisgeneralversammlungen, löste eine lebhafte Debatte aus. Einige Genossen hielten den Antrag für verfrüht und undemokratisch. Die Mehrheit war anderer Meinung und betonte, daß dann jeder Bezirk in richtigem Verhältnis zu seiner Stärke vertreten sein werde, was bis jetzt den vom Versammlungsort weit abgelegenen Bezirken aus Gründen wirtschaftlicher Natur nicht möglich war. Der Antrag wurde schließlich gegen drei Stimmen angenommen. Genosse Bombach verwies noch auf die Wahl zur Landesversammlung. Mit einem kräftigen Appell an die Anwesenden, für einen besseren Versammlungsbesuch, besonders auch unter den Frauen, zu sorgen, schloß er die Versammlung. Anwesend waren 25 Genossen und 1 Genossin. (Eing. 19./6.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140625/13 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

5 billige Jahrmarkts-Tage

von Freitag den 26. Juni bis Dienstag den 30. Juni 1914.

Teebutter, F. E. K., das Beste, was es gibt . . . . . 1 Pfund **127** Pf. bei 5 Pfund **123** Pf.
Feinste **Tafelbutter** . . . . . 1 Pfund **115** und **112** Pf. bei 5 Pfund **113** und **110** Pf.
Feine **Molkereibutter** . . . . . 1 Pfund **110** Pf. bei 5 Pfund **108** Pf.
ff. Zervelat- und **Salamiwurst** . . . . . 1 Pfund **130** Pf.
Pa. harte **Mettwurst** . . . . . 1 Pfund **90** Pf. bei 5 Pfund **85** Pf.

Dicker fetter Speck . . . . . 1 Pfund **65** Pf. bei 5 Pfund **63** Pf.
Hochfeines mageres Rauchfleisch . . . . . 1 Pfund **82** Pf. bei 5 Pfund **80** Pf.

ff. Bauernbratwurst . . . . . 1 Pfund **85** Pf.
ff. weiche Mettwurst nach Braunschweiger Art . . . . . 1 Pfund **78** Pf.
Landleberwurst, sehr fein . . . . . 1 Pfund **58** Pf.
Blutwurst, mager und pikant gewürzt . . . . . 1 Pfund **48** Pf.
Hausschlachtene Blutwurst . . . . . 1 Pfund **72** Pf.
Garantiert reines Schweineschmalz . . . . . 1 Pfund **72** Pf. bei 5 Pfund **70** Pf.
Krügers Pflanzenfett, 100% Fettgehalt . . . . . 1 Pfund **66** Pf. bei 5 Pfund **65** Pf.
Allerfeinster **echter Emmentaler Käse** . . . . . 1 Pfund **120** Pf. bei 5 Pfund **115** Pf.
Feinster **bayrischer Emmentaler Käse** . . . . . 1 Pfund **105** Pf. bei 5 Pfund **100** Pf.
Feinster **Schweizerkäse** . . . . . 1 Pfund **85** Pf. bei 5 Pfund **80** Pf.
Feinster vollfetter **Edamer Käse** . . . . . 1 Pfund **100** Pf.
Feinster vollfetter **Holländer Käse** . . . . . 1 Pfund **110** Pf.
Allerfeinster **Tilsiter Käse** . . . . . 1 Pfund **80** Pf.
Altenburger **Ziegenkäse** . . . . . 1 Stück **48** Pf.
Echter westfälischer **Pumpernickel** . . . . . 1 Paket **8** Pf.

Pa. Weizenmehl (Sternmarke) . . . . Originalbeutel 5 Pfund **75** Pf.
Gemahlener Zucker . . . . . 5 Pfund **98** Pf.
Große frische durchleuchtete Eier . . . . . 1 Mandel **88** Pf.

Garantiert reines **Roggenbrot** 1. Sorte . . . . . 4 Pfund **48** Pf.
2. Sorte . . . . . 4 Pfund **46** Pf.
Landbrot . . . . . 4 Pfund **42** Pf.
Feinster **gebr. Kaffee,** stets frisch . . . . . 1 Pfund **170, 160, 150, 135** Pf.
Echter **Malzkaffee** . . . . . 1-Pfund-Paket **26** Pf., bei 5 Paketen **25** Pf.
Hochfeiner **Kakao,** garantiert rein . . . . . 1 Pfund-Paket **72** Pf.
Garantiert reine **Block-Schokolade** . . . . 1 Pfund **62** Pf., bei 5 Pfund **60** Pf.
Pflaumenmus, ausgewogen . . . . . 1 Pfund **26** Pf.
Gemischte Marmelade, ausgewogen . . . . . 1 Pfund **26** Pf.
Frucht-Marmelade . . . . . **5-Pfund-Eimer 98 Pf.**
Honig-Ersatz, ausgewogen . . . . . 1 Pfund **30** Pf., 1-Pfund-Paket **35** Pf.
Oelsardinen . . . . . Dose **140, 110, 75, 55, 50, 45, 35** Pf.
Feinste **Preiselbeeren** mit Zucker gekocht, ausgewogen . . . . . Pfund **35** Pf.
Feinste **Heidelbeeren** mit Zucker gekocht, ausgewogen . . . . . Pfund **30** Pf.
Getrocknete **Pfirsiche,** feinste kalifornische Frucht . . . . . Pfund **48** Pf.
Feinstes **Tafel-Speiseöl,** Marke Nizzia, gesetzlich geschützt . . Flasche **100, 40, 25** Pf. ausgewogen Pfund **60** Pf.

Feinst. Gebirgs-Himbeersaft Flasche **90, 40** Pf., ausgewogen Pfund **40** Pf.
Kirschsaft . . . . . Flasche **90, 40** Pf.
Zitronensaft . . . . . Flasche **125, 50** Pf.
Limetta . . . . . Flasche **75, 30** Pf.
Lemon Squash . . . . . Flasche **40** Pf.

Als wirklichen Ersatz für **Molkerei-Butter** empfehle meinen
Eßbutter-Ersatz, erstklassige Edelmargarine „Pfirsich“ pro Pfd. 100 Pfennig mit Beigaben.
„Pfirsich“ wurde auf der Internation. Hygiene-Ausstellung in Dresden mit der **Goldenen Medaille** prämiiert.

[L 1593

F. E. Krüger

Tel. 21912 **Webergasse 18** Tel. 21912

Filialen:

Alaunstraße 32	**Tel. 17345**	**Augsburger Straße 33**	**Tel. 12410**
Schäferstraße 15	**„ 15655**	**Kesselsdorfer Straße 72**	**„ 12409**
Oschatzer Straße 32	**„ 12699**	**Reisewitzer Straße 11**	**„ 12498**

Freier Versand nach allen Stadtteilen.

Gutschein.
Bei Einkauf von **1** Pfund meiner **vorzügl. Eßbutter-Ersatz-Edel-Margarine**
„Pfirsich“
gewähre ich geg. dies. Gutschein
1 Pfd. Marmelade
oder **1** Pfund
gemahl. Zucker
oder **4** Pakete
Puddingpulver
als Beigabe.
Gültig am 26., 27., 28., 29., 30. Juni

Gutschein.
Bei Einkauf von **2** Pfund meiner **vorzügl. Eßbutter-Ersatz-Edel-Margarine**
„Pfirsich“
gewähre ich geg. dies. Gutschein
1 Pfd. garantiert reine
Block-Schokolade
oder 1 Dose enthaltend
25 Bouillonwürfel
als Beigabe.
Gültig am 26., 27., 28., 29., 30. Juni

Gutschein.
5 Pfund Weizenmehl
(Sternmarke) oder
1 Flasche (3/4 Liter) **Limetta**
oder **1** Pfd. gar. reinen
Kakao
oder **5 Pfund Sternmehl**
erhält der Ueberbringer dieses bei Einkauf von **3** Pfund
Edel-Margarine
„Pfirsich“
als Beigabe.
Gültig am 26., 27., 28., 29., 30. Juni

Das Universal-Fernglas

Ein **billiges,** aber **gutes** Glas!

Die hervorragenden Eigenschaften unseres speziell für **Reise, Sport, Theater, Jagd** usw. gleich gut geeigneten Universalglases durch Worte zu beschreiben, erscheint uns ungenügend. Damit sich jedermann von der Ausstattung, den optischen Leistungen und der Preiswürdigkeit unseres Glases persönlich überzeugen kann, versenden wir **10 000 Stück kostenlos**

5 Tage zur Probe mit Rücksendungsrecht bei Nichtgefallen. Wir liefern es mit feldflüchtigem Etui und 2 Umhängeriemen, für nur 30,60 M. gegen Monatsraten v. **2 M.** ohne Anzahlung. **Verlangen Sie sofort Ansichtssendung. Postkarte genügt.**

Bial & Freund, Postfach 289/319 **Breslau II**

Photogr. Apparate unter gleichen Vergünstigungen laut Katalog

---

Grüne Sohlen, Marke Goliath.

Die besten der Welt. Preisgekrönt in allen Fachausstellungen. Unübertroffen in Haltbarkeit.

Alleinvertrieb für Dresden-A. und Vororte

Zu haben nur in den

Otto Hofmannschen Schuhreparaturen

Hauptgeschäft: **Wettinerstrasse 47**

Filialen: **Grunaer Straße 37, Reißigerstraße 69, Paul-Gerhardt-Straße 17, Alt-Tolkewitz 19, Laubegast, Fährstraße 15,** Lindenhaus.

NB. Mann lasse sich nicht täuschen, denn niemand anderes bekommt **Grüne Sohlen, Marke Goliath. D. O.** [L 121

E. PASCHKY.

Pillnitzer Strasse 14	Tel. 15102	**Wettinerstrasse 17**	Tel. 21636
Alaunstrasse 4	Tel. 22367	**Rosenstrasse 43**	Tel. 21736
Bismarckplatz 13		**Hechtstrasse 27**	Tel. 14866
Eing. Lindenaustr.	Tel. 14162	**Torgauer Strasse 10**	Tel. 21580
Zöllnerstrasse 12	Tel. 22806	**Trompeterstrasse 5**	Tel. 21967
Bienerstrasse 11	Tel. 14671	**Reisewitzerstrasse 11**	Tel. 14114
Wartbaer Strasse 14	Tel. 14030	**Plotenhauerstrasse 24**	Tel. 12970

Kontore und Lagerräume: **Wölfnitzstrasse 1. Tel. 21634.**

Freitag und Sonnabend früh

von riesigen Fängen

in feinsten Qualitäten zu billigsten Preisen!

Seelachs, „Helgol.“, ohne Kopf in großen Prachtfischen . . . . . Pfund **12** ₰

bei mindestens 40 Pfund a Pfund **9** ₰, Postkollo **125** ₰

Kabljau, „Helgol.“, steife, grüne, etwa 2pfünd. Pfund **12** ₰

Goldbarsch, ohne Kopf, extrafett . Pfund

Seehecht, etwa 2 Pfund schwer . . . Pfund **16** ₰

Schellfisch, ohne Kopf, in ff. großen, blanken Fischen . . . . . Pfund

Seehecht ohne Kopf, in großen, hochdelikaten Fischen Pfd. **20** ₰

bei mindestens 40 Pfund a Pfund **15** ₰, Postkollo **2** ℳ

Ausführliche gedruckte Kochrezepte gratis.

Feinste fette

neue Vollheringe

mit Ansatz von Milch und Rogen

10 Stück 55 ₰ und 70 ₰.

100 Stück **5.—** ℳ und **6.50** ℳ

1/1 Tonne etwa 825 Stück **36** ℳ, 1/2 Tonne **19** ℳ

1/1 Tonne etwa 725 Stück **38** ℳ, 1/2 Tonne **20** ℳ

Große neue saure Gurken

Stück von **10** bis **12** ₰

bei mindestens 50 Stück a Stück **9** und **10** ₰

Versand prompt gegen Nachnahme. [L 213

Tischler und Polster-Möbel Eigene Werkstatt

Sauberste Ausführung

Komplette Wohnungs-Einrichtungen

kauft man am besten bei [L 1570

O. Ließner, Leutewitz, Dorfstraße 3.

Zahnersatz :: zu mässigem Preis u. leichter
plomben :: Zahlung empfiehlt ::
Dentist **Max Flach,** **Amalienstr. 3, II. Et. u. Bautzner Strasse 14.**

[B 1764

+ Damen +

empf. bess. **Spülapparate, Mutterspritzen, hyg. Artikel** und wenden sich bei Störung vertrauensvoll an

Frau Fröhlich, Balkstraße 23, I.

Schweinefleisch

jeden Freitag und Sonnabend,

2 Pfd. von 1 M. an. [B 574

Wartburgstr., Ecke Spenerstr.

Thürmer-Kaffee:

Hervorragend feiner Geschmack.

macht hat. Dem „Kaufrod" geht ein eigens dafür gedichteter Prolog von Herbert Eulenberg voran. Die Aufführung, die Eberh. selbst leiten wird, findet auf der von ihm in Delbe erbauten Bühne der Deutschen Werkbundausstellung in Köln mit Paul Wiecke von Dresden als „Kaufrod" und Hans Molenar von Berlin als „Ute" statt.

Humor und Satire Unter Dostojewsky kannte man auch aus der alten Schule der Segelschiffahrt. Ueber die technischen Einrichtungen auf modernen Schiffen hatte er sich eine eigene, durch seine große Theorie beeinflußte Anschauung gebildet, die er gelegentlich seiner „Vorträge" dem lauschenden Kreise seiner Schüler einzuprägen bestrebt war. Das Auditorium setzte sich aus den Gutsherren des Schiffchens zusammen: Kapitänen, Segelmacher und Depotmänner; Leute, die gleich Langlebigen in den unteren Räumen des Schiffes ihr Dasein fristeten. Einmal durfte ich folgende populäre Erklärung des Wesens der Elektrizität mit anhören:

„In der k. u. k. Kriegsmarine sind zwei Arten von Elektrizität eingeführt: ein positive und eine negative.

Gewöhnlich wird nur die positive gebraucht. Sie kommt aus der Lichtmaschine, geht von dort durch alle Decks auf die Kommandobrücke und kletert am Mast hinauf, wo sie die Signallichter anzündet. Dann führt sie wieder zur Lichtmaschine zurück. Die Elektrizität braucht höchstens fünf Minuten, um von unten auf Deck zu kommen — nicht, wie Ihr sagtet Gefahrt, auf das man immer eine halbe Stunde warten muß, bis es auf Deck kommt." (Ausfrie)

Dresdner Kalender

Theater. Mitteilungen aus dem Bureau der Königlichen Hoftheater. Die Oper Arieden auf Naxos von Hugo von Hofmannsthal, Musik von Richard Strauß (zu spielen nach dem Bürger als Ehrenmann jed Molière) wird zum zweiten Freitag den 26. Juni zum erstenmal im Kgl. Schauspielhaus aufgeführt. Die Dichtung beginnt 7½ Uhr.

Auf vielfach geäußerte Wünsche des Publikums und der Ehrenmitglieder wird vor Schluß der Spielzeit Goethes Faust I. in der neuen Einrichtung und Ausstattung noch einige Male wiederholt, und zwar finden die letzten Aufführungen des Werkes am Sonnabend den 27., Montag den 29. Juni und Sonntag den 5. Juli statt.

Residenztheater. Am Mittwoch den 30. Juni geht der Schwank Die spanische Fliege zum letztenmal in Szene.

VVK Volksvorstellung im Residenz-Theater Die Vereinigung für Volksbildung und Kunstpflege veranstaltet im Residenz-Theater Volksvorstellungen. Die neunte findet statt am Sonntag (28. Juni), nachm. 3½ Uhr, mit dem Schwank „Die spanische Fliege" von F. Arnold und E. Bach. — Eintritts-Karten zum Preise von 1,—, 0,80, 0,55 und 0,30 M. sind zu haben: Sanitätsgeschäft Bitterfeldstraße, Altenbergstraße 6, 1. Etage; Volksbuchhandlung, Bettinerplatz 10; B. Hellmuth, Zigarrengeschäft, Augsburger Straße 15; G. Hanne, Kesselsdorfer Straße 21 (Kaufhaus); Robert Wirth, Helgolandstraße 10 (Kaufhaus); Hermann Schubert, Kaufhausstraße 28 (Kaufhaus); Kellerlichtmeister Lochen, Thorwaldsen Straße 28 K.; Heinrich Müllerstraße, Ecke Leipziger Straße (Kaufhaus); Max Pfeifer, Hechtner Straße 33; Bernhard John, Hofmannstraße (Kaufhaus); Chm. Gerstel, Naumannstraße 1 (Kaufhaus); G. Hänger, Hauptgartenstraße 8; Bruno Michaelis, Marienstraße 20; Richard Dreschler, Radebeul, Lessingstraße 5; Hermann Wendisch, Hellerau, Dalcrozeberg 10; Otto Gerlle, Großenhainer, Schulstraße 5; Ernst Eulitz, Leuben, Leipzigerstr. 17; Ernst Gelde, Lockwitzer Straße (Kaufhaus); Hans, Gärtnerstraße in Cotta, Dresdner Straße 61, sowie bei allen Gewerkschaften. — Dies ist gleichzeitig die letzte Vorstellung.

Sport und Körperpflege

Radfahrer, Sportverein Sonnabend den 27. Juni, abends 8 Uhr, Versammlung. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht.

Arbeiter-Radfahrer, Mitgliedschaft Dresden: Sonntag den 28. Juni: Abteilungs-Karnittegtour nach der Talsperre Klingenberg. Abfahrt früh 4 Uhr von den Abteilungsschulen. Einfahrt auf der Hinfahrt Gasthof Hackenhorst; zurück über Bellenberg, Gimmelsberg, Schlegenhaus Theurendt. — Hin und zurück 64 Kilometer. — Gäste willkommen.

Radfahrer-Kameraden, Bezirk Dresden. 1. Gruppe: An dem am 28. Juni in Cotta (Sportplatz an der Hebbelstraße) stattfindenden Gruppenspielfest ist folgende Spielordnung festgesetzt. 29 spielen: Handball von 2½ bis 3 Uhr Dresden 1 — Cotta 1 (Löbtau), Löbtau 2 — Cotta 2 (Dresden), Dresden 3 — Cotta 4 (Löbtau). Von 3 bis 3½ Stricken. — Bockisch (G.) (Dresden), Dresden 2 — Gorbitz (Cotta), Wildbruff 2 — Löbtau 1 (Cotta). Von 3½ bis 4 Cotta 2 — Wildbruff 1 (Löbtau), Löbtau 3 — Cotta 3 (Bockisch), Löbtau — Dresden (G.) (Wildbruff). Von 4 bis 4½ Cotta — Wildbruff (G.) (Gorbitz), Cotta 6 — Dresden 4 (Löbtau); Tamburin, Turnerinnen, Cotta — Löbtau (Cotta); — Barlauf von 5 bis 5½ Dresden — Löbtau 2 (Cotta), Cotta 1 — Wildbruff 1 (Löbtau); Stricken — Wildbruff (G.) (Gorbitz). 5½ bis 6 Cotta 2 — Löbtau 1 (Dresden), Löbtau — Cotta (G.) (Wildbruff), Cotta 3 — Wildbruff (G.) (Gorbitz); von 6 bis 6½ Staffettenlauf über 750 Meter. In jeder Mannschaft laufen 10 Mann ca. 75 Meter. Von 6½ bis 7 Gesellschaftsspiele. — In Klammer steht (G.) Gesellschaftsspiel. (G.) Jüngling. (Berlinerin) stellt Schiedsrichter. Mannschaften, welche zur festgesetzten Zeit nicht antreten, haben verspielt. Jeder Verein hat seine Gäste mitzubringen. — Gruppenturnen: Sonnabend den 27. Juni, Punkt 8 Uhr. Gruppenausschußsitzung im Volkshaus.

Striesen: Sonnabend den 27. Juni Radfahrt in der Dahlaing. Jeden Mittwoch und Sonntag, vormittags, Spielen auf den Elbwiesen.

Heidegruppe: Die Lehrstunde für Turnerinnen findet am 5. Juli in Radeberg statt. Beginn 2 Uhr nachmittags. Da nur Material aus der Unter- und Mittelstufe geturnt wird, können und müssen alle Turnerinnen jeder Altersstufe vertreten sein.

Radeberg: Sonntag den 28. Juni, nachmittags 4½ Uhr, Schwimmen auf dem Turnplatz an der Radebergerstraße.

Uebigau: Sonntag den 28. Juni Tagestour: Bestel, Schwarzenleiher, Hoffstein, Pulsnitz. Abfahrt früh 6 Uhr Hauptbahnhof.

Wellroda: Sonntag den 28. Juni Sommerfest, verbunden mit Schauturnen. Beginn 3 Uhr nachmittags.

Wilschdorf: Sonnabend den 27. Juni, abends 9 Uhr, Holzhauerversammlung im Gasthof Wilschdorf.

5. Gruppe: Das turnerische Material, nach dem zum Gruppenturnfest am 30. August in Pirna geturnt wird, ist den Vereinen eingegangen. Die Turnwarte haben die Pflicht, schon jetzt tüchtig zu üben; denn nur durch fleißiges Ueben kann etwas Gutes erreicht werden. Die Stützpunktvereinigungen als Sonderabteilung der Gruppenvertreterschaft werden in den nächsten Tagen ausgeschrieben. Zugleich wird ein Anhang beigefügt, indem die im gedruckten Material vorhandenen Fehler korrigiert sind.

Wilmsdorf: Sonntag den 28. Juni Tagestour nach Wilsdruff, Kesselhöhl.

Obercaradorf: Sonnabend den 27. Juni wichtige Versammlung bei Gepegk. Der geplante Wanderabend nach Dittscheidt findet demnach erst am 4. Juli statt.

Meißhufe: Sonnabend, abends 7 Uhr, und Sonntag, früh 6 Uhr, Spielen der Hock- und Faustballmannschaften, nachmittags 4 Uhr, Faustball.

6. Gruppe: Sonnabend den 27. Juni, abends 7½ Uhr, im Alten Gasthof Nagelin, Turnausschußsitzung. Hierzu müssen auch die Vereinsspielleiter der Vereine mitnehmen, welche sich am Gruppenspielfest beteiligen.

Fußball: Meldungen zur Schiedsrichterprüfung sind bis 1. Juli namentlich bei Willi Mennert, Radeberg, König-Albert-Straße 33, einzureichen. Für jede Mannschaft sind zwei Prüflinge zu melden. Diese müssen jedoch das 18. Lebensjahr erreicht haben.

Touristenverein Die Naturfreunde. Ortsgruppe Dresden: Sonntag den 28. Juni: 1. Tagestour: Kaitzen, Türen Gasch, Hohnstein, Hinterhermsdorf, Polenzmühle, Brandbaude. Abfahrt früh 5 Uhr vom Hauptbahnhof nach Kaitzen. — 2. Tagestour: Kaitzer Aschenberg, Deutsch-Gerspersdorf, Hirschgrunden, Fürstenwalde, Stürmer, Rißlebinger Kreuz, Zinnwald. Abfahrt früh 4,10 Uhr vom Hauptbahnhof 4. Klasse nach Freiberg. Von hier 3. Klasse nach Kaitzenberg. Fahrgeld: 2,80 M. — 3. Alpentour: Urbachtour. Abfahrt früh 5 Uhr vom Hauptbahnhof nach Schmilka. — 4. Halbtagstour verbunden mit Exkursion in den Garten der Forstakademie Tharandt. Die Führung durch naturwissenschaftliche Einrichtungen hat Herr Professor Dr. Neger bereitwilligst zugesagt. Abfahrt mittags 1,18 Uhr nach Tharandt. — Donnerstag den 2. Juli: Zusammenkunft im kleinen Volkshaussaal. 8½ Uhr. Gäste zu allen Veranstaltungen willkommen.

Ortsgruppe Radeberg: Sonntag den 28. Juni Heidewanderung. Abmarsch 2 Uhr von der Post. Die Mitglieder beteiligen sich am Ausflug ihrer Verbandes. — Vereinslokal: Radeberg, Deutsche Eiche. Zusammenkünfte Mittwochs, 8½ Uhr.

Ortsgruppe Arbergau-Oelsa: Sonntag den 28. Juni Halbtagstour: Thiendorfer Mühle, Tharandt, Alte Kirche, Sorgenbrücke. Abmarsch 1½ Uhr vom Sängerheim. — Zusammenkünfte im Sängerheim Donnerstags, 8½ Uhr.

Ortsgruppe Bärenkirchen: Sonntag den 28. Juni Halbtagstour: Wilisch. Abfahrt mittags 1,06 Uhr Röhrsdorfer Bahnhof nach Niederschlag. — Jeden Donnerstag Versammlung im Dampfschiff-Restaurant Röhrsdorfer Bahnhof. 8½ Uhr.

Ortsgruppe Brockwitz-Coffebaude: Sonntag den 28. Juni Halbtagstour, verbunden mit Exkursion in den Garten der Forstakademie Tharandt. Abfahrt 1,18 Uhr vom Hauptbahnhof. — Gäste willkommen. — Zusammenkünfte Mittwochs im Bad zur Erholung, Kemnitz. 8½ Uhr.

Verband Volksgesundheit. Der Verband Volksgesundheit ist die Organisation zur Aufklärung der Arbeiterschaft in der Gesundheitspflege und Heilkunde. Er will aufklären über die Ursachen, die Entstehung und den Verlauf der Krankheiten, über die Gesundhaltung einer lebensgemäßen, individuellen Krankenbehandlung; insbesondere will er die natürlichen Heilfaktoren: Licht, Luft, Wasser, Tee, Gymnastik, Massage zur Anerkennung und allgemeinen Anwendung bringen.

Ortsverein Dresden-West: Sonnabend den 27. Juni Wandervergnügen nach Kaitzdorf; daselbst Tanz. Treffpunkt im Vereinsgarten 8 Uhr. Mittwoch Gesellschaftsabend 8½ Uhr.

Ortsverein Radebeul: Sonntag den 28. Juni Halbtagspartie mit Musik nach der Talsperre Malter. Abfahrt Gasthof Radebeul 11,47 vormittags.

Ortsverein Schmiedeberg: Sonntag den 28. Juni Vergnügungsfahrt nach Oberfrauenhof. Abmarsch 1½ Uhr vom Marktplatz.

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 143 Donnerstag den 25. Juni 1914

Die deutsche Werkbundausstellung in Köln

Zum erstenmal seit seinem Bestehen ist der Werkbund vor den Toren zu Tore übergegangen. Die große Ausstellung, durch die er in diesem Jahr in Köln Zeugnis ablegen will für die Wirkung der von ihm seit Jahren verbreiteten Ideen über die Veredlung der Materie durch den künstlerischen Geist ist umfassender, als es eine der vorhergegangenen Werkbundausstellungen war. Es einer Uebersicht auch über Technik und Industrie geworden. Es gibt ja kaum ein Gebiet der Menschenarbeit, das nicht irgendwie durch die fortwährende Phantasie künstlerisch bereichert werden könnte. In dieser fast unbegrenzten Weite des Programms aber lag auch vielleicht eine Gefahr: Mit Recht kommen wir nicht und nicht von der ästhetischen Fülle der Weltausstellung zurück. Als die Gebiete aber, die der Werkbund bisher bereichernd, klärend, wenn sie nicht durch das Unzulänglichgewichtig beschränkt waren, sehr wohl das Gesamtbild einer Weltausstellung zu klären ergeben.

Der Gedanke der strengen Auslese sämtlicher Gegenstände durch das große Gleis der Jury hat die Aufstellung der einzelnen Ausstellungsbauten nicht ganz derselben strengen Anforderungen genügt. Es fehlt ihnen ein einzig an künstlerischen Fassaden und jener Leichtigkeit der dekorativen Gestaltung, wie man sie in diesen flüchtigen Schöpfungen eines einzigen Sommers wünschen muß. Zwar sind die besten Namen des Werkbundes nicht nur, sondern unserer modernen Baukunst überhaupt an diesen Bauten beteiligt: Theodor Fischer hat die große Hauptbaulle entworfen, einen Kuppelbau mit zwei breit ausladenden Flügeln, Peter Behrens hat in seinem bekannten kubisch-mathematischen Formen ein etwas kleines Festhaus gebaut, Bruno Paul ist der Urheber eines langgestreckten Restaurants und einer Weinstube, die vorzüglich im Innern angemalte frohe Farben und Malereien aufweist. Eine lange Ladenstraße in ziemlich einfachen Architekturen stammt von Edwin Lempel. Das dazugehörige Hauptstück von Riemerschmid und Haas führt nach dem Rhein zu einer aufgebauten und sehr gefälligen Front. Auf der ehemaligen Jahrtausendhalle, die den wichtigsten alten Bauten überschattet wird, hat Wilhelm Kreis ein Treibhaus in so nüchternen Kaiserlichen Formen hingesetzt, einen Bauten Kuppelbau mit zwei schwarz hervorstehenden Seitenflügeln und einem kaiserlichen Intermedium, daß man nur mit aufrichtigem Bedauern von einer verfehlten Gelegenheit sprechen muß, die hier für die wuchtvolle ideale Anlage eines Erholungsbaues im Grünen gegeben wäre. Sehr unbedeutend bleibt die langgestreckte Werkstätte von P. Oberhardt, um vielleicht ebenmäßiger das gegenüberliegende Gebäude der Farbenfirma von Hermann Muthesius, und eine durchaus neuartige Anlage, sowohl in Grundriß wie in der Hallenkonstruktion, ist die große Baugruppe, Garten und Gesellschaftshaus, von Walter Gropius. In diesen mehr offiziellen Bauten kommt dann noch eine Anzahl mehr oder weniger gelungener Sonderbauten hinzu, von denen das behagliche dritte Haus für Bremen und Oldenburg, das flache, leichtfertige „Haus der Frau", die einzelnen Bauten des niederrheinischen Dorfes, und vor allem das Österreichische Haus von Joseph Hoffmann hervorzuheben sind. Der bekannte Wiener Architekt hat hier eine ebenso kühne wie intuitive Schöpfung ausgeführt, eine glatte Pfeilerarchitektur mit drei geschickt gestellten Giebeln und einem derbsinnigen Schmiedeeisen, der als einziges Ornament auch um das ganze Haus verläuft.

Auch im Innern ist das Österreichische Haus genauen Studiums wert, denn es vereinigt auf kleinem Raum eine ebenso gediegene wie anregende Menge von kunstgewerblichen Arbeiten aus allen Gauen der Monarchie. Neben den kaiserlichen Gebäuden aus Gemälden der Wiener Werkstätten, den zarteren handgebildeten Kunstarbeitsschätzen Wiener Architekten sieht man die handwerklich selbständigen Arbeiten, die auf Veranstaltung des Gewerbeförderungsamtes aus den verschiedenen Landesteilen gesammelt worden sind. Hier ist ein starker nationalistischer Einschlag zu fühlen, wie denn auch sonst in den verschiedenen Arbeiten der Wiener die noch ungebrochene Freude am Erfinden und am Schmücken der Form die Teilnehmer erregt.

Die deutsche Produktion, die sich nicht einer so strengen Auslese auf kleinem Raume zu unterwerfen hatte, hat es naturgemäß schwerer. Die einzelnen kleinlichen Sonderbauten, die beispielsweise noch auf der letzten Kunstgewerbeausstellung von 1906 das Handwerk von der Industrie zu trennen suchte, ist in Köln gefallen. Im Hauptgebäude findet man erlesene Gold- und Silbersachen aus Pforzheim und Hellbrunn neben Jugendstilmöbeln, Seidenstoffen, handgewebten oder maschinenmäßig hergestellten Teppichen. Hier stechen die Gegensätze manchmal so sehr durcheinander, daß es schwer ist, sich in dem Gewirr zurecht zu finden, um so mehr, als nur einzelnen Handwerksgebieten, wie z. B. Bayern, ein besonderer Saal eingeräumt ist.

Einen gewissen Anhalt für die Beurteilung dessen, was in den verschiedenen Gebieten und Landesteilen hauptsächlich produziert wird, geben die Schaurräume, die durch das ganze Gebäude hin verteilt sind. Es ist bemerkenswert, daß eine nicht geringe Anzahl deutscher Städte, wie beispielsweise Hamburg, Breslau, Dresden, Leipzig, Chemnitz, Hagen, Hannover, Köln usw., daß ferner auch Staaten wie Sachsen und Württemberg Werk darauf gelegt haben, auf der Werkbundausstellung in eigenen Räumen zu repräsentieren; so zeigt Hamburg einem sehr vornehmen, schwarz und weiß ausgestatteten Innenraum mit einem in ganz neuer, ornamentaler Technik ausgeführten Glasfenster von O. Eckmann. Breslau zeigt interessante Wandteppiche, schöne Gläser und Schmucksachen, Württemberg interessiert durch seine ausgezeichneten Silberarbeiten, durch gute Möbel und einen modern ausgestatteten Eßsaal. Im Raum der Stadt Hagen leuchtet ein großes Mosaikgemälde von Johann Thorn-Prikker, eine Wandmalerei für den zukünftigen Festsaal der neuen Stadthalle. Dreiche Künstler zeigt in dem schmalen und hohen Vorderbau, den die Firma Puhl, Wagner u. Heinersdorff errichtet hat, einen großen Kirchenfenster von einer tiefdunkel mittelalterlich leuchtenden Farbenglut.

Die Farbenschau, von Muthesius aufgestellt, dürfte einer der Hauptanziehungspunkte der Ausstellung werden. Seit Jahren wird schon daran gearbeitet, die haltende Kraft der alten, echten Pflanzen- und Mineralfarben auch mit den modernen Farbstoffen zu erreichen. Bisher leider nur wenig Erfolg, und doch dürfen wir täglich auf Schritt und Tritt, wie wichtig die echte Färberei an Kleiderstoffen, Tapeten, Haus- und Zimmermöbeln, am trockenen Möbel oder am lebengebundenen Buche ist. Nun scheint man tatsächlich so weit zu sein, daß auch die modern gefärbte Seide, Wolle oder Baumwolle das Licht verträgt, ohne sich wesentlich zu verändern. Was die großen Farbenfabriken an bedeutsamen und unbeschränkten Großversuchen gegen, erweckt alle möglichen guten Hoffnungen für die Zukunft. Auch die Herstellung der farbigen Gläser und Metallen, die wir an den Glasfenstern von Prikkstein, Bengen u. a. prüfen können, scheint heute tatsächlich so weit gefördert zu sein, daß es möglich ist, die kräftigste Wirkung zu erreichen. Eine Kölner Firma führt sehr interessante Farben vor, die sie der glänzenden Muschel, dem leuchtenden Gefieder des Vogels, dem farbigen Gefiedern die Töne entlehnt und in ornamentaler Verarbeitung auf das Gewebe überträgt.

Von den insgesamt 22 Lehranstalten, Kunstgewerbe- und Fachschulen gewinnen man den Eindruck, daß die viel beklagte Entfernung der Lehrmethode jetzt endgültig überwunden ist. Alles fließt und die Persönlichkeit des Lehrers hat ebenso freien Raum, sich nach eigener Methode zu regen, wie diejenige des Schülers, der Phantasie seinen Lauf zu lassen. Natürlich wird man da und dort immer wieder die Persönlichkeit des Lehrers durchfühlen; aber das ist ja wohl nicht zu vermeiden. Einen besonders nachhaltigen Eindruck machen die Arbeiten der Kunstgewerbeschulen Magdeburg, Hamburg, Berlin und, mit gewisser Einschränkung, Breslau. Hamburg ist besonders als Pflanzstätte der Wiener Schmuck- und Werkgewerbe interessant. Die Rheinlande haben die Anregung der expressionistischen Malerei einigermaßen über ins Kunstgewerbliche übertragen: allerlei futuristische Einfälle drängten sich in Stoffen auf Gebäuden und Zierbeiden entgegen. In Breslau hat die dortige Kunstschule eine besondere Abteilung für Theaterausstattung eingerichtet; die sehr geschickten Arbeiten berühren einigermaßen ästhetisch und sind offensichtlich unter dem Einfluß des russischen Balletts entstanden. Was man von Volksschulen und höheren Schulen an künstlerischer Betätigung sieht, ist meist in den Resultaten noch in der Methode sehr charakteristisch. Bedeutende Arbeiten gibt es in der Ausstellung des Pestalozzi-Fröbel-Hauses in Berlin, wo die Kinder aus bedruckten oder ganz billigen Material wunderbarliche Gebäuchen bauten.

Dann die ganze Ausstellung hin verteilt, und zwar in ununterbrochen gleich großen Räumen, ist die Raumkunst. Wie Räume eingerichtet sind in den Cafehäusern der Hauptstadt, im Kölner Haus wie in Haus der Frau oder im Sonderbau für Bremen-Oldenburg. Die Frage zu aufstellen, ob wir einen modernen Wohnungsbau haben, gefallen, Geschmack verfehlen, ist außerordentlich schwer. Ich verneine sie ohne gewissen, sie zu verneinen. Wir sind noch nicht so weit. Wir sehen eine Fülle von geschmackvollen Einzelerzeugnissen, außerordentlich feiner Stilmaterialien (modernstes Schmiedeeisen), im Haus der Frau begegnen uns sehr schöne Frauenzimmer, in der Hauptstadt haben wir eine reiche und gute Auswahl von Geräuch und Arbeiten in Obstmöbeln; aber dazwischen Stoffe

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140625/15 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

doch dieses, was mit seiner Modernität auftrumpft, dieses überladene Prunkstück, das dem Beschauer auf die Nerven geht. Hierzu werden für die meisten wohl auch die dekorativen Wandbilder in den äußeren Arkaden der Haupthalle gehören, Arbeiten, die von der Malerschule in Stuttgart unter zahllosem Verzicht auf alle bisher gültigen Anschauungen von menschlicher Proportion ausgeführt sind. Ob das neue Theater von Henry van de Velde wirklich eine neue Ära dieser Raumgestaltung einleiten wird, steht dahin; mir scheint, der Künstler selbst hier und auch in seinen sonstigen Bauten an architektonischen Vorstellungen, die unseren [illegible] Grundbegriffen von getragener Last und tragender Stütze zuwiderlaufen. Er vermeidet nach Möglichkeit die gerade Linie, weil sie ihm nicht leicht genug erscheint, und dadurch beraubt er sich ganz eines der wichtigsten Kunstmittels zu den geschwungenen und gewundenen Linien, die er zu seinem architektonischen Wirken benötigt.

Doch wie dem auch sei: Lehrreich in diesem bleibt die Ausstellung doch. Sie ist wirklich, was sie sein soll: Ein Dokument unserer heutigen Qualitätsarbeit auf allen Gebieten. Sie beschäftigt nicht mehr, als bei solchen Ausstellungen gemeinhin beschäftigt wird; denn natürlich soll nur das Beste gezeigt werden. Man hat es bedauert, daß diese ganze Produktion so in die Breite gegangen ist. Man fragt, was hat ein künstlerisch eingerichteter Speisewagen oder eine Dreschmaschine oder etwa die riesige hydraulische Schmiedepresse für Panzerplatten, die unter freiem Himmel wie ein Ungetüm in die Luft ragt, was hat das alles mit den leidenschaftlichen Künstlerträumen zu tun, denen die Führer der modernen Bewegung im Kunstgewerbe vor 15 Jahren nachhingen? Gewiß hat sich die damalige Bewegung verbreitert und auch verflacht. Der schaffende Künstler ist dem Bedürfnis entgegengekommen, er hat sich volkswirtschaftlichen Forderungen anbequemt. Seine Träume von schönen Dingen sind vielleicht nicht ganz Wirklichkeit, aber sie sind marktfähige Gebrauchsware geworden. Dieser Ausgleich ist noch im Werden, er wird mit vollen Kräften nach dem Handwerk und Industrie erstrebt, ja das Handwerk fühlt sich jetzt schon unbequem genug unter der künstlerischen Vormundschaft, es meint genug gelernt zu haben und möchte sich frei machen. Der Werkbund betont in seiner Ausstellung die Einheit. Darin liegt seine Stärke und vielleicht auch seine Schwäche. Er will der Gesamtheit zuführen, was die Einzelnen errungen haben an neuen Ausdrucksformen der Form. Er will der gute Gärtner sein und zeigen, wie die künstlerischen Keime im rechten Erdreich gewachsen sind und was für Frucht sie bringen. Wie man sich auch zu der Bewegung stellen mag, ob man in ihr einen neuen Aufschwung sieht oder ein Mittel zur Erlösung von dem Uebel der massenhaften Schundproduktion auf allen Gebieten, schwerlich wird man eine Ausstellung nicht ablehnen dürfen, die alle diese und noch viel weitergehende Fragen vor aller Welt zur Erörterung stellt. K.

40)

Die Mittagsgöttin

Von Wilhelm Bölsche

Frieden — Ruhe — Schlaf — mehr konnten diese verzerrten Züge nicht ersehnen. Auch ich sehnte mich als Lebendiger danach. Einst war mir der Gedanke ewiger Ruhe entsetzlich gewesen. In diesem Momente fragte ich mich, ob es niemals absolute Ruhe gäbe? War ewiges Weiterleben eine Erlösung? Die Menschheit hatte das Umgekehrte gesagt in ihrer Sage vom Ahasver. Ewige Ruhe: ewiges Nichtwissen . . . und wenn dieses Nichtwissen nun besser war als volle Erkenntnis? Ich dachte an die Nacht. Hätte der Schein des Augenblicks Wahrheit gesprochen, Lilly verdammt, o, wäre es dann nicht tausendmal besser gewesen, wir wären ewig blind geblieben, hätten nie erfahren, was die Wahrheit war?

Als ich aus dem Walde trat, begann es in starken Tropfen zu regnen. Ich eilte zwischen den Garben durch auf die Mühle zu und suchte für einen Augenblick Schutz in der engen, verräucherten Wirtsstube. Schmutzige Arbeiter in Hemdärmeln drängten beständig aus und ein. Der Raum war schmal. Ein riesiger Kachelofen in die Wand eingelassen, im Hintergrunde ein niedriger brauner Schrank, der als Büfett diente, an den Seiten eine umlaufende Holzbank, die winzigen Fensterchen mit roten Gardinen, an der Decke eine flitternde Hängelampe. Eine blonde, blasse Magd in nüchternem grauem Hauskleide ohne Nationalfarben verschenkte mit ziemlich viel Geklirr und Geklapper aus einer großen Flasche den Branntwein. Die langen, mehlüberstäubten Gestalten kamen und gingen mit schwerem Tritt, aber ohne viel Worte. Als das Stampfwerk der Oelpresse im Nebenraum plötzlich schwieg, entstand eine große Stille trotz der vielen, beständig aus der Luke des dunklen Mühlraumes auftauchenden Menschen. Ich trank ein Glas Branntwein im Winkel, ohne daß jemand Notiz von mir nahm. Die Leute schienen wie Teile der kalten, polternden Maschine selbst, die irgendein Mechanismus von Zeit zu Zeit in die Schenke herausbeförderte, damit sie sich ihre eingerosteten Nerven mit einem Tropfen anfeuchten ließen, wie man ein Rädchen ölt. Und das alles, dachte ich, rafft nun morgen der Tod, er irrt als Geist im Jenseits, vielleicht auch dort wieder Maschine, nur in anderer Art.

Wozu? Wozu?

Der Dunst in dem engen Verlies war auf die Dauer unerträglich, es schien auch, als sei die Regenwolke schon wieder vorübergezogen, an den Vorhangecken leckte ein fahles Gelb vom Sonnenuntergang. Ich zahlte und ging. Was sollte ich hier länger?

Die nassen Winkel und Holzstöße des Hofes schimmerten schon grell im Abendgold. Die Ferkel grunzten. Unter der großen Linde lachten ein paar von den kleinen wendischen Müllerinnen übermütig laut, die bunte Tracht glänzte lustig vor dem Kanalspiegel, der feine Schaumwellen dahintrieb. Die rohe Lebensfreude in diesem Gezwitscher war mir heute ebenso zuwider wie der schweigende Ernst in der Schnapsstube.

Ich schritt rasch über die Brücke und war bald wieder allein in der abendstillen Landschaft, die zusehends in den Glutfarben des Sonnenuntergangs verschwamm. Der Pfad führte immer weiter vom Schlosse ab, mitten in die Kornfelder und Wiesen des großen Wendendorfes hinein. Ueber dem bronzefarbig aufblinkenden Korn und dem natürlichen Rosa und Gelb der Blumenwiesen die dicken braunen Heuschober mit ihrer Form trockener Birnen an langem Stiel, der Fahrweg selbst rot, mit glitzernden Wasseradern in den Radfurchen. Die kreuzenden Kanäle milchig-blau mit goldenen Spiegelbildern der vereinzelt treibenden Abendwölkchen. Hie und da ein Einblick in kleine Erlenhaine, dunkelgrün, wie natürliche Tempelchen, ein Busch Weiden, in denen der [illegible] scharf verschwand, überall dazwischen gesäumt die hohen silhouettenscharfen Pappeln.

Nach einer Weile tauchte aus einer größeren Baumgruppe ein einstöckiges, weißes Haus. Ich kannte es von den Streifereien mit Lilly her: das Wirtshaus zum „Wendenkönig". Saftgrüne Wiesen rechts und links, in der Mitte etwas ansteigend die rote Fahrstraße, oben dicht am Hause eine gestutzte Pappelreihe, steif wie Locken einer riesigen Perücke. Eine runde, schwarzblaue Regenwolke hing gerade über dem kleinen Zinnendach im zartblauen, wie mit feinfarbigen Strichen durchlegten Himmel. Der untere Rand vergoldete düster karminrot, und aus der ganzen Masse lief langsam wie ein brennend roter Tropfen, den die weißen Schaumwolken noch für kurze Zeit kühlten, die Sonnenscheibe. Der Giebel stellte sich vor den Feuerball, als ich näher kam, nach oben aber streckten sich jetzt flammende Strahlen ins Blau wie eine wirkliche Krone des alten Wendenkönigs.

Wie gleichgültig mir heute auch dieses gewaltige Feuerwerk der Natur war. Ich starrte in den dunklen Wolkenkoloß. Der Karminrand war jetzt eben, er krümmte sich fingerartig in die rötlichen Strahlen hinauf, eine dunkle, gespenstische Hand, die das letzte Glanzlicht da oben erfassen, erdrücken, in die Nacht hinunterzerren wollte. Ein Buch mit Seemannsmärchen, das ich als Kind besessen, fiel mir ein. Ein Bild war darin gewesen: die „Hand des Satans". Den kühnen Schiffern, die sich aufs offene Weltmeer hinausgewagt, reckte sich jählings eine turmhohe kohlschwarze Riesentatze aus der Flut entgegen und trieb sie zurück. Es war nicht die Wolke allein, die mich daran denken ließ. Auch aus dem Werke, an dem wir schafften, reckte sich eine Satanshand. Mahnte sie zur Umkehr? Oder gab es kein Entrinnen, hatte sie die Sonne schon verschlungen und kam nun auch über uns, langsam, unvermeidlich, mit der gräßlichen Konsequenz des Dämonischen . . .?

Ich trat in die kleine Wirtsstube. Sie war leer. Alles wie sonst, wenn ich mit Lilly hier gerastet: die roten Tische, der gelbbraune, verräucherte Kachelofen, die grobblauen [illegible] und rosenfarbigen Gardinen an den winzigen Fensterchen, an der Wand das eintönige Ticken der Uhr, durch die offene Verandatür das ferne Bellen eines Hundes . . . ich setzte mich auf die Bank und stützte den müden Kopf auf beide Hände. Kein Mensch schien zur Bedienung zur Hand. Endlich, nachdem ich ein paarmal mit dem Absatz aufgeklopft, tappte draußen etwas daher, kam die Ziegelstufen der kurzen Verandatreppe herauf. Ich hob das Gesicht und wollte gerade sagen „Bringen Sie mir doch . . ." aber es war nicht das Wendenmädchen, das ich erwartet hatte.

Uniformknöpfe glänzten, es war nur der Landbriefträger. Er grüßte und setzte sich an einen andern Tisch. Dann schien er mich nachträglich zu erkennen, er tauchte in seine Tasche, stand auf und brachte mir einen Brief. Es sei ein Zufall eingetreten, sein Rad habe sich festgefahren, deshalb komme er heute so spät. Er erzählte die Geschichte zweimal mit großer Genauigkeit und unter lebhaften Bewegungen seines kleinen rothaarigen Kopfes. Ich hielt inzwischen den Brief unerbrochen in der Hand . . . der erste Blick auf Handschrift und Poststempel hatte mir schon verraten, daß er von Therese kam. Endlich erschien die Wirtin mit einem Kinde auf dem Arm und hemmte den Redestrom. Da im Gemach schon Dämmerung herrschte, trat ich auf die Veranda hinaus. Und hier, an den kalten Verandapfeiler gelehnt, las ich den Brief, das Papier gelb vom Abendglanz, der sich noch einmal durch die Wolken gekämpft.

Zuerst war mir, als erklänge eine Stimme aus einer andern Welt. Meine Zeilen, die doch so stark von dem verstandesmäßigen Wissensdrange diktiert worden waren, hatten dem armen Mädchen offenbar die lebhafteste Freude bereitet. Trotz meiner müden, dem allem Erotischen unendlich weit entfernten Stimmung fühlte ich die Wärme, die diesmal schon gleich die Anrede ausstrahlte. Wenn überhaupt damals bei meinem frostigen Verhalten ein Groll entstanden war, so war er heute sicherlich verflogen, und die reine Freude war geblieben, daß ich überhaupt wieder einen Annäherungsversuch gemacht. Die ersten Seiten des Briefes handelten von ihrer Lage, ihren Studien, dem Leben in [illegible]. Ich wußte, daß sie dort nicht auf Rosen gebettet war. Und doch kein Wort der Klage. Sie war ein tapferes Mädchen. Mich faßte heute Sehnsucht nach diesem einfachen, nüchternen Kampfe ums Dasein, dieser sicheren Arbeit ohne den Irrwahn des Gedankens. Nach den wilden Bildern des Todes, der Geister, der Grabkreuze war das doch einmal wieder eine Stimme des Lebens schlechthin. Wir hier tranken Champagner und beschworen Gespenster. Dort rang ein verlassenes, kleines Menschenkind um sein Stückchen Brot und doch klagte es nicht.

Meine Augen hatten mehr zwischen den Zeilen gelesen als darin, eine Weile hatte ich die Schrift ganz verloren. Aber da war ja noch ein Bogen, was kam denn noch? Ja so, die Details der alten Geschichte, um die ich geschrieben. Gehorsam meinem Wunsche gab das gute Mädchen eine noch [illegible] ausführliche Schilderung der Vorgänge kurz vor Edmunds Tod. Der Streit mit dem Assessor hatte sich aus einer Ursache von entsetzlicher Wertlosigkeit entwickelt: Einsteigen in ein angeblich bereits überfülltes Coupé. Dann die gewöhnliche Folge: Wortwechsel, eine Ohrfeige, die Forderung; nur das eine recht eigentlich unlogisch und schmerzlich: Edmunds, des freidenkenden, modern fühlenden Edmunds Fall in diese jämmerlichste Grube konventionellen Wahnsinns. Ich las schnell hinweg über diese Sachen, im Grunde interessierte mich die alte Geschichte verzweifelt wenig. Aber ich stutzte doch vor einem Rätsel, das die weiterhin folgende Schilderung ergab. Das Duell hatte in der Frühe des nächsten Tages um sieben Uhr stattgefunden. Beim zweiten Kugelwechsel hatte Edmund einen Schuß in den Unterleib erhalten. Man hatte das arme Mädchen offenbar recht genau in die medizinischen Details eingeweiht: die Kugel konnte nicht aus dem Körper entfernt werden, Fetzen von Hose und Wollhemd waren in die Wunde mit hineingerissen worden und so weiter.

„Wenige Stunden später hatte mein lieber Bruder infolge einer inneren Verblutung ausgelitten, und kannst du dir meinen Schmerz denken, als ich ihn nicht mehr am Leben antraf."

Ich ließ das Blatt einen Moment sinken und sah in die Landschaft hinaus. Der Goldglanz war verblaßt, das Grün der Felder stand scharf unter dem tiefen Himmelsblau. Ich suchte in meiner Erinnerung nach den Details jener Szene vom „zweiten Gesicht". Um elf Uhr hatte ich die Erscheinung gehabt, elf Uhr abends.

Therese war schon im Laufe des Vormittags abgereist — laut Aussage ihrer Nachbarin. Und sie sollte Edmund nicht mehr lebend angetroffen haben? Elf Uhr stand als Todesstunde in jenem Telegramm. Ich las die Stelle noch einmal. Das Flimmern des Papiers war jetzt verschwunden, die Buchstaben hoben sich scharf von dem weißen Blatt.

„Wenige Stunden später."

Das hieß doch nicht: am späten Abend, nachdem der Schuß kurz nach sieben Uhr morgens gefallen war.

Einen Moment dachte ich, es sei bloß weibliche Inkorrektheit bei der Erzählung. Aber ich las weiter und stutzte abermals. Therese schilderte ihre Verzweiflung, ihre vollkommene physische Unfähigkeit zu irgendwelchem Tun im Laufe des Nachmittags. Sie war also nachmittags schon dort gewesen — Edmund anscheinend schon nachmittags tot. Und mehr: sie entschuldigte sich ganz besonders bei mir.

„Darum kam es, daß du das Telegramm wohl erst in der Nacht bekommen hast, du solltest es gleich haben, aber ich war so krank, es war mir auch alles so gleichgültig."

Diesmal ließ ich das Papier nicht sinken, ich las weiter bis zum Schlusse. Es enthielt nichts Bemerkenswertes mehr. Ich hatte ihn verstanden. (Fortsetzung folgt.)

Umschau

Heilkunde Die Wirkung der Jahreszeit auf die Schwindsüchtigen. Der Sommer gilt als die günstigste Jahreszeit für die Schwindsüchtigen, und dieser Satz ist ohne Zweifel begründet. Sind Erkältungen während der warmen Jahreszeit überhaupt seltener als im Winter und in den Uebergangsmonaten, so wird auch der Wirkung der Wärme und der Sonnenstrahlen in ihren Gesamteigenschaften ein günstiger Einfluß auf die Lungenkrankheiten einzuräumen sein. Immerhin kann eine solche Annahme nicht durch eine oberflächliche Beobachtung an den einzelnen Kranken bewiesen werden, sondern verlangt eine genaue Prüfung. Dr. Strandgaard hat in den dänischen Sanatorien möglichst umfassende Beobachtungen über das Ergehen der Schwindsüchtigen in den verschiedenen Jahreszeiten angestellt und jetzt seine Schlüsse der Medizinischen Gesellschaft in Kopenhagen mitgeteilt. Er konnte acht Heilstätten mit einer mittleren Belegschaft von 800 Kranken in Betracht, und die Untersuchungen erstreckten sich auf volle zehn Jahre, so daß zufällige Abweichungen von der Regel als ausgeschlossen gelten können. Die Kranken in diesen Heilstätten wurden jeden Sonnabend morgen gewogen und zeigten durchschnittlich eine Gewichtszunahme von 170 Gramm oder etwas mehr als ⅓ Pfund. Gerade die Gewichtszunahme aber schwankte auffällig mit der Jahreszeit. Sie betrug im Winter und ersten Frühjahr, also vom Dezember bis zum Mai ziemlich gleichmäßig nur 120 bis 130 Gramm und stieg dann schnell und beständig bis zum September, wo ein Höchstwert von 330 Gramm erreicht wurde, um dann wieder zu fallen. Die günstige Wirkung des Sommerklimas war so groß, daß die Gewichtszunahme im September durchschnittlich den doppelten Betrag erreichte als im Dezember. Nun ist die Gewichtszunahme der Schwindsüchtigen wohl das sicherste Zeichen für den Eintritt einer Besserung. Sie sagt zwar noch nichts über den örtlichen Zustand der Lunge aus, kann aber kaum stattfinden, wenn nicht die Krankheit selbst mindestens zum Stillstand oder Rückgang gekommen ist. Es können aber auch noch andere Belege für das bessere Ergehen der Schwindsüchtigen im Sommer erbracht werden. In einer der dänischen Heilstätten war während des ganzen letzten Jahrzehnts die Zahl der [illegible] und Bett gehaltenen Kranken im Winter doppelt so groß als im Sommer. Ebenso änderte sich die Absonderung des Auswurfs. Im August und im September war die Zahl der Kranken ohne Auswurf und ohne die Ausscheidung von Bakterien am größten, in der Zeit vom Januar bis zum April am niedrigsten. Auch in welchen Eigenschaften des Sommerklimas die förderliche Wirkung begründet ist, lassen die Beobachtungen deutlich erkennen, denn in einem Sommer zeigte während einer Woche in fünf Heilstätten übereinstimmend das Gewicht der Kranken einen Rückgang, während vorher und nachher wie gewöhnlich eine Zunahme des Gewichts erfolgte. Diese Erscheinung konnte sicher auf den Umstand zurückgeführt werden, daß vor der ungünstigen Woche eine längere Zeit ungewöhnlich starker Luftfeuchtigkeit geherrscht hatte. Ebenso zeigte sich das Gewicht der Schwindsüchtigen abhängig von einer längeren Folge ungewöhnlich kühler Sommertage.

Theater Vollmöllers Mirakel und der Papst. Wie man weiß, hatte der Direktor der Geschäftsstelle des Verbandes deutscher Bühnenschriftsteller, Dr. Artur Dinter, behauptet, sein Protest gegen die Mirakel-Aufführungen im Zirkus Busch in Berlin sei aus der Empörung entsprungen, die ihm die „Profanation" von Einrichtungen der katholischen Kirche in dem Legendenspiel verursacht habe. Nun tritt der Autor des Werks, Dr. Karl Vollmöller, selbst auf den Plan. Er erhebt den Anspruch, als mindestens ebenso guter und gläubiger Katholik zu gelten wie Dr. Dinter, dessen Behauptungen in schroffem Widerspruch stünden zu der von zahlreichen hohen kirchlichen Würdenträgern und Geistlichen bekundeten Auffassung von der reinen und tiefen Wirkung des Legendenspiels. Und er will feststellen, ob Dr. Dinter Veranlassung hatte, päpstlicher zu sein als der Papst. Zu diesem Zwecke soll die Entscheidung Pius X. darüber angerufen werden, ob im Mirakel irgend etwas enthalten ist, was mit Bezug auf die katholische Kirche Anstoß erregen könnte. Es wird ein eigens für den Vatikan bestimmter Film angefertigt, der die Berliner Aufführung naturgetreu reproduziert und vor dem Papst und den höchsten kirchlichen Würdenträgern zur Vorführung gelangen soll. Vollmöller zweifelt nicht an einer für ihn günstigen Entscheidung. — Der Papst als höchster Richter in Kunstdingen. O ihr gläubigen Christen! —

Kleine Mitteilungen Wie aus Weimar gemeldet wird, hat die Deutsche Schiller-Stiftung dem Verfasser von „Hans Sonnenstößers Höllenfahrt" und der jüngst in München mit Erfolg aufgeführten Tragödie „Gertrud", Paul Apel, „in ehrender Anerkennung seines dramatischen Schaffens und zur weiteren Förderung seiner dichterischen Arbeiten" eine Ehrengabe von 1000 M. überwiesen.

In der Zeit vom 28. bis 30. Juni findet in der Buchgewerbe-Ausstellung in Leipzig der erste Kongreß Deutscher Schriftstellerinnen statt.

Byrons „Manfred" wird demnächst in einer neuen Bearbeitung aufgeführt werden. Sie stammt von Fritz Eberd, der sich namentlich durch seine Grabbe-Aufführungen einen Namen ge-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140625/16 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Verschnaufen. Die und da hatten sich schon verschiedene langgestreckt, um noch etwas auszuruhen. Doch nicht allzulange sollte die Freude dauern. Einige von uns hatten sich zu weit in die Wiese gewagt, was den Besitzer veranlaßte, uns den weiteren Aufenthalt dort zu verbieten.

Doch dadurch war uns die Lust zum Wandern noch lange nicht vergangen. Schnell waren die Sachen gepackt, und fort ging es unter fröhlichem Geplauder den Lauschekamm hinan. Nach etwa zweistündigem Marsche gelangten wir keuchend und schwitzend auf den Gipfel der Lausche. Die schöne und weite Aussicht ließ alle Beschwerden wieder vergessen.

Kurz darauf wanderten wir wieder hinab nach Waltersdorf in unserem heutigen Uebernachtungsort. Auch hier wurden wir von einer Anzahl Genossen herzlichst begrüßt.

In kurzer Zeit waren wir mit Quartieren versorgt, in die wir alsbald Einzug hielten. Wir fühlten uns wie zu Hause und gar bald war die schönste Unterhaltung mit den Wirtsleuten im Fluß.

Früh 4½ Uhr erwachte ich anderen Tages. Schnell waren wir, mein Freund Erich, der mit mir in einer Kammer geschlafen hatte, und ich, aus den Federn und angekleidet.

Zunächst führte uns unser Wirt noch auf den in der Nähe gelegenen Sängerfelsen und dann nach dem Stellplatz unserer Gruppe. Wir schlossen uns nun allen anderen Freunden an und marschierten heim.

Die Nonnenfelsen, die wir nun besuchten, boten von ihren Aussichtspunkten einen herrlichen Anblick in die Umgegend, den wohl niemand gleich wieder vergessen wird. Weiter ging der Weg durch die sogenannte Felsengasse in den Grund und nach kurzer Waldwanderung wieder zu den Mühlsteinbrüchen empor.

Rüstig marschierten wir durch das teilweise wildromantische Gebiet an den einzelnen Felsen vorüber. Erwähnenswert wären nur die Humboldt-Orgel und der Löwe, zwei sehr schöne Sandsteingebilde.

Im Schatten der Bäume, teilweise auf kleinen, schmalen Wegen, strebten wir dem Hochwald zu, den wir ungefähr in einer Stunde erreicht hatten. Um auch von hier die Aussicht genießen zu können, bestiegen wir den etwa 20 Meter hohen Aussichtsturm. Wir konnten von ihm nicht nur die nähere Umgebung beschauen, sondern auch teilweise, bis in die Sächsische Schweiz und das Erzgebirge sehen.

Der etwa halbstündige Abstieg vom Hochwald führte uns schnell in den bisher unseren Augen verborgen gebliebenen Kurort Oybin.

Ein schöner und reizender Anblick bot sich unseren Augen dar. Steil ragte der Berg Oybin empor, an seinem Fuße lagen, wie hingestreut, die kleinen Häuschen des Ortes und machten auf den Beschauer einen freundlichen Eindruck.

Wir gingen am kleinen Kirchlein vorüber, durch die Bergruinen, nach dem alten Friedhofe, wo wir einige sehr alte, ausführliche Grabschriften uns einprägten. Die teilweise auf Felsen gebauten Mauern und Fenster der noch ziemlich gut erhaltenen Kirchenruinen zeugen heute noch von einem einstmaligen Wallfahrtsorte. Nach eingehender Besichtigung erfolgte der Abstieg in den Hausgrund, wo wiederum Mittag abgehalten wurde.

Per Bahn ging es dann nach Olbersdorf, wo sich alle Teilnehmer sowie einige andere Jugendgruppen zu einem imposanten Demonstrationszug durch Zittau gestellt hatten.

Gar mancher Spießbürger wird es beim Anblick der Jugend um die Zukunft etwas bange gewesen sein.

Nachmittags 5½ Uhr erfolgte die Rückfahrt einer großen Zahl Teilnehmer der Gruppe nach Dresden, während ein anderer Teil die Stadt Zittau mit ihren schönen Anlagen und Bauwerken besichtigte.

Noch am selben Abend brachte uns die Eisenbahn nach Mönau. Hier schliefen wir in einem Gasthause teils auf Stroh, teils in Betten und auf Bänken.

Am dritten Feiertag ließ das Wetter zu wünschen übrig. Bald ging ein schwacher Regen nieder. Trotz alledem wurde die Wanderung fortgesetzt. Im Neißetal entlang wanderten wir jetzt dem Kloster Marienthal, das wir leider nicht besichtigen konnten, und dann der Orte Ostritz entgegen. Von hier aus brachte uns die Bahn ins Preußische nach Görlitz.

Wir besuchten noch die Landeskrone, einen nicht zu weit von der Stadt entfernt gelegenen Berg mit schönen, gutgepflegten Parkanlagen und Aussichtsturm. Noch einmal konnten wir zurück ins Zittauer Gebirge schauen, um dann Abschied von all dem Schönen zu nehmen.

Die Stadt Görlitz wurde auch einer Besichtigung unterzogen und bildete den Abschluß unserer Tour.

Nach etwa dreistündiger Fahrt waren wir wieder auf unserem heimatlichen Boden in Dresden angelangt. Nicht allzu schnell wird diese Wanderung von unseren jungen Freunden und Freundinnen, und besonders die Freiquartiere und gute Verpflegung, die wir von den Genossen in Waltersdorf und Rumburg erhielten, vergessen werden. Es war dies ein gutes Stück Solidarität, die auch wir in unseren Reihen pflegen wollen.

Karl Röder

Technisches Die Grundsätze des Blitzableiters. Trotz dem Alter und der weiten Verbreitung des Blitzableiters sind immer noch nicht alle Regeln für seine beste und zuverlässigste Anlage und Ausführung geklärt. Immerhin läßt sich eine Reihe von Grundsätzen dafür feststellen, die im allgemeinen als unerläßlich gelten können. Jede derartige Anlage zerfällt in drei Teile. Das Endstück besteht in einer frei in die Luft ragenden Stange, die oben in eine oder mehrere, bis zu fünf Spitzen ausläuft. Der zweite Teil ist die Leitung von dieser Stange bis zum Boden mit Zweigleitungen nach verschiedenen Teilen des Gebäudes und insbesondere nach metallenen Gegenständen, wie Röhren, Regenrinnen usw.; der dritte endlich ist die Erdung. Als Metall für den Blitzableiter wird fast nur Kupfer benutzt. Eisen würde in seiner Leitungsfähigkeit für den Strom genügen, verdirbt aber zu leicht durch Rost und ist auch schwer zu befestigen. Ehe ein Entwurf für einen Blitzableiter verfertigt werden kann, muß ein vollständiger Plan des Gebäudes mit seinen Schornsteinen, Türmchen, Giebeln und Firsten mit Angabe über die Bedeckung des Daches usw. vorliegen, und auch seine Lage mit Bezug auf die Umgebung in Betracht gezogen werden. Die wichtigsten Regeln für einen zuverlässigen Blitzableiter lassen sich in wenige Sätze zusammenfassen. Die Leitung sollte so direkt wie möglich von der Spitze zum Boden verlaufen. Manche Sachverständige bevorzugen, sie in einigem Abstand vom Mauerwerk zu ziehen. Die senkrechten Stangen sollen nach Möglichkeit mit horizontalen Leitern verbunden sein, die an Firsten und anderen geeigneten Teilen befestigt sind. Metallene Bestandteile am Dach sind unter allen Umständen mit dem System zu verbinden. Einen besonderen Schutz verlangen die Schornsteine, die nicht nur wegen ihrer Höhe über dem Dach, sondern auch wegen der aus ihnen aufsteigenden Säule von heißen Gasen zur Anziehung des Blitzes geeignet sind. Dazu wirkt auch der Kohlenruß mit, der sich am Rande und im Innern des Schornsteins niederschlägt und das Vorhandensein von Metall an seiner Basis. Verbindungsstücke bei Blitzableitern müssen immer gut verlötet und verschraubt sein. Bei ihrer Verlegung ist auf einen tunlichst großen Abstand von Gasröhren und ähnlichen Leitungen im Innern des Hauses zu achten. Auch zur Befestigung der Leiter ist entweder Kupfer selbst oder doch Bronze zu verwenden. Lange Leitungsstücke, die an Firsten und Giebeln entlang führen, müssen mehr als eine Spitze erhalten, mindestens je eine an den Enden. Es kann als erwiesen gelten, daß mehrere kurze Stangen einen größeren Schutz gewähren als wenige hohe. Die Erdung ist von größter Wichtigkeit. So einfach die Leitung auch sein mag, wenn darin etwas versehen oder in Unordnung geraten ist, stellt der Blitzableiter für das Gebäude mehr eine Gefahr als einen Schutz dar. Eine gute Erdung bedeutet die Lösung der Frage einer Verbindung zwischen dem Leiter und dem feuchten Boden oder mit dem Grundwasser selbst. Der Zweck wird aber nur dann vollkommen erreicht, wenn der Kontakt eine genügende Fläche besitzt. Gewöhnlich bedient man sich zu diesem Zweck einer Kupferplatte, die in den Boden eingegraben wird. Besondere Vorsichtsmaßregeln sind notwendig, wenn etwa der Boden der Umgebung mancher Fabriken mit Ammoniak gesättigt ist, das zerstörend auf das Kupfer einwirkt. Die Kupferplatte wird zuweilen an den Rändern mit sägezahnähnlichen Spitzen hergestellt, um die Entladung der Elektrizität in den Boden zu erleichtern. Ueber die Platte wird die lose Erde oder Holzkohle gelegt und gut eingestampft. Unter Umständen ist es schwer oder wenigstens mühsam und kostspielig, bis zu einem dauernd genügend durchfeuchteten Boden vorzudringen, doch ist diese Bedingung unerläßlich. Die Benutzung von Teichen oder Flüssen ist stets vorzuziehen, wenn die Kupferplatte dort nicht in Gefahr einer Beschädigung ist.

Sprachliches Die Sprache der öffentlichen Anschläge. Zu diesem Thema gibt die Zeitschrift des Allgemeinen Deutschen Sprachvereins folgende Beiträge: Im Wartesaal des Mainzer Hauptbahnhofes ist folgender Anschlag zu lesen: „Die Bahnsteige, auf denen die Züge abfahren, sind auf den, auf allen Bahnsteigen aufgestellten Fahrplantafeln zu ersehen." Zweckmäßiger als diese umständliche Form wäre gewiß ein knapper Wortlaut wie etwa: „Tafeln auf den Bahnsteigen zeigen an, wo die Züge abfahren." — In der Nähe von Kassel findet eine Warnungstafel: „Dieser Weg ist über das Bahngleis führend verboten." Solche Sätze sollten, gegen die deutsche Sprache verstoßend, verboten werden! — Ein Anschlag in der Paketausgabe des Postamts 1 in Chemnitz lautet: „Nachfragen und Anträgen auf außergewöhnliche Abholung von Paketen wird unbekannten Personen gegenüber nur auf vorherigen Ausweis Folge gegeben." Sollte es nicht genügen, zu sagen: „Unbekannte Personen müssen sich ausweisen (bedürfen eines Ausweises), wenn sie Pakete in außergewöhnlicher Weise abholen wollen"?

Zeitschriften Arbeiter-Jugend. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nr. 13 des 6. Jahrgangs heben wir hervor: Der preußische Wahlrechtskampf. — Rassenhygiene. Von Max Sachs. — Das Sparpfennigmittel. Ein Stücklein aus dem Arbeiterleben von Fritz Sänger. — Leuchtkäfer. Von O. Thomsik. (Mit Abbildungen.) — Pfingsten der Arbeiterjugend. — Aus der Jugendbewegung. Die Gegner an der Arbeit. Vom Kriegsschauplatz usw. — Beilage: Rolfe, die Geschichte einer Jugend. (Fortsetzung.) — Kämpfer. Gedicht von Adolf Streckmann. — Philosophie: Ethik. — Wandertage in der Rhön. Von Hermann Kroll. (Mit Abbildungen.) — Im Wandern. Gedicht von Martin Bach. — Nibelungenschutz, der Marne. Von Otto Koenig. — Eine Arbeiter-Grammatik und wie man daraus lernt. Von O. K. — Bücher für die Jugend. — Der Leichenredner. Erzählung von Anton Tschechow.

1914 — Nr. 13 | Beiblatt zu der Dresdner Volkszeitung und der Volkszeitung für Zittau, Pirna, Freiberg, Meissen | 24. Juni

Welchen Gedanken die Zeit
Einmal erkoren,
Der ist gefeit und beschworen,
Und wird ewig wiedergeboren,
Trotz allem Widerstreit.

Seine Feinde mühen sich ab
Mit Schlingen und Banden,
Sie machten ihn gerne zu schanden;
Und wenn er schon längst erstanden,
Hüten sie noch sein Grab!

Hermann Lingg

Sturmzeichen

Kennt ihr die Geschichte von dem Mann, der mit seinen Aufgaben wuchs, der im Ringen um das Ziel größer wurde und alle Hindernisse zu Boden zwang?

Festes Gehorren führt zum Ziel!

Wir sind noch so jung und dennoch stehen wir im aufreibenden Kampfe ums Brot. Die fortschreitende Entwicklung hat alle Familienbande zerrissen. Ein Heim im bürgerlichen Sinn haben wir nicht. Vater, Mutter, Geschwister sehen wir nur flüchtig. Dafür hat sich auch unser Geist geweitet. Wir sind freier, selbständiger. Das Leben zwingt uns, wach und aufmerksam zu sein.

Seid wach! Rings um uns ist ein Kampf entbrannt, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat. Es ist, als habe die großartige technische Entwicklung auch die Hirne der Arbeiter mit fortgerissen. Auch an uns treten Fragen heran, die wir nicht umgehen können, zu denen wir Stellung nehmen müssen, die nur wir allein lösen können.

Wir leben in einer wunderbaren Zeit! Was gestern noch heilig und unantastbar war, ist heute gewöhnlich und veraltet. Auf Aeroplanen durchsausen wir die Luft. Träume der Menschheit, die sind greifbare Wirklichkeit geworden! Der elektrische Funke umjagt in Sekunden den Erdball, wie Spinnen durch dünne Kupferdrähte miteinander, Nord- und Südpol sind entdeckt — unzählige Dampfer durchfurchen die Weltmeere — jeder Tag bringt Kunde von einer neuen Erfindung — Tausende von Gelehrtenhirnen mühen sich ab, verborgene Rätsel zu lösen und der Menschheit nutzbar zu machen.

Auch wir stehen im Triebwerk der neuen Wirtschaftsweise — einer Weltwirtschaft! Was unsere Hände in der Fabrik geschaffen haben, geht weit in die Ferne, Indien, Australien, China gehören uns — keiner, und sei er noch so jung und arm, der nicht am großen Werk der Erhaltung der Welt mitschafft.

Wir wissen aber auch, daß der einzelne — und sei er noch so tüchtig, heute nichts mehr bedeutet. Der Mensch ist ein soziales Wesen, ein Gesellschaftswesen. Alle Einzelsehnsucht mündet am letzten Ende in die Sehnsucht der Menschheit, besser, in die Sehnsucht ihrer Massengenossen.

Wir bauen auf den Werken längst verflossener Generationen auf. Millionen haben sich vor uns um die Kultur gemüht, in der wir jetzt leben. Wir haben nun die heilige Pflicht, das empfangene Gut weiterzugeben, ja, zu vermehren! Das können wir aber nur, wenn wir uns zusammentun, wenn wir uns organisieren.

Es gab einst Zeiten, wo alle Menschen ein gemeinsames Schicksal band. Daß das heute nicht mehr so ist, wissen wir längst. Die Welt ist in zwei Heere geteilt — in die, die Geld haben und für sich arbeiten lassen und in die, die kein Geld haben und deshalb arbeiten müssen. Tag für Tag, Nacht für Nacht, Jahr für Jahr. Auch wir Jungen werden alt und grau, der Tod kommt, wir sterben, wie die armen Leute sterben, ungesehen und einsam . . .

Nein, wir sterben nicht ungesehen und einsam! Tausende, ja Hunderttausende sind wach geworden, junge Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich in Jugendverbänden vereinigt haben. In Deutschland, Oesterreich, Holland, Belgien, Italien — in ganz Europa!

Die Arbeiterjugend, bisher verachtet und verspottet, ist erwacht und schlägt als jüngste Welle der mächtigen Flut der Arbeiterbewegung durch die Länder. Fröhlich stürmen die jungen Scharen, daß es dem braven Patrioten angst und bange wird, daß selbst der Staat, der felsenfeste, auf Bajonette gestützte, Polizeihunde und Polizeisäbel auf uns losläßt.

O, wie jämmerlich muß es doch um so einen Staat bestellt sein, der zu solchen Mitteln greift, um eine geistige Bewegung zu bekämpfen! Acht Jahre waren wir demselben Staat in der Schule in die Hände gegeben — wie weiches Wachs konnte er uns formen. Was hat er erreicht? Nichts! Ein Aufatmen, als die Tür hinter uns ins Schloß krachte. Das ist das Große und Schöne daran, daß wir aus uns selbst erstanden sind! Kein Generalfeldmarschall steht an unserer Wiege, kein Staat schenkte Millionen Mark wie bei Jungdeutschland zur Geburtshilfe, das trotzdem eine Mißgeburt wurde! Bittere Notwendigkeit zwang und band uns zusammen!

Licht in die Köpfe! Feuer in die Herzen! Wir wollen eindringen in unsere Gesellschaftslehren, wir wollen den feinen Fäden nachspüren und erforschen, wie alles entstanden und geworden ist. Wir wollen sehen, wie aus aller Form neues sprießt, wie die graue Vergangenheit Keime und Wurzeln zum rauschenden Heute und blühenden Morgen in sich birgt.

Alles wollen wir wissen! Nicht immer sagen: Ach, das geht mich nichts an, das brauche ich nicht. Wir brauchen alles in unserem Kampf um unsere Ideale. Die Arbeiterschaft hat sich das Ziel gesteckt, die alte Welt neu zu bauen und ein Reich der Vernunft und Freiheit zu errichten. Wir sind die Arbeiterjugend — in einigen Jahren sind wir erwachsene Arbeiter und Arbeiterinnen, dann wollen wir den gleichen Kampf aufnehmen und vollenden. Darum: Licht in die Köpfe! Feuer in die Herzen!

In der Jungdeutschlandpost, dem Organ des Jungdeutschlandbundes, dessen erster Geschäftsführer General v. Jung jährlich 27 000 M. für seine Jugendarbeit bekommt, also in dieser Zeitung schreibt ein Herr Otto v. Gottberg über den Krieg:

„Darum ist der Krieg die höchste und heiligste Aeußerung menschlichen Handelns, er gibt Gelegenheit, nach Gottes Geheiß, das Höchste für seine Brüder zu opfern, er schenkt den Tapferen das ewige Leben."

Ist das nicht Wahnsinn? Mord, Elend, Verbrechen wird als heilig und herrlich hingestellt! 3½ Millionen Mark hat der preußische Staat für solche nationale Jugendpflege übrig. Uns verfolgt er, unsere Redner werden verurteilt, unsere Versammlungen werden für politisch erklärt. Gerade wir in Sachsen haben in letzter Zeit Gelegenheit gehabt, zweierlei Recht zu spüren. Jungdeutschland, unterstützt und großgepäppelt — unsere Osterfeiern verboten, Fortbildungsschüler mit Geldstrafen bedacht, weil sie dem Arbeiterturnerbund angehörten.

Noch ein Beispiel: In Lichtenberg bei Berlin sollte eine Versammlung: Arbeiterjugend, erwache! stattfinden. Ein großes Polizeiaufgebot zu Fuß und Pferde umstellte den Versammlungssaal und hieb mit blanken Säbeln auf die jungen Menschen ein!

In den historisch-politischen Blättern schreibt die Zentrumspartei: „Der überlieferte Spruch: Jugend und Politik hat nichts miteinander zu schaffen, darf ruhig und muß ganz allen Ernstes geworfen werden. Er war eigentlich nie ganz richtig, und wir sprechen es unbedingt aus: Unsere Jugend muß politisch erzogen werden.

ja, als Zentrumsjugend mit allem Eifer und mit aller Sorgfalt erzogen werden!"

So darf das Bürgertum schreiben und handeln. Wenn aber in dem schon genannten Lichtenberg von uns eine Versammlung mit dem Thema: „Die Pflege und Entwicklung der Heldensage“ einberufen wird, werden noch vor Beginn alle Jugendlichen unter 18 Jahren ausgewiesen!

Sind wir in einem Rechtsstaat? Mir scheint's eher, in einem Knechtsstaat! Jugend, heraus! Wir gehen schweren Zeiten entgegen. Jeder einzelne sei ein Agitator! Im Werksaal, im Kontor, auf der Straße — überall sucht Freunde für unsere Sache zu gewinnen. Seid dessen stets eingedenk, was Genosse Münzenberg, Zürich, auf dem Jugendtag der „aufgelösten“ schwäbischen Arbeiterjugend in Stuttgart unter brausendem Beifall der Jugend ausrief:

„Die Arbeiterjugend hat in Zukunft noch größere Aufgaben zu lösen als bisher. Sie kann sie nur lösen, wenn sie Verstand und Leidenschaft, wenn sie die Schärfe des proletarischen Denkens harmonisch mit der lodernden, weltbefreienden Leidenschaft der Jugend verbindet. Der Kampf unserer Väter war riesengroß: Der Kampf unserer Generation wird noch größer sein. Was die Alten gewagt haben zu denken und auszusprechen, das müssen wir, junge Arbeiter und Arbeiterinnen, in Taten umsetzen! Max Barthel.

Lesen und Lernen

Elemente der Naturwissenschaft

Von Dr. Gustav [illegible]

10. Tausendfüßer und Insekten

Zum zahlreichen Kreis der Gliedertiere oder Gliederfüßer gehören neben Krebsen und Spinnen noch die Tausendfüßer. Sie sind durchwegs flügellose Landbewohner, die keinen Unterschied zwischen Brust und Hinterleib aufweisen, aber einen deutlich abgesetzten Kopf besitzen. An diesem tragen sie ein Paar einfacher Augen und Fühler, ein Paar Ober- und Unterkiefer. Jeder der gleichartigen, den übrigen Leib ausmachenden Körperringe ist mit Füßen ausgestattet, woher sich ihr Name erklärt. Der innere Bau der Tausendfüßer bildet bereits einen Übergang zu dem höher entwickelten der Insekten; die Anlage gewisser Werkzeuge, die im folgenden beschrieben werden sollen und bei den Insekten bereits zu voller Ausgestaltung gelangt sind, beweist die entwicklungsgemäße Verbindung der beiden Klassen. Die Tausendfüßer sind zweigeschlechtig und gehen aus Eiern hervor. Sie leben an feuchten, dunklen Orten, unter Steinen, auf Baumrinden und fressen Tiere, Pflanzen und Aas. Eine Seltenheit ist, daß einige von ihnen aus Drüsen am Bauche einen in der Dunkelheit leuchtenden Schleim absondern. Die Klasse scheidet sich in zwei Ordnungen: die kriechenden Schnurasseln und die Lippenfüßer, deren eines Kieferpaar zu Füßen umgewandelt ist.

Die nächste und höchststehende Klasse der Gliedertiere ist die der Insekten, Kerbtiere oder Kerfe. Es ginge weit über den Rahmen dieser Aufsätze hinaus, sollten nun alle ihre Ordnungen beschrieben werden, die zusammen 300000 Arten umfassen. Hier kann nur ganz im Allgemeinen über sie gesprochen werden. Gleich eingangs aber sei darauf hingewiesen, daß die Insekten mit ihren [illegible] die höchste Stufe des Tierreiches erklommen haben, wie sie ja schließlich als Glieder eines Stammbaumes gehört die Entwicklungsform ihres Astes darstellen. Sie besitzen Eigenschaften, die gelegentlich selbst die gerühmten menschlichen Tugenden weitaus übertreffen. Jedenfalls ist ihnen Familiensinn und Liebe zur Nachkommenschaft, Vaterlandsliebe und eine hohe wirtschaftliche Lebensführung nichts Fremdes, während der Gesellschaftssinn, die Hingabe an die soziale Gemeinschaft in manchen Ordnungen und Arten der Kerbtiere selbst weit über den gleichgerichteten Empfindungen der Menschen steht.

Es wird in der 12. Fortsetzung über die Aufeinanderfolge der einzelnen Erdschichten und die in ihnen enthaltenen versteinerten Tierreste aus [illegible] gesprochen werden. Wie aus der inneren und äußeren allmählichen Vervollkommnung der Tiere läßt sich auch aus der eben erwähnten zeitlichen Aufeinanderfolge der in den Schichten auftretenden Reste der Stammbaum von Kreisen, Klassen, Ordnungen, Gattungen und Arten — wenigstens annähernd — feststellen. Besonders der alte Jenenser Gelehrte Haeckel hat darin eine glückliche Hand gehabt und uns durch seinen Stammbaum der Gliedertiere ein recht anschauliches Bild gezeichnet. Früher schon war davon die Rede, daß aus einzelligen Lebewesen sich die Mehrzeller entwickelt haben müssen, deren erste Formen Häckel als Gasträa (8. Fortsetzung) bezeichnet hat. Von ihr kommen die Stachelhäuter und Würmer und Weichtiere ab, die sich bald nach verschiedenen Richtungen hin weiter entwickelten, nachdem sie in der Form der Urwürmer noch ein gemeinschaftliches Dasein geführt hatten. Neben die [illegible] Würmer, die den [illegible] noch sehr ähnlich waren (siehe 7. Fortsetzung), kam es zur Bildung der Würmer; diese hatten bereits ein eigenes, aus Darmeinschnürungen entstandenes Gefäßsystem.

Eine besondere Ausbreitung erfuhren die Würmer mit ihrem weitesten Ast, den Ringelwürmern, die ihren Körper aus einzelnen unter sich fast gleichen Ringen zusammensetzten. Sie sind mit den Spulen- und Saitenwürmern gemeinsam aus den Urringelwürmern hervorgegangen und haben selbst zwei Äste abgespalten, die Urkrebse und die Urlufttiere. Der bekannteste aller Ringelwürmer, der Regenwurm, leitet offensichtlich zu den Gliedertieren hinüber; seine Ringe sind offenbar die Urform der Segmente [illegible], z. B. der Krebse, der Spinnen, Tausendfüßer und Insekten, mit einem Worte, der Gliedertiere. Das Leben auf der festen Erde und die Notwendigkeit der Luftatmung haben jedenfalls zur Ausbildung des Luftröhren- oder Tracheensystems (neunte Fortsetzung) geführt. Beide Abkömmlinge der das Festland bewohnenden Urlufttiere, die Tausendfüßer und die Spinnen, stellen also eine höhere Entwicklungsstufe der von den Würmern abstammenden Ringelwürmer dar. Ueber die Tausendfüßer nun, die tatsächlich auch weniger fertig als die Spinnentiere erscheinen und es zu keiner besonderen Bedeutung gebracht haben, steigt die letzte und höchste Stufe des ganzen Stammes dieser Seite der Wurmnachkommen auf, die bestausgestaltete Lebensform der Gliedertiere, die Insekten.

Es sind natürlich alle Uebergangsformen von einer Stufe zur andern heute nicht mehr bekannt; so leicht schreibt die Natur ihre Geschichte nicht in das ewige Buch geschrieben. Wie viele Arten, und gerade die für eine lückenlose Erkenntnis der Entwicklung oft wichtigsten Formen, sind ohne einen uns erkennbaren Rest zugrunde gegangen! Aber gelegentlich ist ein unscheinbares Tierchen übriggeblieben, dessen innerer Bau bisweilen das Dunkel der Abstammung aller anderen zu erhellen vermag. Für die Säuger wird dies (im 18. Aufsatz) an den Beuteltieren gezeigt werden können; hier erklärt uns der heute noch in Australien, in dem alle seltsamen Ueberbleibsel aus untergegangenen Zeiten bergenden Winkel, lebende „Spaziergänger“, der Peripatus, die Abstammung der Gliedertiere vom Ringelwurm. Dieser unterscheidet sich vom nächstähnlichen Tier, dem Tausendfüßer, doch recht erheblich. Er besitzt noch in jedem seiner Segmente eine eigene Nierenanlage, aber bereits ähnliche Werkzeuge für die Luftatmung, wie sie der Tausendfüßer in seinen Tracheen hat; dieser hat die ausscheidende Tätigkeit einer einzigen Niere übertragen und die Stummelbeine des Peripatus zu regelrechten Füßen entwickelt. Die Zwitterstellung des „Spaziergängers“ mit seiner dem Ringelwurm gleichen Segmentanlage und der Tracheenatmung des später entstehenden Tausendfüßers zeigt die Richtungen, die die Entwicklung über die [illegible] und [illegible] hinauf zu den Tracheaten, Tausendfüßern und Insekten gegangen ist.

In diesem Falle liegt also die in einem Schritt zu beschreibende der Stufe eine fast lückenlose Reihe vor, deren einzelne Glieder und die Aufeinanderfolge der in ungeheuren Zeiträumen vor sich gegangenen Entwicklungsformen darstellen. Stück um Stück haben sich die Hüllen, die Gewebe und Werkzeuge der Tiere durch Arbeitsteilung und Anpassung an neue Aufgaben verändert, bis eine — vorläufig wenigstens — vollkommenere Ausgestaltung eingetreten war. Mit dieser Vervollkommnung, an der das Nervensystem den gleichen Anteil nahm, wurde auch eine Vollendung des seelischen Lebens erreicht, das wir im höchsten Zweige dieses Astes der Gliedertiere bewundern können. Ob sie die vorwärtstreibende Kraft der Entwicklung zu höheren Formen erschöpft haben und die Insekten auch die letzte Stufe der Arthropoden vorstellen, oder ob sie über die gegenwärtige Gestaltung hinaus neue Triebe ansetzen werden, ist durch unser kurzsichtiges Erkenntnisvermögen nicht zu beantworten. Jedenfalls haben sie uns bewiesen, daß die hoch zusammengesetzte Form der Insekten nicht eine durch übernatürliche Schöpfungskraft plötzlich hingestellte, sondern durch langsame Veränderung aus niedersten Wesen heraus entstandene Entwicklungsfolge ist.

Technisches

Wie Schiffe gehoben werden

Zwei Kanäle, von denen auch der bedeutend kleinere als Werk deutscher Technik Anspruch auf unser Interesse besitzt, lenken gegenwärtig die Aufmerksamkeit auf sich: es sind der Panamakanal und jene Wasserstraße, welche Spandau und Hohensaaten verbindet, und welche damit einen Großschiffahrtsweg zwischen Berlin und Stettin zum Abschluß bringt. Bei beiden Wasserstraßen gilt es nun ein Problem zu lösen, welches den Kanalbaumeistern von jeher schwierige Aufgaben gestellt hat.

Verbinden wir nämlich zwei Gewässer — mögen sie nun Flüsse, Seen oder Meere sein — durch die Wasserrinne eines Kanals miteinander, so werden natürlich sofort die Gesetze der kommunizierenden Röhren wirken. Das heißt: es sucht sich der höhere Wasserspiegel gegen den niedrigen auszugleichen. Und das wird kaum willkommen sein. Findet nämlich ein starkes Strömen in einem Kanal statt, so wird derselbe für die Schiffahrt unbrauchbar; die Wasserbewegung wirkt zerstörend auf das Bett ein, und es wird dadurch einem Gewässer, das nicht an Ueberfluß leidet, Wasser entzogen, das nun im [illegible] wo es einen Ueberfluß erzeugt, der nicht willkommen ist. Es wird daher nötig, eine solche Wasserstraße gewissermaßen zu terrassieren, und die Stufenunterschiede als eine Art Treppe auszugestalten, deren Stufen denn natürlich ein Heben und Senken der Schiffe erfordern. Und eben dies ist darum nicht leicht zu bewerkstelligen, weil es sich hier ja um große Gewichtsmassen handelt, die in senkrechter Richtung bewältigt werden sollen.

Das einfachste „Schiffshebewerk“ ist nun die gewöhnliche Kammerschleuse. Manchem Leser wird die Einrichtung so geläufig sein. Doch sei gestattet, dieselbe in Anlehnung an eine Art Bild jenen vorzuführen, denen sie noch fremd geblieben ist. Wir schreiten einen langen Korridor ab, der am Ende durch eine Schiebetür abgeschlossen ist. Nach Oeffnung derselben betreten wir eine Kammer, aus welcher an der gegenüberliegenden Seite wieder eine Schiebetür zu einer Fortsetzung des Korridors führt. Nun bemerken wir aber, daß dieser zweite Gang ganz bedeutend höher liegt, so daß wir eine Stufe überwinden müssen. Um uns die Mühe des Hinaufkletterns zu ersparen, sei der Boden der Zwischenkammer beweglich eingerichtet, und irgendeine hydraulische Maschinerie möge uns so weit emporheben, daß wir auf der Höhe des zweiten Korridors weitergehen können. Wandern wir später den Weg zurück, so folgen die Vorgänge natürlich in umgekehrter Reihenfolge aufeinander.

Unschwer wandelt die Phantasie diese Einrichtung in eine Schleusenanlage um. Wir haben uns nur unter den Korridoren die Kanalbetten der unteren und oberen „Haltung“ vorzustellen; das Zimmer verwandelt sich in eine Kammerschleuse, und wir selbst stellen ein Schiff dar. Wenn das gehoben werden soll, so geschieht das hier natürlich, indem man Wasser aus der oberen Haltung in die Kammer einströmen läßt, während die untere Schleuse geschlossen ist. Wenn das Schiff sich senken soll, so läßt man das Wasser nach unten ab, wobei also das obere Tor nicht geöffnet sein darf.

Wie leicht ersichtlich, ist aber dieser Betrieb mit einem mehr oder weniger großen Verlust an Wasser verbunden, indem jedesmal ein gewisses Quantum aus der oberen in die untere Haltung übergeht. Man hat darum sogenannte Sparschleusen erfunden, deren Prinzip kurz folgendes ist: Soll sich ein Schiff in der Kammer senken, so geschieht dies zunächst nicht dadurch, daß man das Wasser nach unten abströmen läßt. Das Schiff drückt dasselbe vielmehr, teilweise, in seitliche Sparbecken, und wenn es sich dann später wieder um das Heben eines andern Schiffes handelt, so kann das für die Kammer nötige Wasser, wenigstens teilweise, aus jenen Sparbecken entnommen werden.

Großzügiger arbeiten die eigentlichen Schiffshebewerke, von denen dasjenige bei Henrichenburg zuerst beschrieben wird. Man stelle sich eine wagerechte Wasserrinne vor, die am Ende abgeschlossen ist. In ihr schwimme ein Schiff. Dann werde ein geeigneter großer Trog so an die Rinne angesetzt, daß er deren Fortsetzung bildet, und in diesen möge das Schiff fahren, nachdem die trennenden Wandungen beider Behälter entfernt worden sind. Darauf soll dieser Trog mittels vier Treibstangen gesenkt werden, bis er auf das Niveau der tieferen Haltung gelangt ist. Ist das Schiff aber am linken Ende des Trogs eingefahren, so treffe jetzt das rechte Ende desselben grade auf den Anfang der etwas versenkten, unteren Wasserstraße, in welche das Schiff übergehen kann, nachdem wieder die Trennungswände beseitigt worden sind.

Interessant ist ferner ein Werk, welches für das Heben der Schiffe bei Tiere am Großschiffahrtsweg vorgeschlagen worden war. In einem Becken schwimme ein kleines Modellschiffchen. Wir schieben nun einen eisernen Trog unter dasselbe, und heben ihn darauf hoch. Dann schwebt dieser Behälter, bis zum Rand mit Wasser gefüllt, zunächst in der Luft, und in ihm schwimmt unser Schiffchen. Schicken wir sodann unsere Vorrichtung etwas zur Seite, und lassen wir das Gefäß auf ein höher gelegenes Becken herabsinken, so haben wir jenes Hebewerk dargestellt, en miniature.

Natürlich hat sich die Technik bemüht, die beim Senken der Schiffe geleistete Arbeit wieder für das Heben anderer fruchtbar zu machen. So drückt in Henrichenburg der niedergehende Trog fünf Schwimmer in 30 Meter tiefe Brunnen, und der gewonnene Auftrieb läßt sich dann verwenden, wenn später Hebearbeit zu verrichten ist. Oder man wirkt mit Gegengewichten. Und wenn man darauf rechnen dürfte, daß stets zwei Schiffe zugleich ankommen, von denen das eine aufwärts, das andere abwärts befördert zu werden wünscht, so würden jene Systeme zu empfehlen sein, bei denen das sinkende Schiff zugleich das steigende heben hilft.

Die Schiffshebewerke fördern natürlich schneller als die Schleusen. So gilt es bei Tiere, etwa eine Höhendifferenz von 36 Meter zu überwinden. Das kann mittels vier Kammerschleusen von je neun Meter Höhe geschehen, nimmt aber eine Stunde und 40 Minuten in Anspruch. Daneben tritt dann ein Schiffshebewerk in Tätigkeit, welches den ganzen Hub auf einmal in wenigen Minuten ausführen wird. In Henrichenburg wird beispielsweise eine Stufe von 14 Meter Höhe in 2,5 Minuten genommen!

Immer mehr lernen wir den Raum beherrschen. Aber zumeist geschieht das in bezug auf die horizontale Richtung. Nun schaue man aber einmal solch ein gewaltiges Schiffshebewerk an! Zeigt es nicht, daß die Technik auch vertikal den Raum zu meistern vermag?

T. K.

Umschau

Ein Pfingsten der Arbeiterjugend

Die Jugend ist erwacht. Kraftvolle Organisationen sind an allen Ecken Deutschlands entstanden. Junges Blut gärt und schäumt. Ob es wahr ist, daß vor zweitausend Jahren der heilige Geist auf die Jünger des sogenannten Nazareners niederflammte, weiß ich nicht. Aber daß in der Arbeiterjugend der heilige Geist glüht, weiß ich.

Wir werden verfolgt und gehetzt. Unsere Versammlungen werden aufgelöst, unsere Redner verurteilt. Wenn wir unseren Hunger nach Schönheit stillen wollen, werden Polizeihunde auf uns losgelassen. Und zwischendurch lachen wir und marschieren!

Zu Pfingsten waren in Stuttgart drei große Tage. Die Schweizer Jungen und Mädels besuchten ihre Stuttgarter Freunde. Was soll eine Grenze sein zwischen den Arbeitern? Zwei Tage vorher wurde die freie Organisation aufgelöst, für politisch erklärt. Der berüchtigte Jugendparagraph 17 mußte herhalten. Und der Erfolg? Zweitausend junge Arbeiter und Arbeiterinnen eilten aus ganz Schwaben zusammen, die fünfzig Schweizer Gäste zu begrüßen. Ja, über zweitausend Jugendliche bezeugten ihren Glauben an die große Sache, an die heilige Sache der freien Jugend.

Ein endloser Demonstrationszug marschierte von einem der Waldheime durch die wunderschöne Vorstadt am Neckar. Zweitausend Jungens und Mädels! Eine Abendfeier, künstlerisch ausgestaltet, beschloß den ersten Tag. Herzliche Begrüßungsansprachen kitteten alles fest zusammen.

Noch ein kleines Bild: zweitausend junge Menschen, festlich und die Herzen voll jauchzender Jugend, bedrängten durch den [illegible] zum Festsaal. Ein quellender, leuchtender Strom schob sich die schmale Treppe empor. Begeisterung, Kampfesmut und Freudetaumel quoll in uns über und rauschte in Jubelgeschrei empor. Da rief eine helle Stimme:

Die internationale freie Jugendbewegung lebe hoch ... hoch ... hoch ...

Und aus den jungen Kehlen jubelten die Hochrufe und formten sich zu einem einzigen, mächtigen Bekenntnis.

Der Redner der Schweizer: Genosse Münzenberg, fand glühende Worte für unser Sehnen und Zukunftsschauen. Vom Rigi schickten die zurückgebliebenen Schweizer Freunde ein Begrüßungstelegramm, ebenso die [illegible], wo gegen viertausend versammelt waren.

Am nächsten Tag marschierten wir nach Marbach am Neckar, Schillers Geburtsstadt. Am Grabe Freiligraths in Cannstatt legten wir einen Palmenzweig nieder. An der Gruft sprach ich einige Worte für den toten Rebellen. Als unsere Freunde am dritten Tage in die Bergland zurückfuhren, sangen wir ein internationales Kampflied. Wir gedachten unserer Freunde, die zur Stunde überall tätig sind. Helle Freude erfüllte uns. Wir waren stolz, in der großen Armee der Erwachten zu marschieren!

mb.

Wandern und Reisen

Pfingstfahrt der Arbeiterjugend ins Zittauer Gebirge 1914. Die letzten Häuser und Türme Dresdens waren verschwunden. In rasendem Tempo saust der Zug seinem Ziele entgegen. Telegraphenstangen, Bäume und Sträucher huschten eilends an den Wagenfenstern vorüber.

Hell und klar schien die Sonne. Aber auch im dumpfen Eisenbahnwagen herrschte eine helle, freudige Stimmung, wie man sie bei der Jugend so immer antrifft.

Und mit Recht konnten wir uns freuen, war doch endlich die Zeit gekommen, wo wir für einige Tage der Großstadtluft den Rücken kehren konnten, um frische, freie und reine Waldluft einzuatmen.

Etwa zwei Stunden saßen wir nun schon in der Bahn. Wanderlieder wurden von den sangeslustigen Kehlen der Jugendlichen probiert; alle waren schon in echter, froher Wanderstimmung.

[illegible], erschallt es plötzlich. Schnell waren die Rucksäcke aufgepackt. Wir mußten aussteigen. Nach langer Wanderung überschritten wir die Grenze und wanderten nun in Böhmen. Georgswalde war der Name der Stadt, durch die es jetzt unter fröhlichem Gesang ging. Gar manchem unserer Freunde und gar mancher unserer Freundinnen fiel hier die Unmenge von Heiligenbildern und Kruzifixen auf, die fast an jedem Hause angebracht waren.

Unser Weg führte durch einen kleinen Wald, in dem wir eine kurze Rast hielten.

Für heute war die böhmische Stadt Rumburg das Ziel. Unter dem Gesang des Liedes: „Seid gegrüßt, ihr mod'nen Streiter“, wurden wir von den Arbeiterradfahrern in Rumburg von österreichischen Jugendfreunden freundlichst empfangen. Nachdem wir dem dortigen Jugendheim einen Besuch abgestattet hatten, gingen wir in die von unseren dortigen Freunden angebotenen Privatquartiere.

Am nächsten Morgen, gegen 7 Uhr, ging es auf schönen Wiesen- und Feldwegen weiter vorwärts.

Die [illegible], ein nicht allzu bedeutender Berg, und die Stadt Warnsdorf ließen wir unbesucht und gingen jetzt an der Grenze entlang, halb in Böhmen, halb in Sachsen, weiter.

Nach langer Frühstücksrast durchquerten wir den Ort [illegible] und zogen auf breiter Straße der Ruine Tollenstein entgegen.

Fast steil erhoben sich Felsen und Ruine, die uns jetzt zu Gesicht kamen. Unweit davon waren der Tannenberg und der mit [illegible] Kiefern gezierte [illegible] sichtbar.

Der Weg ging direkt und zum großen Teile sehr steil zur Ruine Tollenstein empor. Die Ruine selbst besteht nur noch aus den etwa 15 Meter hohen Umfassungsmauern und einigen Resten.

In alter Zeit war der Tollenstein heidnische Opferstätte, später war er ein Raubschloß und wurde mehrmals zerstört und in Brand geschossen.

Am Fuße der Ruine wurde Mittagsrast abgehalten und das Essen abgekocht. Hier bewiesen nicht nur unsere Mädels, sondern vor allen Dingen die Burschen die Kunst im Kochen. Gar bald wurde manches Schnitzel und Spiegelei mit dem größten Appetit